

Parlamentssitzung vom 01.12.2025

Protokoll

19:00 – 22:55 Uhr

Vorsitz

Casimir von Arx (GLP), Parlamentspräsident

Parlamentsbüro

Christine Müller (Grüne), 1. Vizepräsidentin
Selin Lopez (FDP), 2. Vizepräsidentin
Brigitte Rohrbach (SP Frauen), Stimmzählerin
Reto Zbinden (SVP), Stimmzähler

Mitglieder des Parlaments

Franziska Adam (SP Frauen)
Christina Aebischer (Grüne)
Roland Akeret (GLP)
Géraldine Bösch (SP Frauen)
Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)
Bülent Celik (SP Männer)
Heidi Eberhard (FDP)
Toni Eder (Die Mitte)
Lukas Erni (Grüne)
Mayra Faccio (JUSO)
Sara Cristina Gasser (Junge Grüne)
Kathrin Gilgen (SVP)
Jutta Gubler (SP Frauen)
Janka Hamm (SP Frauen)
Andreas Hauser (GLP)
Roland Hofer (SVP)

Laura Hoffman (Junge Grüne)
Fabienne Marti (GLP)
Florian Moser (SVP)
David Müller (Grüne)
Matthias Müller (EVP)
Urs Mumenthaler (SP Männer)
Arlette Mürner (SP Frauen)
Sladjan Petrovic (Die Mitte)
Tatjana Rothenbühler (FDP)
Monika Röthlisberger (Grüne)
Sandra Röthlisberger (GLP)
Ronald Sonderegger (FDP)
Isabelle Steiner (SP Frauen)
Katja Streiff (EVP)
Roger Tanner (GLP)
Andrea Winzenried (SVP)

Gemeinderat

Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident
Thomas Marti (GLP), Gemeinderat
Christian Burren (SVP), Gemeinderat

Fachstelle Parlament

Chantal Fuchs

Protokoll

Ursula Wüst

Entschuldigt

Dominic Amacher (FDP)
Mark Kobel (FDP)
Klaus von Muralt (Grüne)
Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat

PAR 2025/93

Traktandenliste und Mitteilungen

- 1 Traktandenliste und Mitteilungen
- 2 Protokoll der Parlamentssitzung vom 3.11.2025
- 3 Protokoll der Parlamentssitzung vom 10.11.2025
- 4 Änderung des Sitzzuteilungsverfahrens und Neuregelung der Listen und Listenverbindungen für die Wahl des Gemeinderats und des Parlaments, Teilrevision des Reglements über Abstimmungen und Wahlen, Volksabstimmung
- 5 V2222 Motion - (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Für unverzerzte Proporzahlen", Abschreibung
- 6 Schulanlage Niederwangen Juch; Holzmodulbau; Ausführungskredit; Volksabstimmung
- 7 Niederwangen Schwendistutz; Abgabe von Land im Baurecht
- 8 V2214 Richtlinienmotion (EVP-GLP-Mitte Fraktion, Grüne, Junge Grüne) "Köniz ist suffizient. Raumkosten sparen dank Bedarfsplanung"; Abschreibung
- 9 V2312 Richtlinienmotion (Katja Streiff, Reto Zbinden) "Beitritt zum Naturpark Gantrisch als Pfortengemeinde"
- 10 V2533 Dringliche Motion (Arlette Münger, Christine Müller, Laura Hoffman, Ronald Sonderegger [Mitglieder der Einbürgerungskommission]) "Erweiterung der Könizer Einbürgerungskommission von 9 auf 11 Mitglieder"
- 11 V2516 Motion (Grüne, Junge Grüne, SP, JUSO) "ÖV on demand auch in Köniz", Beantwortung
- 12 V2517 Motion (SP-Juso, Grüne, Junge Grüne) "Einführung einer Mietzinskontrolle in Köniz - steigende Mieten sind kein Naturgesetz", Beantwortung
- 13 V2518 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Grüne / junge Grüne Fraktion, SP/JUSO) "Schritte gegen invasive Neophyten", Beantwortung
- 14 Verschiedenes

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Guten Abend miteinander. Das ist unsere zweitletzte Sitzung in dieser Legislatur. Ich heisse euch herzlich willkommen. Die heutige Parlamentssitzung wird, wie wir euch dies angekündigt haben, via Livestream im Internet übertragen, darum begrüsse ich auch alle Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause und auch alle Anwesenden hier im Rossstall.

Wir machen heute einen Pilotversuch: Ihr findet vor euch auf dem Pult pinkfarbene Karten im Format A6. Das Parlamentsbüro hat beschlossen, einen Pilotversuch für die Stimmenauszählung zu machen, das, weil man nicht immer alle Hände so gut sieht. Darum haben wir hier eine Signalfarbe gewählt, damit die Stimmenzählerin und der Stimmenzähler eure Hand und eure Stimmabgabe gut nachvollziehen können. Wir probieren dies bei den nächsten beiden Sitzungen aus und dann wird das Parlamentsbüro des nächsten Jahres entscheiden, ob diese Praxis fortgesetzt wird, oder auch nicht.

Das Jugendparlament Köniz hat mitgeteilt, dass es den Vorstoss V2515 "Wiedereinführung Jungbürger:innenfeier in der Gemeinde Köniz" zurückzieht. Die Behandlung wäre gemäss der Verschiebung des Parlamentsbüros vom September 2025 heute vorgesehen gewesen.

Gleichzeitig hat das Jugendparlament eine neue Motion eingereicht, welche ich am Schluss bekannt geben werde.

Zum Ablauf der heutigen Sitzung: Ich habe euch bereits informiert, dass ein Antrag vorliegt, dass wir nach dem Traktandum 12 direkt mit dem Traktandum 16 und mit den Vorstössen weiterfahren. Das heisst, die beiden Sachgeschäfte Traktandum 13 und 14 sowie die Abschreibung im Traktandum 15 überspringen wir, diese kommen das nächste Mal. Und alle Motionen, für welche es heute nicht mehr ausreicht, kommen auch an der nächsten Sitzung. Das, weil die Zeit heute nicht für alles ausreichen wird. Aber heute können wir etwas auffüllen, damit wir das nächste Mal, wenn die letzte Sitzung der Legislatur ist, auch noch etwas Zeit für Verabschiedungen haben und damit wir nicht erst um 23.00 Uhr ins Apéro gehen können. Wir stimmen über diesen Antrag beim Traktandum "Traktandenliste" ab.

Ich gebe die Geburtstage prospektiv bis Ende Jahr bekannt. Geburtstag werden haben: Pascal Arnold, Stefan Rey, Heidi Eberhard, Arlette Münger und Monika Röthlisberger. Herzlichen Glückwunsch im Voraus und ihr findet alle euer Geschenk und den Parlamentsspin vor euch auf dem Tisch. Frage in die Runde: Gibt es jemanden, welcher noch keinen Parlamentspin hat? Gut, dann hat dies geklappt.

Nächste Mitteilung: Ihr findet auf euren Tischen eure persönliche Jahresabrechnung für die Sitzungsgelder. Die heutige Sitzung ist noch nicht darauf, diese müssen wir zuerst noch leisten. Ich bitte darum, diese Liste zu kontrollieren und wenn ihr ein Problem seht, dann meldet dies bitte der Fachstelle Parlament zurück.

Dann zirkuliert heute eine Liste der Präsenzen bei der DPV-Veranstaltung vom 18. November 2025. Diese Veranstaltung gilt als entschädigte Sitzung. Diese Sitzung ist auf der Liste auch noch nicht aufgeführt, kommt dann aber noch drauf. Kreuzt bitte an, falls ihr teilgenommen habt.

Dann noch ein Anliegen: Wir bitten euch, eure Votentexte, wenn immer möglich, der Fachstelle Parlament abzugeben. Selbstverständlich gilt immer das gesprochene Wort, wenn ihr von eurer Notiz abweicht, dann ist das kein Problem. Der Vorteil ist, solange wir die recapp-Software noch nicht im Betrieb haben, dass die Voten dadurch durch die Protokollführerin nicht durchwegs niedergeschrieben werden müssen, sondern idealerweise nur noch an den effektiven Wortlaut, das heisst an die Abweichungen zwischen dem gesprochenen und geschriebenen Wort angepasst werden müssen.

Und dann noch eine Mitteilung: Heidi Eberhard spendiert heute Sandwiches in der Pause. Herzlichen Dank dafür, Heidi, und auch herzlichen Dank für die veganen Sandwiches, welche hier bei mir vorne sind.

Ich komme zu den Entschuldigungen: Aus dem Parlament sind Dominic Amacher, Mark Kobel und Klaus von Muralt entschuldigt. Tatjana Rothenbühler kommt etwas später, Ronald Sonderegger ist noch nicht anwesend. Wir sind damit im Moment 35 Parlamentsmitglieder, das Parlament ist beschlussfähig. Aus dem Gemeinderat: Christian Burren kommt etwas später, Tanja Bauer ist krank und Hans-Peter Kohler ist auch nicht da.

Der elektronische Aktenversand fand am 4. November statt, der Aktenversand per Post am 6. November. Das Protokoll vom 3. November ist seit 19. November aufgeschaltet und das vom 10. November seit dem 24. November. Das wären meine Mitteilungen.

Wir kommen zu Traktandum 1, Traktandenliste und Mitteilungen: Die Finanzkommission hat am 18. November bekannt gegeben, dass sie die Traktanden 4 und 5, Schuldenbremse-Vorlage und Parlamentarische Initiative, zurückziehen. Wünscht die Finanzkommission dazu das Wort? Das wird nicht gewünscht. Dann liegt der Antrag von mir vor, dass wir, wie gesagt, nach dem Traktandum 12, die Traktanden 13, 14 und 15 überspringen und mit Traktandum 16 weiterfahren. Gibt es weitere Anträge zur Traktandenliste?

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne: Ich stelle den Antrag, dass wir das Traktandum 10, die Interpellation "Wissens- und Technologietransfer am Standort Köniz" ebenfalls auf die nächste Woche verschieben, wenn Tanja Bauer dann hoffentlich wieder hier ist.

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Gibt es weitere Anträge? Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass sich mein Antrag und derjenige von Hansueli Pestalozzi nicht widersprechen, darum können wir einfach über beide unabhängig voneinander abstimmen.

Beschluss über Antrag des Parlamentspräsidenten, Casimir von Arx

Das Parlament stimmt folgendem Antrag zu:

Nach Traktandum 12 wird direkt mit Traktandum 16 weitergefahren.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Beschluss über Antrag von Gemeinderat Hansueli Pestalozzi

Das Parlament stimmt folgendem Antrag zu:

Das Traktandum 10 wird auf die Sitzung vom 8. Dezember 2025 verschoben.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Beschluss über die Traktandenliste

Die Traktandenliste wird mit den vorgenannten Änderungen stillschweigend genehmigt.

PAR 2025/94

Protokoll der Parlamentssitzung vom 03.11.2025

Genehmigung

Diskussion

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

Beschluss

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 03.11.2025 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2025/95

Protokoll der Parlamentssitzung vom 10.11.2025

Genehmigung

Diskussion

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

Beschluss

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 10.11.2025 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2025/96

• **Änderung des Sitzzuteilungsverfahrens und Neuregelung der Listen und Listenverbindungen für die Wahl des Gemeinderats und des Parlaments, Teilrevision des Reglements über Abstimmungen und Wahlen, Volksabstimmung**

Beschluss und Botschaft, Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Die Mitglieder des Parlaments und des Gemeinderats von Köniz werden im Proporz- oder Verhältniswahlverfahren gewählt. Nach diesem Verfahren wird in einem ersten Schritt ermittelt, wie viele Sitze den einzelnen Parteien oder Wählergruppen im zu wählenden Gremium zustehen. Diese Sitze werden in einem zweiten Schritt den Kandidierenden der betreffenden Listen mit den meisten Stimmen zugewiesen. Die Gemeinde Köniz wendet für die Zuteilung der Sitze heute das so genannte Hagenbach-Bischoff-Verfahren an, das auch für die Wahl des Nationalrats und des Grossen Rats des Kantons Bern und ebenso in den meisten bernischen Gemeinden zur Anwendung kommt.

Am 13. März 2023 erklärte das Parlament die Motion der EVP-GLP-Mitte-Fraktion «Für unverzerrte Proporzwahlen» (Motion V2222) erheblich. Das Motionsbegehren lautet wie folgt:

1. Das Sitzzuteilungsverfahren für die Gemeinderats- und Parlamentswahlen wird vom Divisorverfahren mit Abrundung (sog. Hagenbach-Bischoff-Verfahren) auf das Divisorverfahren mit Standardrundung (sog. Sainte-Laguë-Verfahren) gewechselt.
2. Die hierfür nötigen Anpassungen der rechtlichen Grundlagen werden rechtzeitig vorgenommen, damit der Wechsel des Sitzzuteilungsverfahrens – unter Vorbehalt der Zustimmung der zuständigen Organe – bei den nächsten Gemeindewahlen zur Anwendung kommt.
3. Abgesehen von Punkt 1 bleibt das Wahlsystem unverändert. Vorbehalten bleiben Anpassungen des Wahlsystems, die aus rechtlichen Gründen dieser Motion vorgehen (z. B. Anpassungen, die durch Änderungen im übergeordneten Recht nötig werden).

Der Gemeinderat hatte in seiner Antwort zur Motion (Parlamentssitzung vom 13. März 2023) ausgeführt, im Fall einer Erheblicherklärung durch das Parlament seien noch verschiedene Fragen zu prüfen. Er unterbreitete dem Parlament zuhanden der Sitzung vom 6. Mai 2024 den Bericht eines externen Experten mit Überlegungen zu einem Wechsel vom Zuteilungsverfahren nach Hagenbach-Bischoff zum Verfahren nach Sainte-Laguë und zu weiteren damit verbundenen Aspekten. Der Gemeinderat beantragte dem Parlament formell die Kenntnisnahme des Berichts, wünschte aber, vom Parlament Hinweise zu erhalten, wie die zu erarbeitende Vorlage im Hinblick auf die im Bericht angesprochenen Fragen (Anwendung des Verfahrens Sainte-Laguë bei Exekutivwahlen, Kombination mit Listenverbindungen, insbesondere mehrparteiigen Listenverbindungen) ausgestaltet werden soll. Das Parlament nahm den Bericht zustimmend oder teilweise zustimmend zur Kenntnis und äusserte sich in der Diskussion auch zu weiteren damit verbundenen Aspekten, unter anderem zu Listenverbindungen.

Kurze Zeit nach der Debatte vom 6. Mai 2024 reichte die EVP-GLP-Mitte-Fraktion die parlamentarische Initiative «Für unverzerrte Proporzwahlen» mit weitgehend identischem Inhalt wie die Motion 2222 ein, die unter anderem nochmals einen Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren (mit einer Auszählung der Stimmen im so genannten Höchstzahlverfahren) sowie eine Beschränkung der Zulässigkeit von Listenverbindungen und die Abschaffung der Unterlistenverbindungen fordert. Der Gemeinderat nahm dazu am 15. August 2024 Stellung. Das Parlament behandelte die parlamentarische Initiative am 4. November 2024 und lehnte deren vorläufige Unterstützung ab.

Am 11. Dezember 2024 unterbreitete der Gemeinderat dem Parlament eine Vorlage für die Teilrevision des Reglements über Abstimmungen und Wahlen. Er entsprach damit der Motion V2222 «Für unverzerrte Proporzwahlen» und damit in erster Linie der Forderung nach einem Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren. Er berücksichtigte dabei auch die Diskussion vom 6. Mai 2024 und die getroffenen Abklärungen im externen Bericht, namentlich 1) zur Opportunität der Anwendung des Sainte-Laguë Verfahrens für die Wahl des Gemeinderats; und 2) zur Kombination von Sainte-Laguë mit Listenverbindungen,

insbesondere mehrparteiigen Listenverbindungen. Das Parlament behandelte die Vorlage am 10. Februar 2025 und wies das Geschäft mit zusätzlichen neuen Auflagen (welche im ursprünglichen Motions-text nicht genannt wurden) zur Überarbeitung an den Gemeinderat zurück.

Mit dem vorliegenden Antrag entspricht der Gemeinderat dem Rückweisungsbeschluss des Parlaments. Die zusätzlichen neuen Auflagen wurden aufgenommen. Ansonsten basiert der Antrag auf der Vorlage des Gemeinderats für die Parlamentssitzung vom 10. Februar 2025. Die nachfolgenden Ziffern 2 bis 4 sind unverändert aus der Vorlage vom 11. Dezember 2024 übernommen worden.

2. Sitzzuteilungsverfahren nach Sainte-Laguë

2.1 Unterschied zum Verfahren nach Hagenbach-Bischoff

Das durch den französischen Mathematiker Jean-André Sainte-Laguë entwickelte Sitzzuteilungsverfahren lehnt sich an das Modell an, das der US-amerikanische Politiker Daniel Webster im 19. Jahrhundert für die Wahl des Repräsentantenhauses entwickelte. Es ist ein so genanntes Divisorverfahren. In solchen Verfahren werden die für eine Wählergruppe abgegebenen Stimmen durch eine Zahl oder Zahlenreihe dividiert und die Sitze nach der Grösse der so berechneten Quotienten vergeben.

Im Verfahren Hagenbach-Bischoff werden alle Quotienten abgerundet. Im Verfahren Sainte-Laguë werden sie entweder abgerundet oder aufgerundet, grundsätzlich wie bei der allgemein bekannten kaufmännischen Rundung.¹

Das Verfahren nach Hagenbach-Bischoff ist schweizweit am weitesten verbreitet. Es wird bei den Nationalratswahlen² angewandt, es ist auch das am meisten angewandte System in den Kantonen. Die Exekutive wird mit Ausnahme des Tessin in allen Kantonen im Majorzverfahren gewählt. Fast alle Gemeinden im Kanton Bern, die ihr Gemeindeparlament oder ihre Exekutive (Gemeinderat) im Proporz wählen, wenden das Verfahren nach Hagenbach-Bischoff an. Die Vorteile von Hagenbach-Bischoff sind seine bessere Verständlichkeit für die Wählenden, da sich die Sitzverteilung mathematisch relativ einfach nachvollziehen lässt. Aufgrund der weiten Verbreitung und langjährigen Anwendung verfügt es über eine hohe Legitimation bei der Bevölkerung.³ Als Nachteil wird häufig aufgeführt, dass wählerstärkere Parteien bei der Verteilung der Restmandate tendenziell eher bevorzugt werden. Die Möglichkeit zur Bildung von (mehrparteiigen) Listenverbindungen wirkt diesem Aspekt jedoch entgegen. Die Kritik an Hagenbach-Bischoff wird vor allem dort diskutiert, wo ein Gemeinwesen in verschiedene Wahlkreise unterteilt ist, was in Köniz nicht der Fall ist, da die Gemeinde Köniz einen einzigen Wahlkreis bildet. Zudem betrifft sie fast ausschliesslich die Legislativwahlen, da die allermeisten Exekutivwahlen im Majorzverfahren durchgeführt werden. Der Kanton Bern mit Exekutiv-Proporzwahlen in verschiedenen Gemeinden ist eher ungewöhnlich.

Das Verfahren nach Sainte-Laguë ist in den letzten Jahren in verschiedenen Kantonen für Parlamentswahlen eingeführt worden, vor allem im Rahmen des "Doppelten Pukelsheim" bei Proporzwahlen mit mehreren Wahlkreisen. Der Hauptvorteil des Verfahrens nach Sainte-Laguë liegt darin, dass sich die Sitzzuteilung in Bezug auf die Grösse der Partei oder Wählergruppe bzw. deren Stimmenzahl neutral verhält und somit dem Erfordernis der so genannten Erfolgswertgleichheit (gleiche praktische Wirksamkeit der abgegebenen Stimmen) stärker Rechnung getragen wird. Dies wird erreicht, indem ein Zuteilungsdivisor ermittelt wird, mit welchem genau alle zu besetzenden Sitze vergeben werden, d.h. es müssen - im Gegensatz zum Verfahren nach Hagenbach-Bischoff - keine Restmandate zugeteilt

¹ Für das doppeltproportionale Zuteilungsverfahren mit Standardrundung ist heute die Bezeichnung «Doppelter Pukelsheim» geläufig. Der Mathematiker Friedrich Pukelsheim weist darauf hin, dass es in äusserst seltenen Fällen keinen Zuteilungsdivisor gibt, der zusammen mit der kaufmännischen Rundung der Quotienten dazu führt, dass die korrekte Anzahl Sitze (nicht mehr und nicht weniger) verteilt wird. Er verlangt in solchen Ausnahmekonstellationen einen Losentscheid. Er spricht wegen dieser Besonderheit präzisierend nicht von kaufmännischer Rundung, sondern von Standardrundung. Siehe vor allem Friedrich Pukelsheim / Christian Schuhmacher, Doppelproporz bei Parlamentswahlen – ein Rück- und Ausblick, Abschnitt E.5 (frei greifbar im Internet, Universität Augsburg, Institut für Mathematik; greifbar auch in der juristischen Zeitschrift AJP 2011 1581).

² Die Änderung des Zuteilungsverfahrens und eine mögliche Einführung von Sainte-Laguë für die Nationalratswahlen wird aktuell im Rahmen einer Kommissionsinitiative der staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK.N 24.422) diskutiert, begleitet von Diskussionen über Listenverbindungen (mögliche Abschaffung) und der grossen Anzahl Listen in gewissen Kantonen bei den letzten Nationalratswahlen <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20240422>

³ Siehe zu den Vor- und Nachteilen der beiden Systeme die Antwort des Regierungsrats auf Vorstösse im Kanton Bern, Motion 127-2014 (Proporzgerechtigkeit bei Grossratswahlen, Antwort des Regierungsrats vom 26. November 2014 und Motion 310-2019 (Gerechte Sitzzuteilung bei den Grossratswahlen – auch im Kanton Bern), Antwort des Regierungsrats vom 13. Mai 2020.

werden (siehe unten Kapitel 2.2). Allerdings gibt es durchaus Rechenbeispiele, welche die Vermutung zulassen, dass namentlich Kleinstparteien vom Verfahren nach Sainte-Laguë tendenziell eher profitieren dürften.⁴ Das Bundesgericht hat die Unterschiede zwischen den verschiedenen Proporzteilverfahren stark relativiert und klar festgehalten, dass sowohl Sainte-Laguë als auch Hagenbach-Bischoff verfassungskonform sind. Als Nachteile von Sainte-Laguë werden in der Regel aufgeführt, dass das System mathematisch komplex und deshalb für die Wählenden schwerer nachvollziehbar ist und dass es tendenziell eher zu einer Zersplitterung der Parteien führen kann, was namentlich bei Exekutivwahlen eher nicht erwünscht ist, da auch die Persönlichkeit der Kandidierenden nach verbreiteter Überzeugung eine grössere Rolle spielen sollte. Dies ist wohl auch der Grund, dass in der Schweiz und im Ausland soweit ersichtlich kein Fall bekannt ist, wo Sainte-Laguë bei Exekutivwahlen angewandt wird.

Weitere Ausführungen zu den Verteilverfahren nach Hagenbach-Bischoff und nach Sainte-Laguë finden sich in Kapitel 2 des externen Expertenberichts, welcher vom Parlament an der Sitzung vom 6. Mai 2024 diskutiert wurde.⁵

Der Gemeinderat hält vorweg fest, dass sowohl die Methode Hagenbach-Bischoff als auch das Sainte-Laguë-Verfahren rechtlich zulässige und verfassungskonforme Zuteilungsverfahren sind. Beide Verfahren haben gewisse Vor- und Nachteile. Berechnungen in der Antwort des Gemeinderats zur Motion V2222 "Für unverzerrte Proporzahlen" zeigen auf, dass davon auszugehen ist, dass die beiden Verfahren nur im beschränkten Umfang zu unterschiedlichen Ergebnissen führen.⁶ Die Anwendung von St Laguë in nur einem Wahlkreis ist eher ungewöhnlich und für die Wahl der Exekutive (Gemeinderat) ein Novum. Welches das für Köniz "richtige" Verfahren ist, ist deshalb vorwiegend ein politischer Entscheid. Die wohl grösste praktische Auswirkung bei einem Wechsel von Hagenbach-Bischoff zu Sainte-Laguë ist die Abschaffung der mehrparteiigen Listenverbindungen sowie die weiteren Vorgaben zu Listen und Listenverbindungen (siehe hierzu weiter unten Kapitel 3 - 5).

2.2 Methodische Rechenwege

Im Verfahren nach Sainte-Laguë können die auf die einzelnen Listen entfallenden Sitze auf verschiedenen Rechenwegen ermittelt werden, namentlich durch die Bestimmung eines für alle Listen einheitlichen Zuteilungsddivisors oder durch ein Höchstzahlverfahren.⁷ Beide Methoden führen mathematisch zum gleichen Ergebnis.

Nach der ersten Methode wird mit einem gemeinsamen Zuteilungsddivisor gearbeitet, durch den die auf die einzelnen Listen entfallenden Stimmen geteilt werden. Der resultierende Quotient aus dieser Teilung wird auf die nächste ganze Zahl auf- oder abgerundet. Gefragt ist nun ein Zuteilungsddivisor, mit dem – unter Berücksichtigung der erwähnten Rundungen – genau alle zu besetzenden Sitze vergeben werden, nicht mehr und nicht weniger. Zuteilungsddivisoren mit dieser Eigenschaft lassen sich nicht aufgrund einer festen Formel berechnen, sondern müssen durch schrittweise Annäherung gesucht werden. Als Ausgangspunkt für diese Annäherung kann die Gesamtzahl der Stimmen für alle Listen durch die Gesamtzahl der zu besetzenden Sitze geteilt werden. Werden mit dem resultierenden Zuteilungsddivisor zu viele Sitze zugeteilt, muss der Divisor schrittweise erhöht werden, bis genau die richtige Anzahl Sitze vergeben wird; werden zu wenig Sitze zugeteilt, muss der Divisor gesenkt werden. Dieses Verfahren wird in Deutschland für die Wahl des Europaparlaments und des Bundestages angewendet. In der Schweiz kommt es beispielsweise in den Kantonen Zürich, Aargau und Schaffhausen im Rahmen des «Doppelten Pukelsheim» zur Anwendung.

Im Höchstzahlverfahren werden die auf die einzelnen Listen entfallenden Stimmen nacheinander durch 0,5, 1,5, 2,5 etc. oder, was mathematisch betrachtet zu den gleichen Ergebnissen führt, durch 1, 3, 5 etc. geteilt. Dieses Verfahren wird deshalb auch als Methode mit ungeraden Teilern bezeichnet. Anschliessend werden so viele höchste Quotienten aus dieser Division (Höchstzahlen) identifiziert, wie

⁴ Vgl. hierzu den Bericht "Wechsel vom Wahlverfahren nach Hagenbach-Bischoff zum Verfahren nach Sainte-Laguë", S. 10 f., welcher dem Parlament am 6. Mai 2024 zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde, V2222 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Für unverzerrte Proporzahlen", Externer Bericht, Kenntnisnahme. https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/21763/2024-05-06_T04_V2222%20Motion%20unverzerrte%20Proporzahlen.pdf?fp=1

⁵ ebenda

⁶ https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/20375/2023-03-13_T05_F%C3%BCr%20unverzerrte%20Proporzahlen.pdf?fp=1

⁷ Das für die Zuteilung der Ausschusssitze des Bundestages angewendete, aber komplizierte Rangmasszahlverfahren kommt nach Auffassung des Gemeinderats nicht in Betracht.

Sitze zu besetzen sind; jede Liste erhält dann so viele Sitze, wie sie Höchstzahlen erreicht hat. Das Höchstzahlverfahren wird in verschiedenen deutschen Bundesländern, beispielsweise in Bremen und Baden-Württemberg, angewendet.

In der Diskussion zur Motion «Für unverzerzte Proporzahlen» vom 6. Mai 2024 ist bemerkt worden, die Bestimmung eines Zuteilungsdivisors sei «am einfachsten zum Nachkontrollieren für die Bevölkerung». Diese Methode gilt auch als die effizienteste, wogegen das Höchstzahlverfahren für grössere Gremien eine Vielzahl von Rechenoperationen erfordert. Das Verfahren mit dem gemeinsamen Zuteilungsdivisor wird im Gegensatz zum Höchstzahlverfahren in der Schweiz auch bereits angewendet und hat soweit ersichtlich keine Probleme aufgegeben, hat sich also in der Praxis offenbar bewährt. Für das Verfahren mit Zuteilungsdivisor spricht weiter, dass die Gemeinde Köniz bei den Wahlen eine Software einsetzt, deren Herstellerin bereits über geeignete Programmteile für das Zuteilungsdivisor-Verfahren verfügt (hingegen müsste die Auswertung im Höchstzahlverfahren von Grund auf entwickelt bzw. programmiert werden, was wesentlich aufwändiger und wohl auch teurer wäre). Aus all diesen Gründen wird mit vorliegendem Antrag die Anwendung des Zuteilungsdivisor-Verfahrens beantragt.

2.3 Anwendung auch für die Gemeinderatswahlen (Exekutive)

Die Motion V2222 «Für unverzerzte Proporzahlen» verlangt einen Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren sowohl für die Parlaments- als auch für die Gemeinderatswahlen. Für Exekutivwahlen kommt das Sainte-Laguë-Verfahren, wie bereits oben ausgeführt, nach Wissen des Gemeinderats heute weder im Ausland noch in der Schweiz zur Anwendung. Eine Gemeinderatswahl im Sainte-Laguë-Verfahren stellt somit ein Novum dar. Dieses Verfahren liegt auch nicht gerade nahe, weil im Rahmen einer Exekutivwahl in aller Regel die Persönlichkeit der Kandidierenden im Vordergrund steht und der parteipolitischen Zusammensetzung für den Gemeinderat deshalb weniger Bedeutung zukommt als für das Parlament, das die politischen Überzeugungen der Bevölkerung bzw. der Stimmberechtigten möglichst genau widerspiegeln soll. Dies ist wohl auch der Hauptgrund, weshalb der Grossteil der Staatswesen bei Exekutivwahlen das Majozverfahren anwendet. Der Vorteil des Sainte-Laguë-Verfahrens, nämlich die unverzerzte Wiedergabe der Stimmenverhältnisse und die optimale Wahrung der Erfolgswertgleichheit der Stimmen, fällt mithin weniger ins Gewicht als bei einer Parlamentswahl.

Sollte das Zuteilungsverfahren geändert werden, empfiehlt der Gemeinderat, dies sowohl für die Parlaments- als auch für die Gemeinderatswahlen vorzusehen. Es dürfte für die Stimm- und Wahlberechtigten schwerlich nachvollziehbar sein, weshalb für das Parlament einerseits und für den Gemeinderat andererseits unterschiedliche Proporzwahlssysteme gelten sollen. Eine solche Regelung wäre deshalb im Licht der verfassungsrechtlichen Gewährleistung der freien Willensbildung und unverfälschten Stimmabgabe nach Artikel 34 Absatz 2 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 auch rechtlich nicht vollends unproblematisch. Die wohl einzige ernsthaft in Betracht fallende Alternative wäre ein Wechsel von einer Proporzwahl zu einer Majorz- oder Mehrheitswahl des Gemeinderats, die beispielsweise die Stadt Burgdorf vorsieht. Ein solcher Wechsel ist in der Vergangenheit, unter anderem im Zusammenhang mit dem Projekt «Köniz 5» (2008-2010), allerdings verworfen worden und steht nach Auffassung des Gemeinderats heute nicht zur Diskussion.

3. Listenverbindungen

3.1 Allgemeines

Listenverbindungen sind für die Proporzahlen in Köniz heute unbeschränkt zulässig und auch andernorts, namentlich in Kantonen und Gemeinden mit einem Verfahren nach Hagenbach-Bischoff, verbreitet. Eine Listenverbindung bewirkt, dass die Stimmen für zwei oder mehr Listen für die Zuteilung der Sitze in einem ersten Schritt zusammengerechnet werden; die der Listenverbindung zugeteilten Sitze werden dann in einem zweiten Schritt auf die einzelnen Listen verteilt. Verbundene Listen werden somit zunächst wie eine einzige Liste behandelt. Listenverbindungen haben zum Zweck, die Stimmkraft kleinerer Parteien oder Wählergruppen im Rahmen einer Proporzwahl zu bündeln und zu verstärken und «die durch Quoren, Wahlkreiseinteilung, Mandat- und Restmandatsverteilungssysteme verursachten Proportionalitätsabweichungen auszugleichen».⁸ Praktische Bedeutung haben sie in erster Linie im Zusammenhang mit der Verteilung von Restmandaten. Listenverbindungen sind dementsprechend durch das

⁸ Alfred Kölz, Probleme des kantonalen Wahlrechts, Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht 1987, S. 1 ff., 27.

Bundesgericht und die Lehre als «Partnerschaft zur Verwertung von Reststimmen» bezeichnet worden.⁹ Listenverbindungen können aber auch bewirken, dass eine kleine Wählergruppe, die im Alleingang keinen Sitz in einem bestimmten Gremium erlangen würde, schliesslich "auf Kosten" einer anderen Gruppe einen Sitz erringt. Dies zeigt etwa das folgende (fiktive) Beispiel: Für einen Sitz in einem Gremium benötigt eine Partei oder Liste mindestens 6000 Stimmen; in Betracht kommen für diesen Sitz die drei Listen A, B und C. Die Liste A erzielt 7500 Stimmen, die Liste B 3500 Stimmen, die Liste C 4100 Stimmen. Verbinden sich die Listen B und C, erhalten sie zusammen insgesamt 7600 Stimmen und damit den Sitz, der schliesslich an die Liste C mit 4100 Stimmen geht. Die Liste A mit 7500 Stimmen, die als einzige die erforderliche Stimmenzahl auf sich vereinigt hat, geht demgegenüber leer aus.

3.2 Ein- und mehrparteiige Listenverbindungen

Listenverbindungen können sogenannte ein- und mehrparteiig sein. Eine einparteiige Listenverbindung liegt vor, wenn eine politische Partei oder Gruppierung, beispielsweise im Sinn eines «innerparteilichen Minderheitenschutzes» und/oder zwecks besserer Mobilisierung, gleichzeitig verschiedene «Teillisten» wie beispielsweise regional ausgerichtete Listen einreicht. Mehrparteiige Listenverbindungen sind Verbindungen zwischen unterschiedlichen Parteien, die zur Verbesserung ihrer Wahlchancen¹⁰ miteinander eingehen.

Falls das System umgestellt wird, dürften in Zukunft nur noch sogenannte einparteiige Listenverbindungen zugelassen werden. Dazu muss genauer untersucht werden, wie man in der Gemeinde Köniz die einparteiigen Listenverbindungen ins Auge fassen und «adressieren» könnte.

Zu beachten ist hier, dass gemäss dem Reglement über Abstimmungen und Wahlen der Gemeinde Köniz die Sitze nicht den Parteien, sondern den Listen zugeteilt werden. Die Listen müssen auch nicht unbedingt durch die politische Partei eingereicht werden. Gefordert ist ja einfach, dass eine bestimmte Anzahl stimmberechtigter Personen eine Liste mit Wahlvorschlägen einreicht (Art. 27 RAW).

Wenn man einparteiige und mehrparteiige Listenverbindungen unterscheiden will, ist es deshalb wohl zielführend, auf die (von den Wählergruppen bestimmten) Bezeichnungen der Listen abzustellen, ganz ähnlich wie es auf Bundesebene passiert: Artikel 31 Absatz 1^{bis} des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte (BPR) sieht vor, dass Unterlistenverbindungen für die Nationalratswahlen nur gültig sind zwischen «zwischen Listen gleicher Bezeichnung, die sich einzig durch einen Zusatz zur Kennzeichnung des Geschlechts, der Flügel einer Gruppierung, der Region oder des Alters unterscheiden».¹¹

3.3 Beurteilung

Die Vor- und Nachteile von Listenverbindungen werden generell unterschiedlich beurteilt und waren auch schon wiederholt Gegenstand von Ausführungen des Gemeinderats oder externer Berichte.¹² Listenverbindungen werden auf der einen Seite als geeignetes Mittel zum Ausgleich systembedingter Nachteile eines Wahlverfahrens für kleine Parteien oder Wählergruppen gewürdigt. Dagegen wird eingewendet, Listenverbindungen komplizieren das Wahlverfahren und seien intransparent; insbesondere mehrparteiige Listenverbindungen könnten als «unnatürliche Allianzen» zudem den Wählerwillen verfälschen, weil schliesslich nicht eine Person der durch die Wählenden bevorzugten Partei oder Wählergruppe, sondern eine Vertretung einer anderen Gruppe gewählt werde.

⁹ BGE 99 Ia 444 E. 4; Benno Schmid, Die Listenverbindung im schweizerischen Proportionalwahlrecht, Diss. Zürich 1961, S. 35.

¹⁰ Anina Weber, Schweizerisches Wahlrecht und die Garantie der politischen Rechte, 2016, S. 218.

¹¹ Eine praktisch gleichlautende Bestimmung kennt der Kanton Thurgau für die Unterlistenverbindungen im Rahmen der Proporzwahl des Grossen Rates; vgl. § 51 Abs. 2 Gesetz vom 12. Februar 2014 über das Stimm- und Wahlrecht (StWG, RB 161.1), https://www.rechtsbuch.tg.ch/app/de/texts_of_law/161.1, besucht am 24. August 2024. Das Gesetz des Kantons St. Gallen vom 5. Dezember 2018 über Wahlen und Abstimmungen (WAG; sGS 125.3) enthält in Art. 43 Abs. 2 eine entsprechende Regelung generell für Listenverbindungen, https://www.gesetzessammlung.sg.ch/app/de/texts_of_law/125.3, besucht am 24. August 2024.

¹² Vgl. z.B. die Antwort des Gemeinderats vom 28. Juni 2017 zur Motion BDP «Transparenz bei Gemeinderatswahlen – Listenverbindungen abschaffen» zuhanden der Parlamentssitzung vom 18. September 2017 und die Hinweise in den Berichten Ueli Friederich «Majorz- oder Proporzwahl für die Mitglieder des Gemeinderats in Köniz?» vom 4. März 2008, S. 7 f., und «Wechsel vom Wahlverfahren nach Hagenbach-Bischoff zum Verfahren nach Sainte-Laguë? – Überlegungen zu Eigenarten, zur Verbreitung, zu rechtlichen Aspekten und zur Opportunität der Wahlverfahren sowie zu Listenverbindungen, insbesondere in Kombination mit dem Verfahren Sainte-Laguë» vom 7. Dezember 2023, S. 13 ff.

Für die Beurteilung der Opportunität von Listenverbindungen bei einem Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren ist zu unterscheiden zwischen den beiden unter Ziffer 3.1 erwähnten Funktionen, nämlich zwischen der Bedeutung für die Zuteilung von Restmandaten einerseits und der mit der Listenverbindung geschaffenen Möglichkeit, dass eine kleinere Partei oder Wählergruppe dank der Verbindung überhaupt (zulasten einer anderen Partei) einen Sitz erringt, anderseits.

Mit Blick auf die Zuteilung von Restmandaten erscheinen Listenverbindungen sinnvoll, wenn das angewendete Verfahren wie das Verfahren nach Hagenbach-Bischoff dazu führen kann, dass die Restmandate tendenziell eher wählerstärkeren Parteien zugeteilt werden. In einem solchen Fall können Listenverbindungen diese möglichen Effekte ausgleichen. Hagenbach-Bischoff selber schlug seinerzeit «gekoppelte Listen» vor, um diese zu dämpfen.¹³ Wird das Sainte-Laguë-Verfahren eingeführt, stellt sich dieses Problem allerdings nicht mehr, weil die reine Proporzidee mit Sainte-Laguë mathematisch am genauesten umgesetzt ist (siehe vorne Ziffer 2.2). Deshalb machen Listenverbindungen nach einem Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren keinen Sinn mehr.¹⁴ Praktische Bedeutung können sie somit nur noch haben, wenn sie einer Partei oder Wählergruppe, die ohne Verbindung keinen Sitz erzielen würden, auf Kosten einer anderen Gruppierung einen Sitz verschaffen. Diese mögliche Konsequenz ist für einparteiige und für mehrparteiige Listenverbindungen unterschiedlich zu beurteilen:

Sind die Listen A, B und C in dem unter Ziffer 3.1 erwähnten Zahlenbeispiel mehrparteiig, d.h. durch unterschiedliche Parteien eingereicht worden, geht der Sitz der Liste C an eine andere Partei als an diejenige, die mit 7500 Stimmen das beste Resultat erzielt hat (Partei mit der Liste A). Dieses Ergebnis entspricht nicht dem «wahren Willen» der Wählenden, die mehrheitlich für die Partei mit der Liste A gestimmt haben und keinen Einfluss auf die Verbindung dieser Liste mit einer andern nehmen können, und ist deshalb rechtlich problematisch.¹⁵ In der neueren Lehre werden mehrparteiige Listenverbindungen mit Blick auf solche Ergebnisse als «Verletzung des Grundsatzes der direkten Wahl» kritisiert.¹⁶

Anders zu beurteilen ist das Ergebnis, wenn nur einparteiige Listenverbindungen im Spiel stehen. Sind die Listen B und C im erwähnten Zahlenbeispiel z.B. eine Liste "Partei A Senior:innen" und eine Liste "Partei A Jugend" derselben Partei oder Wählergruppe "A", erzielt diese Gruppierung insgesamt 7600 Stimmen und somit mehr Stimmen als die Partei mit der Liste A. Es erscheint in diesem Fall angezeigt, dass sie und nicht die Partei A den Sitz erhält. Die einparteiige Listenverbindung führt, anders als eine mehrparteiige, nicht zu einem «Transfer» des Sitzes zu einer anderen Partei oder Wählergruppe. Die Stimmen kommen vielmehr der Gruppierung zu, für welche die Wählenden tatsächlich mehrheitlich votiert haben. Eine Partei oder Wählergruppe kann, auch im Interesse des Minderheitenschutzes, durchaus ein legitimes Bedürfnis haben, mit Teillisten beispielsweise Geschlechter, Altersgruppen oder regionale Interessen, allenfalls auch Parteiminderheiten, besonders zu berücksichtigen und im Wahlkampf aufzutreten zu lassen. Bestünde die Möglichkeit der einparteiigen Listenverbindung nicht, wäre dies nicht ohne das Risiko eines Sitzverlustes möglich. Einparteiige Listenverbindungen erscheinen somit auch bei einem Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren sinnvoll. Der Grundsatz der direkten Wahl (vgl. Art. 34 BV) bleibt gewährleistet. Eine Parteizersplitterung droht nicht.

3.4 Fazit

Der Gemeinderat erachtet es aus den dargelegten Gründen als angezeigt, bei einem Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren nicht zuletzt mit Blick auf allfällige künftige rechtliche Risiken auf mehrparteiige Listenverbindungen zu verzichten, aber einparteiige Verbindungen nach wie vor zuzulassen. Eine solche Regelung entspricht nicht nur dem, was der Gemeinderat der parlamentarischen Debatte vom 6. Mai 2024 entnimmt, sondern auch der Grundidee, die historisch betrachtet der Einführung der Listenverbindung zugrunde lag.¹⁷

¹³ Eduard Hagenbach-Bischoff, Anwendung gekoppelter Listen, in: Bulletin des Schweizerischen Wahlreformvereins für proportionale Volksvertretung 1896, Nr. 10/11, S. 78 ff.

¹⁴ Proporzwahlssysteme im Vergleich; Bericht der Bundeskanzlei vom 21. August 2013, S. 21; Weber, Wahlrecht, S. 247.

¹⁵ Vgl. z.B. Schmid, S. 49 f.; Weber, Wahlrecht, S. 252 f.

¹⁶ Weber, Wahlrecht, S. 253; Anina Weber, Listenverbindungen: Problematische Liaisons bei Wahlen, AJP 2013, S. 683 ff., 694 und 697.

¹⁷ Der Bundesgesetzgeber hat die Listenverbindung in erster Linie in der Absicht zugelassen, die einparteiige Verbindung regionaler Teillisten für die Nationalratswahl zuzulassen; vgl. Schmid, Listenverbindungen, S. 96 ff.; Weber, Wahlrecht, S. 240.

4. Unterlistenverbindungen

Unterlistenverbindungen machen Sinn, wenn politische Gruppierungen ihre Chancen auf einen Sitz im Rahmen einer Listenverbindung optimal wahren wollen. Dieses Bedürfnis besteht unter Umständen, wenn sich mehrere Parteien oder Wählergruppen unterschiedlicher Ausrichtung an einer Listenverbindung beteiligen, kaum aber im Rahmen einer einparteiigen Listenverbindung.¹⁸ Hinzu kommt, dass eine Unterlistenverbindung nur möglich ist, wenn sich drei oder mehr Listen verbinden, was im Fall einparteiiger Listenverbindungen selten bis sehr selten der Fall sein dürfte. Soweit bekannt, haben sich in der Praxis denn auch nie Listen einer einparteiigen Listenverbindung zu Unterlistenverbindungen zusammengeschlossen. Zu berücksichtigen ist im Weiteren, dass Unterlistenverbindungen das Zuteilungsverfahren komplizieren und die Nachvollziehbarkeit erschweren, womit die Transparenz des Wahlverfahrens leiden kann.¹⁹ Im Falle eines Wechsels schlägt der Gemeinderat deshalb nicht zuletzt auch im Interesse eines möglichst einfachen und transparenten Wahlverfahrens vor, die Möglichkeit von Unterlistenverbindungen zu streichen.

5. Weitere Vorgaben für Listen und Listenverbindungen

5.1 Auflagen im Rückweisungsbeschluss

Der Rückweisungsbeschluss des Parlaments vom 10. Februar 2025 enthält die folgenden zusätzlichen Auflagen zur Regelung der Listen und Listenverbindungen²⁰:

1. Einparteiige Listenverbindungen sind obligatorisch. Das heisst: Mehrere Listen derselben Partei bzw. Wählergruppe müssen verbunden werden.
2. Mehrparteiige Listen sind nur zulässig, wenn die an der mehrparteiigen Liste beteiligten Parteien zur selben Wahl (Parlament oder Gemeinderat) ausschliesslich mit genau einer mehrparteiigen Liste antreten.

Für den Gemeinderat hat sich die Frage gestellt, wie diese Auflagen im Einzelnen zu verstehen sind und ob sie in rechtlich zulässiger Weise umgesetzt werden können. Er hat nach den bereits erwähnten Abklärungen einen weiteren Bericht zu diesen Fragen in Auftrag gegeben, der diesem Antrag beigelegt ist (Beilage 1). Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf den Erkenntnissen des Berichts, namentlich zu den rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Neuregelung der Listen und Listenverbindungen.

5.2 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Gemeinde Köniz kann das Wahlverfahren aufgrund der ihr zustehenden Autonomie im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben grundsätzlich frei regeln. Sie kann Listenverbindungen verbieten, zulassen oder unter Umständen auch vorschreiben. Auch zu den Listen selbst kann sie Vorschriften erlassen und beispielsweise vorsehen, dass eine bestimmte Partei oder Wählergruppe nicht gleichzeitig auf mehr als einer Liste in Erscheinung treten darf.

Grenzen gesetzt sind der Autonomie der Gemeinde durch die Gewährleistung der politischen Rechte in der Bundesverfassung und im UNO-Pakt II über bürgerliche und politische Rechte, die unter anderem das aktive und das passive Wahlrecht umfasst. Die daraus abgeleiteten Wahlrechtsgrundsätze der allgemeinen, gleichen und freien Wahl gelten auch für die Vorbereitung einer Volkswahl und damit insbesondere für das Einreichen von Wahlvorschlägen. Listen mit Wahlvorschlägen können demnach nicht nur politische Parteien oder andere feststehende politische Gruppierungen einreichen. Vielmehr haben alle Stimmberechtigten das Recht, beliebige wählbare Personen ohne unverhältnismässig hohe Hürden vorzuschlagen oder selbst für ein entsprechendes Amt zu kandidieren (sog. Auswahlfreiheit,

¹⁸ Zum Ganzen Schmid, Listenverbindungen, S. 54 ff. und S. 237. Vgl. auch Weber, Wahlrecht, S. 265: «Bei der einparteiigen Listenverbindung erübrigt sich die Frage nach der Zulassung mehrfacher Verbindungen; es besteht schlicht kein Bedarf mehr».

¹⁹ Ivo Hangartner/Andreas Kley/Nadia Braun Binder/Andreas Glaser, Die demokratischen Rechte in Bund und Kantonen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 2. Auflage 2023, S. 285; Weber, Wahlrecht, S. 260.

²⁰ Parlamentssitzung vom 10. Februar 2025, Beschlüsse, https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/22729/2025-02-10_Beschluesse.pdf?fp=1

Nominationsfreiheit und Teilnahmefreiheit). Einschränkungen dieses Rechts aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei oder andern Gruppierung lassen sich mit der Gewährleistung der politischen Rechte nicht vereinbaren. Die Gemeinde darf die Zulässigkeit von Wahlvorschlägen deshalb nicht davon abhängig machen, welcher Partei oder anderweitigen Gruppierung die Unterzeichnenden der Wahlvorschläge (Wählergruppe) oder die zur Wahl vorgeschlagenen Personen angehören. Die Unterzeichnenden können auch nicht verpflichtet werden, eine Liste unter einem bestimmten Namen, beispielsweise dem Namen der politischen Partei, der sie angehören, einzureichen.

Regelungen im Sinn des Rückweisungsbeschlusses sind angesichts dieser rechtlichen Ausgangslage grundsätzlich zulässig, soweit sie sich auf die Listen als solche oder auf Listenverbindungen, d.h. auf das «Listensystem» selbst, beziehen. Beschränkungen des Rechts von Parteien oder andern Gruppierungen, Listen mit Wahlvorschlägen einzureichen oder frei Listenverbindungen einzugehen oder nicht einzugehen, sind dementsprechend (nur) zulässig, soweit sie an die Bezeichnung der Gruppierung in der Ursprungsbezeichnung der Listen anknüpfen.

5.3 Verbot mehrerer «mehrparteiiger Listen» (Ziff. 2 Rückweisungsbeschluss)

Die im Rückweisungsbeschluss an erster Stelle erwähnten Listenverbindungen setzen den Bestand von Listen voraus, die verbunden werden können oder müssen. Für die konkrete Umsetzung der Auflagen ist deshalb sinnvollerweise zunächst zu prüfen, wie Ziffer 2 des Rückweisungsbeschlusses über die Listen als solche umgesetzt werden kann.

Die Formulierung der Auflage gemäss Ziffer 2 des Rückweisungsbeschlusses wirft verschiedene Fragen auf. Nach üblicher wahlrechtlicher Terminologie kann es im Gegensatz zu mehrparteiigen Listenverbindungen genau genommen keine «mehrparteiigen Listen» geben, weil «Partei» nach dieser Terminologie immer die Gruppierung ist, die in der Ursprungsbezeichnung der Liste genannt wird. Mit dem Begriff «mehrparteiige Listen» dürfte an Listen gedacht sein, an der sich zwei oder mehr Parteien in der einen oder andern Form beteiligen. Auf eine solche Beteiligung darf nach dem Ausgeführten nur abgestellt werden, wenn sie in der Ursprungsbezeichnung der Liste zum Ausdruck kommt. Nicht zulässig wäre im Licht der verfassungsrechtlichen Wahlrechtsgrundsätze und der daraus abgeleiteten Auswahl-, Nominations- und Teilnahmefreiheit eine Beschränkung des Rechts von Mitgliedern einer Partei oder politischen Gruppierung, eine Liste mit Wahlvorschlägen zu unterzeichnen oder auf einer Liste zu kandidieren einzig deshalb, weil andere Mitglieder derselben Gruppierung weitere Listen einreichen oder auf weiteren Listen kandidieren.

Ziffer 2 spricht im Gegensatz zu Ziffer 1 einzig von «Parteien» und nicht von Parteien oder andern Wählergruppen. Ob diese Unterscheidung bewusst vorgenommen worden ist, geht aus dem Antrag und der Diskussion im Parlament nicht hervor. Eine Beschränkung der Regelung auf «eigentliche» Parteien machte nach Auffassung des Gemeinderats keinen Sinn, weil Wahlvorschläge nicht nur durch Parteien, sondern grundsätzlich durch beliebige Gruppen eingereicht werden können und weil der Begriff «Partei» auch nicht eindeutig ist. Der Gemeinderat geht davon aus, dass Ziffer 2 für alle Gruppierungen gelten soll, die Listen mit Wahlvorschlägen einreichen.

Unklar erscheint im Weiteren, ob mit der Wendung «mit genau einer mehrparteiigen Liste antreten» nur ein Verbot der Beteiligung an mehr als einer «mehrparteiigen Liste» statuiert oder auch untersagt werden soll, dass eine bestimmte Partei sowohl mit einer eigenen Liste als auch, zusammen mit einer andern Gruppierung, mit einer «mehrparteiigen Liste» antritt. Der Gemeinderat entnimmt der Begründung des Fraktionssprechers in der parlamentarischen Debatte vom 10. Februar 2025, dass auch die Kombination einer eigenen Parteiliste ohne Beteiligung weiterer Gruppierungen mit einer «mehrparteiigen Liste» unzulässig sein soll. Der Regelungsvorschlag sieht dementsprechend vor, dass eine Partei oder Wählergruppe abgesehen von «Teillisten» im Sinn der vorstehenden Ziffer 3.2 generell nicht mehr als eine Liste für die Wahl in das Parlament oder in den Gemeinderat einreichen darf.

5.4 Obligatorische einparteiige Listenverbindungen (Ziff. 1 Rückweisungsbeschluss)

Einparteiige Listenverbindungen sind – nach dem oben Ausgeführten - somit Verbindungen von Listen, die gemäss dem in der Vorlage vom 11. Dezember 2024 vorgeschlagenen neuen Artikel 31 Absatz 1 die gleiche Ursprungsbezeichnung aufweisen und sich ausschliesslich durch einen bestimmten Zusatz unterscheiden. Die Vorgabe, dass zwei oder mehr solche Listen zwingend verbunden werden müssen,

erscheint als Bestandteil des «Listensystems» grundsätzlich zulässig. Als unzulässig müsste demgegenüber ein Verbindungszwang für Listen bezeichnet werden, der nicht auf die Ursprungsbezeichnung der Listen abstellt, sondern auch Listen erfasst, die durch Mitglieder derselben Partei oder Wählergruppe eingereicht werden, aber unterschiedliche Ursprungsbezeichnungen tragen.

6. Beurteilung der weiteren Vorgaben zu den Listen und Listenverbindungen

Der Gemeinderat unterbreitet dem Parlament gestützt auf die vorstehenden Ausführungen und die detaillierten Abklärungen im Expertenbericht (Beilage 1) auftragsgemäss die zusätzlichen Vorgaben zu den Listen und Listenverbindungen, soweit sich die Auflagen im Rückweisungsbeschluss des Parlaments vom 10. Februar 2025 auf rechtlich zulässige Weise umsetzen lassen. Er gibt aber zu bedenken, dass die vorgeschlagenen zusätzlichen Bestimmungen eine nicht unerhebliche Komplizierung des Wahlverfahrens zur Folge haben und für viele Stimmberechtigte schlecht oder gar nicht nachvollziehbar sein dürften, was unter dem Gesichtswinkel der politischen Rechte und der damit gewährleisteten freien Willensbildung und unverfälschten Stimmabgabe der Stimmberechtigten (Art. 34 Abs. 2 BV) nicht unproblematisch erscheint. Weil die vorgeschlagenen Vorgaben ein Novum darstellen, besteht dazu auch keine Praxis und keine Rechtsprechung.

Vor allem aber werden die vorgeschlagenen Regelungen nach Einschätzung des Gemeinderats nur sehr beschränkte praktische Bedeutung haben. «Teillisten» einer bestimmten Gruppierung dürften mehr oder weniger regelmässig ohnehin verbunden werden, womit die Vorgabe gemäss Ziffer 1 des Rückweisungsbeschlusses «offene Türen einrennt», ein Zwang zu einparteiigen Listenverbindungen scheint dem Gemeinderat deshalb unnötig. Ein Verbot mehrerer Listen einer Gruppierung im Sinn von Ziffer 2 kann sehr einfach dadurch umgangen werden, dass verschiedene Mitglieder einer bestimmten Partei verschiedene Listen mit unterschiedlichen Ursprungsbezeichnungen einreichen (was nach dem Ausgeführten nicht untersagt werden darf).

7. Gesamtbeurteilung der Vorlage durch den Gemeinderat z.H. des Parlaments

Mit dem vorliegenden Geschäft wird dem Parlament der Wechsel des Sitzzuteilungsverfahrens für die Gemeinderats- und Parlamentswahlen vom Divisorverfahren mit Abrundung (sog. Hagenbach-Bischoff-Verfahren) auf das Divisorverfahren mit Standardrundung (sog. Sainte-Laguë-Verfahren) vorgelegt. Aufgrund rechtlicher Abklärungen und zusätzlicher Vorgaben durch das Parlament mussten auch die Bestimmungen zu den Listen und Listenverbindungen grundlegend überarbeitet und angepasst werden. Da die Änderung des Wahlsystems einen Eingriff in die politischen Rechte der Bürger:innen darstellt, sollte eine Anpassung nicht "ohne Not" erfolgen. Aus diesem Grund hat sich der Gemeinderat entschieden, eine Gesamtbeurteilung der Vorlage z.H. des Parlaments vorzunehmen. Zusammenfassend hält der Gemeinderat fest:

- Sowohl das Hagenbach-Bischoff-Verfahren als auch das Sainte-Laguë-Verfahren sind rechtlich zulässige und verfassungskonforme Zuteilungsverfahren. Die Vor- und Nachteile der beiden Verfahren werden in Kapitel 2 aufgeführt. Berechnungen in der Antwort des Gemeinderats zur Motion V2222 zeigen auf, dass davon auszugehen ist, dass die beiden Verfahren nur im beschränkten Umfang zu unterschiedlichen Ergebnissen führen dürften;
- Die nun vorliegende Vorlage kommt dem Auftrag der Motion 2222 und dem Rückweisungsbeschluss des Parlaments vom 10. Februar 2025 nach, soweit sich die Aufträge und zusätzlichen Auflagen rechtlich zulässig umsetzen lassen. Hierfür waren teilweise umfangreiche und komplexe Abklärungen mittels zwei Expertenberichten notwendig, welche auch dem Parlament vorgelegt wurden;
- Bei Annahme der Vorlage dürfte das Könizer Wahlsystem - insbesondere die Vorgaben zu den Listen und Listenverbindungen - im Verhältnis zum aktuellen System erheblich komplizierter und für Stimmberechtigte und allenfalls auch für die Parteien und Wählergruppen teilweise nur schwer verständlich oder nachvollziehbar sein;
- Die Einführung von Sainte-Laguë für Exekutivwahlen sowie die zusätzlichen Vorgaben zu den Listen und Listenverbindungen stellen ein Novum dar²¹. Dies beinhaltet nach Ansicht des Gemeinderats ein gewisses Risiko, da es zu diesen Bestimmungen und damit verbundenen Fragestellungen keine entsprechende Praxis und Rechtsprechung gibt.

²¹ Eine obliigatorische Listenverbindung für nach Sprachen getrennte Wahlvorschläge im zweisprachigen Wahlkreis Biel-Seeland (Art. 70 PRG) ist nicht mit der Situation in Köniz vergleichbar, siehe hierzu Bericht Friederich vom 7. Juni 2025, Rz. 42.

Der Gemeinderat hält deshalb den Wechsel des Sitzzuteilungsverfahrens für die Gemeinderats- und Parlamentswahlen in der vorliegenden Form für nicht sinnvoll. Er ist der Ansicht, dass die Vorlage zu komplex und schwer verständlich ist, die Auswirkungen gering sein dürften und viele Regeln neu und unerprobt sind.

Der Gemeinderat kommt aber mit der vorliegenden Antrag den Parlamentsaufträgen der Motion V2222 sowie des Rückweisungsauftrags vom Februar 2025 nach und legt dem Parlament eine Anpassung des Reglements über Abstimmungen und Wahlen sowie den Entwurf der Abstimmungsbotschaft z.H. der Könizer Stimmbevölkerung vor.

8. Anpassungen des Reglements über Abstimmungen und Wahlen

Das Reglement über Abstimmungen und Wahlen regelt die Zuteilung der Sitze an die Listen heute in den Artikeln 42 und 43. Die Regelung der ersten Verteilung in Artikel 42 ist durch die neuen Bestimmungen über den gemeinsamen Zuteilungsdivisor zu ersetzen. Artikel 43 über die Verteilung der Restmandate wird mit dieser Anpassung gegenstandslos und kann gestrichen werden. Artikel 44 Absatz 2 ist redaktionell entsprechend anzupassen. Ebenfalls anzupassen ist Artikel 49 Absatz 3, der heute auf die Restmandate nach Artikel 43 Bezug nimmt. Die Listen- und Unterlistenverbindungen für die Proporzahlen des Parlaments und des Gemeinderats sind heute in den Artikeln 11a, 31 und 44 erwähnt. Die Artikel 11a und 31 sind an die Abschaffung der mehrparteiigen Listenverbindungen und der Unterlistenverbindungen und an die neuen Regelungen gemäss dem Rückweisungsbeschluss vom 10. Februar 2025 anzupassen. Die Bestimmungen über die Beschränkung zulässiger Listen werden sinnvollerweise im Anschluss an die Regelung der Wahlvorschläge und der Listen selbst in Artikel 26 und 27 in den heute aufgehobenen Artikel 28 aufgenommen.

Die vorgeschlagenen neuen Normtexte sind in der beiliegenden Synopsis «Anpassungen Reglement vom 5. Juni 2005 über Abstimmungen und Wahlen (Zuteilungsverfahren und Listenverbindungen)» aufgeführt und werden da kurz erläutert (Beilage 2).

9. Inkrafttreten

Bei vielen anderen Geschäften bestimmt der Gemeinderat das Datum des Inkrafttretens. Im vorliegenden Fall geht es um ein bedeutendes Geschäft, bei dem im Parlament und in seinen Gremien der Zeitplan schon mehrfach thematisiert wurde. Der Gemeinderat schlägt deshalb vor, dass das Parlament das Datum des Inkrafttretens bestimmt. Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, das Inkrafttreten unter den gegebenen Umständen auf den 1. Januar 2027 festzulegen. Das neue Zuteilungsverfahren würde somit erstmals für die Gesamterneuerungswahlen 2029 zur Anwendung kommen.

10. Abstimmungsvorlage zuhanden der Stimmberechtigten

Über die Änderungen des Reglements über Abstimmungen und Wahlen werden nach Artikel 32 Buchstabe c der Gemeindeordnung vom 16. Mai 2004 die Stimmberechtigten zu beschliessen haben. Dem vorliegenden Antrag ist der Entwurf für eine Botschaft an die Stimmberechtigten (Beilage 3) mit den beantragten Änderungen des RAW im Anhang beigelegt. Die Botschaft ist mit Angaben zur Neuregelung der Listen und Listenverbindungen gemäss vorstehender Ziffer 5 ergänzt und im Sinn der Auflage gemäss Ziffer 3 des Rückweisungsbeschlusses vom 10. Februar 2025 redaktionell überarbeitet worden.

11. Vorprüfung

Die diesem Antrag beigelegten Anträge für Anpassungen des RAW, auch betreffend die Anpassungen aufgrund des Rückweisungsbeschlusses vom 10. Februar 2025, sind dem kantonalen Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) zur Vorprüfung unterbreitet worden. Die Bemerkungen des AGR wurden aufgenommen, die entworfenen Bestimmungen sind somit genehmigungsfähig.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Mit x zu y Stimmen bei z Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, den folgenden Beschluss zu fassen:
 1. Der Änderung des Reglements vom 5. Juni 2005 über Abstimmungen und Wahlen gemäss Anhang zu dieser Botschaft wird zugestimmt.
 2. Das Parlament bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.
2. Die Botschaft an die Stimmberechtigten und der Wortlaut der Abstimmungsfrage werden genehmigt.
3. Die Änderungen treten am 1. Januar 2027 in Kraft. Diese Ziffer steht unter dem Vorbehalt, dass die Stimmberechtigten der Vorlage zustimmen.

Köniz, 24. September 2024

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Bericht Ueli Friederich «Neue Vorgaben zu Listen und Listenverbindungen im Reglement über Abstimmungen und Wahlen - Überlegungen zur rechtlichen Ausgangslage, zu Rahmenbedingungen für das Einreichen von Listen mit Wahlvorschlägen sowie zum Inhalt und zur Umsetzung des Rückweisungsbeschlusses des Parlaments vom 10. Februar 2025» vom 7. Juni 2025
- 2) Änderungsvorlage «Anpassungen Reglement vom 5. Juni 2005 über Abstimmungen und Wahlen (Zuteilungsverfahren und Listenverbindungen)»
- 3) Entwurf Abstimmungsbotschaft

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Hier handelt es sich um einen Beschluss und eine Botschaft der Direktion Präsidiales und Finanzen. Die Sitzungsakten bilden der Bericht und der Antrag des Gemeinderates und die Abstimmungsbotschaft. Änderungsanträge haben wir keine. Das Vorgehen lautet wie folgt: Zuerst hat der GPK-Referent das Wort, dann folgt die allgemeine Diskussion zur Vorlage. Dann kommen die Voten der Fraktionen, die Einzelvoten und das Gemeinderatsvotum. Dann kommen wir zur Detailberatung. Auch dort gibt es Einzelvoten und das Gemeinderatsvotum. Am Schluss kommen wir zur Abstimmung.

Mit Mail vom 25. November habe ich euch informiert, dass Abänderungsanträge zum Reglement und zur Botschaft schriftlich vorliegen müssen. Und beim Versand der Tischvorlage habe ich darum gebeten, auf Abänderungsanträge in der Detailberatung einzugehen. Wie üblich bei Volksvorlagen wird die Redaktionskommission die Botschaftsseite mit den Pro- und Contra-Argumenten verfassen. Sie hält sich dabei an das Wortprotokoll. Mit Mail vom 25.11. habe ich euch ebenfalls gebeten, die Argumente für und gegen diese Vorlage in den Fraktionsvoten separat zu erwähnen, das erleichtert der Redaktionskommission ihre Arbeit.

GPK-Referent, Toni Eder, Die Mitte: Die Mitglieder des Parlaments und des Gemeinderats von Köniz werden im Proporzverfahren gewählt. Nach diesem Verfahren wird in einem ersten Schritt ermittelt, wie viele Sitze die einzelnen Parteien oder Wählergruppen haben und diese Sitze werden dann in einem zweiten Schritt den Kandidierenden der betreffenden Listen mit den meisten Stimmen zugewiesen. Die Gemeinde Köniz braucht für die Zuteilung der Sitze heute das so genannte Hagenbach-Bischoff-Verfahren. Das Verfahren wird auch für die Wahl des Nationalrats und des Grossen Rats des Kantons Bern und in den meisten bernischen Gemeinden angewendet.

Am 13. März 2023 hat das Parlament die Motion der EVP-GLP-Mitte-Fraktion «Für unverzerrte Proporzahlen», Motion V2222, für erheblich erklärt.

Am 11. Dezember 2024 hat der Gemeinderat dem Parlament eine Vorlage für die Teilrevision des Reglements über Abstimmungen und Wahlen vorgelegt. Er hat dabei auch die Diskussion vom 6. Mai 2024 und die Abklärungen aus einem externen Bericht berücksichtigt. Im Bericht ging es um die Opportunität der Anwendung des Sainte-Laguë Verfahrens für die Wahl des Gemeinderats und um die Kombination von Sainte-Laguë mit Listenverbindungen. Das Parlament behandelte die Vorlage am 10. Februar 2025 und wies das Geschäft mit zusätzlichen Auflagen zur Überarbeitung an den Gemeinderat zurück. Mit dem jetzt vorliegenden Antrag entspricht der Gemeinderat dem Rückweisungsbeschluss des Parlaments. Die zusätzlichen neuen Auflagen wurden aufgenommen. Ansonsten basiert der Antrag auf der Vorlage des Gemeinderats für die Parlamentssitzung vom 10. Februar 2025.

Zusammengefasst zum Inhalt: Mit dem vorliegenden Geschäft wird dem Parlament der Wechsel des Sitzzuteilungsverfahrens für die Gemeinderats- und Parlamentswahlen vom Divisorverfahren mit Abrundung (Hagenbach-Bischoff-Verfahren) auf das Divisorverfahren mit Standardrundung (Sainte-Laguë-Verfahren) vorgelegt. Aufgrund rechtlicher Abklärungen und zusätzlicher Vorgaben durch das Parlament mussten auch die Bestimmungen zu den Listen und Listenverbindungen grundlegend überarbeitet und angepasst werden.

Zusammenfassend hält der Gemeinderat fest: Das Verfahren nach Hagenbach-Bischoff-Verfahren und auch das Verfahren nach Sainte-Laguë sind rechtlich zulässige und verfassungskonforme Zuteilungsverfahren. Die Vor- und Nachteile der beiden Verfahren sind im Kapitel 2 aufgeführt. Es ist davon auszugehen, dass die beiden Verfahren nur im beschränkten Umfang zu unterschiedlichen Ergebnissen führen dürften.

Beim neuen Wahlsystem wären "mehrparteiige" Listenverbindungen sowie Unterlistenverbindungen nicht mehr erlaubt. "Einparteiige" Listenverbindungen hingegen wären obligatorisch. Massgebend ist aber die Listenbezeichnung.

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass bei Annahme der Vorlage, das Könizer Wahlsystem - insbesondere wegen der Vorgaben zu den Listen und Listenverbindungen - im Vergleich zum aktuellen System, komplizierter und für die Stimmberechtigten und allenfalls auch für die Parteien und Wählergruppen nur schwer verständlich oder nachvollziehbar wäre. Zudem ist der Gemeinderat der Ansicht, dass mit der Einführung des Sainte-Laguë-Verfahrens für Exekutivwahlen ein gewisses Risiko verbunden ist, da es hier noch keine entsprechende Praxis und Rechtsprechung gibt. Der Gemeinderat hält deshalb den Wechsel des Sitzzuteilungsverfahrens für die Gemeinderats- und Parlamentswahlen in der vorliegenden Form für nicht sinnvoll.

Der Gemeinderat kommt aber mit dem vorliegenden Antrag den Parlamentsaufträgen der Motion sowie dem Rückweisungsauftrag vom Februar 2025 nach und legt dem Parlament eine Anpassung des Reglements über Abstimmungen und Wahlen sowie den Entwurf der Abstimmungsbotschaft zu Handen der Könizer Stimmbevölkerung vor. Das ist nötig, weil über Änderungen des Reglements über Abstimmungen und Wahlen nach Artikel 32 Buchstabe c der Gemeindeordnung vom 16. Mai 2004 die Stimmberechtigten zu beschliessen haben.

Dem vorliegenden Antrag ist der Entwurf für eine Botschaft an die Stimmberechtigten mit den beantragten Änderungen des Reglements über Abstimmungen und Wahlen als Anhang beigelegt. Den Beschluss des Gemeinderats betreffend Ablehnungsempfehlung hat er in seiner Medienmitteilung bereits öffentlich gemacht.

Zur Diskussion in der GPK:

- Der Gemeinderat hat sich dagegen entschieden, in der Abstimmungsbotschaft Beispiele aufzuführen. Dies wurde in der GPK kontrovers diskutiert. Die Mehrheit ist der Meinung, dies sei nicht nötig.
- Die Wahlsystem-Änderung ist rechtlich zulässig und anwendbar. Das ist ein wichtiger Punkt.
- Massgebend für die Listenverbindungen ist die konkrete Listenbezeichnung. Wichtig ist, dass man das Grundrecht zum Kandidieren nicht einschränkt.
- Ob die rechtlichen Bestimmungen bei allen Kandidierenden eingehalten worden sind, wird wie heute schon von der Gemeindekanzlei geprüft.
- Es sei noch unklar, ob die Listen von Jungparteien *müssen* verbunden werden oder *dürfen*. Grundsätzlich würde man sich auf die Listenbezeichnung abstützen.
- In der GPK hat es Mitglieder, die finden, dass es Beispiele von komplexeren Sachgeschäften gäbe, die aber in der Abstimmungsbotschaft verständlicher formuliert seien.
- Es gibt Mitglieder der GPK die finden, die Vorlage sei noch immer nicht ausgewogen ausgearbeitet.
- Es gibt GPK-Mitglieder, die kritisiert haben, dass der Gemeinderat in seiner Medienmitteilung bereits vor der Parlamentsdebatte eine Abstimmungsempfehlung für eine Ablehnung abgab.

Jetzt noch zu den Beschlüssen:

1. Die Geschäftsprüfungskommission stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Dieses Abstimmungsergebnis ist einstimmig.
2. Die Geschäftsprüfungskommission empfiehlt dem Parlament, dem Antrag des Gemeinderats wie folgt zuzustimmen.
 Ziffer 1.1: Abstimmungsergebnis: 3 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung
 Ziffer 1.2: Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung
 Ziffer 2: Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 5 Enthaltungen
 Ziffer 3: Abstimmungsergebnis: 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Ich stelle fest, dass Ronald Sonderegger eingetroffen ist. Damit sind wir 36 Parlamentsmitglieder.

Fraktionssprecherin FDP, Heidi Eberhard: Wir danken der Direktion Präsidiales und Finanzen und allen involvierten Stellen für die riesige Arbeit, die hinter diesem Geschäft steckt. Vielen Dank auch für die Ausführungen des GPK Referenten. Auch das ist sehr wichtig hier.

Nach der Rückweisung des Geschäfts im Februar und den damit verbundenen Aufträgen, haben sie sich erneut vertieft mit der Materie befasst. Besten Dank auch für den Bericht von Recht & Governance. Die Botschaft an die Stimmberechtigten ist leserlicher gestaltet und die Ausführungen zu den Listenverbindungen mit den entsprechenden Auflagen und/oder Verboten sind im jetzt vorliegenden Antrag ausgeführt. Er ist eine umfangreiche Lektüre und verlangt den Lesenden so einiges ab, insbesondere volle Konzentration. Wir als Milizpolitiker sind uns einiges gewohnt, doch fragen wir uns, ob auch ganz allgemein die Wählerinnen und Wähler die Zeit aufbringen mögen, die Botschaft und allenfalls auch die Parlamentsakten zu lesen. Wir sagen uns, Bürgerinnen und Bürger haben Rechte und Pflichten und sich zu informieren ist Ehrensache.

Bei der Sitzung im Februar war die FDP noch einstimmig für die Einführung des neuen Wahlsystems nach Sainte-Laguë. Seither gab es etliche weitergehende Gespräche, damit verbunden für einige wiederum Gründe, die damalige Position zu überdenken. Die Fraktion FDP. Die Liberalen hat daher Stimmfreigabe zu den Anträgen des Gemeinderates bei diesem Geschäft beschlossen.

Einige von uns gewichten die PRO-Argumente stärker, andere die CONTRA-Argumente.

Die Pro-Argumente, damit sie denn auch aufgeführt werden, zum Wechsel des Wahlverfahrens von Hagenbach-Bischoff zu Sainte-Laguë bleiben dieselben, wie im Februar 2025:

- Die Proporzidee wird im Wahlverfahren nach Sainte-Laguë am besten umgesetzt.
- Das Wahlverfahren nach Sainte-Laguë behandelt alle gleich und ist unabhängig und neutral in Bezug auf die Parteigrösse. Jede Stimme hat gleich viel Gewicht.
- Listenverbindungen sind zukünftig einparteiig. Beispiel: Mutterpartei, Jungpartei mit allenfalls weiteren Aufteilungen nach Geschlecht. Diese Listen sind automatisch verbunden und bilden den Wählerwillen ab. Wählt jemand Partei x, so profitiert genau die Partei x und nicht auch noch wie bisher mit mehrparteiigen Listenverbindungen die Partei y, was in der neueren Lehre zunehmend kritisch beurteilt wurde und vereinzelt als grundsätzlich verfassungswidrig eingestuft worden ist.
- Es gibt keine mehrparteiigen Listenverbindungen mehr.
- Sainte-Laguë liegt im Trend, das Wahlverfahren trifft den Zeitgeist.
- Sainte-Laguë ist eine Modernisierung gegenüber dem heutigen Wahlsystem.
- Das Verfahren Sainte-Laguë ist bereits in verschiedenen Kantonen eingeführt worden.

Contra:

- Ein herausfordernder Wechsel des Wahlsystems.
- Köniz wird als Pilotgemeinde unter Beobachtung stehen.
- Der Beweis, ob das neue Wahlsystem die versprochene Klarheit bietet, ist erst zu erbringen.
- Die Berechnung scheint eher kompliziert und für Laien nicht nachvollziehbar.
- Die "Gruppierungen/Wählergruppen" sind noch nicht klar definiert.

Damit ich bei Traktandum 7 nicht nochmals nach vorne kommen muss: Die FDP. Die Liberalen werden die Motion "Für unverzerrte Proporzahlen" gemäss Antrag des Gemeinderates einstimmig abschreiben.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Andreas Hauser, GLP: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt dem Gemeinderat, er hat diesen Rückweisungsauftrag anwendungsfreundlich umgesetzt und die Botschaft kommt jetzt viel ausgewogener daher. Wir haben zu diesem Geschäft alle schon viel diskutiert und viel

überlegt. Wir haben jetzt die Chance, ein gutes System besser zu machen. Gut heisst, etwas fairer, etwas einfacher, etwas transparenter.

- Fairer darum, weil jede Stimme möglichst das gleiche Gewicht erhält.
- Einfacher, weil man es sehr einfach nachrechnen kann. Der Gemeinderat gibt den Divisor bekannt, man kann die Stimmenzahl durch den für alle gleichen Divisor teilen und dann runden, so wie wir es in der Primarschule gelernt haben.
- Und es wird transparenter. Es ist das, was Heidi bereits gesagt hat: Durch die Abschaffung der Listenverbindungen wählt man das, was man auf der Liste sieht. Es ist keine Revolution, es ist ein Update für unsere Gemeindedemokratie.

Für den Gemeinderat heisst das, dass die Wahrscheinlichkeit steigt, dass in den nächsten Jahren alle massgebenden Kräfte im Gemeinderat vertreten sind. Die viel gerühmte Zauberformel, natürlich ist da kein Zauber dahinter, sondern Mathematik.

Für das Parlament heisst dies, dass es etwas vielfältiger wird, dass die Jungparteien zum Beispiel nicht mehr wie heute benachteiligt sind.

Jetzt kann man natürlich sagen: Wir haben doch ein gutes System, es ist doch bequemer, beim alten zu bleiben, warum wollen wir etwas Besseres? Ganz einfach: Weil es besser ist. Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion lädt euch ein, dem Besseren zuzustimmen.

Ich komme zu den Pros und Contras. Pro:

- Das Saint-Laguë-Verfahren ist fairer. Es stellt bestmöglich sicher, dass jede Stimme das gleiche Gewicht erhält und somit den gleichen Einfluss auf das Wahlergebnis hat.
- Mit dem Saint-Laguë-Verfahren wird die Vielfalt der Bevölkerung besser im Parlament abgebildet.
- Mit dem Saint-Laguë-Verfahren werden Jungparteien nicht mehr künstlich benachteiligt.
- Mit dem Saint-Laguë-Verfahren sind im Gemeinderat alle wesentlichen Kräfte vertreten.
- Gerade bei den Gemeinderatswahlen ist es wichtig, dass jede Stimme gleich zählt. Persönlichkeiten, die nicht den grössten Parteien angehören, werden dadurch nicht mehr benachteiligt.
- Die Abschaffung von Listenverbindungen zwischen verschiedenen Parteien macht das Wahlsystem transparenter: Man sieht direkt auf der Liste, wohin die Stimme geht.
- Die Abschaffung von Listenverbindungen zwischen verschiedenen Parteien vereinfacht das Wahlsystem.
- Das Saint-Laguë-Verfahren ist einfacher nachvollziehbar. Um das Wahlergebnis nachzurechnen, muss man nur dividieren und kaufmännisch runden.
- Die Auswirkung des Systemwechsels ist absehbar. Es gibt also kein politisches Erdbeben. Die sogenannte Könizer Zauberformel wäre auch mit dem Saint-Laguë-Verfahren zustande gekommen.
- Köniz wählt die Exekutive seit vielen Jahren im Proporzverfahren. Daran ändert sich nichts. Nur die Sitze werden ausgewogener verteilt.
- In den letzten Jahren haben einige Kantone das Saint-Laguë-Verfahren für ihre Proporzahlen eingeführt.
- Die neuen Regeln für Listenverbindungen bauen auf den Regeln für Unterlistenverbindungen bei den Nationalratswahlen auf. Dies vielleicht auch noch als eine Antwort auf die Diskussion, welche ihr offenbar betreffend Listen- und Unterlistenverbindungen hattet.

Wir haben auch ein Contra

- Das bisherige System ist in Köniz schon bekannt. Das neue gibt es nur in anderen Kantonen.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Christina Aebischer, Grüne: Was wir heute Abend diskutieren ist ein wichtiges Thema, weil, ein transparentes und faires Berechnungssystem ist bei Wahlen ein fundamentaler Baustein in unserer Demokratie. Es gilt darum genau hinzuschauen, was zu echten Verbesserungen führt und was nicht.

Die Grüne Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die sehr aufwändige Arbeit in der Vorbereitung dieses Geschäftes. Es wird uns in diesen Dokumenten aufgezeigt, was die Unterschiede der Zuteilungsverfahren sind, was die möglichen Vor- und Nachteile. Das haben wir sehr geschätzt in unserer Diskussion, aber grundsätzlich ist die Position von der Jungen Grünen/Grünen-Fraktion dieselbe, wie seit Beginn der Diskussion:

1. Wir sehen den Handlungsbedarf für eine Systemänderung immer noch nicht. Das heutige Sitzzuteilungsberechnungssystem funktioniert und wir sollten nicht mit dieser Diskussion Misstrauen schüren, wofür es gar keinen Grund dafür gibt.
2. Wir bezweifeln auch, dass dies einem Bedürfnis der Stimmbevölkerung entspricht, wir finden auch dieser Vorschlag macht es komplizierter und schwieriger zu verstehen, was mit den einzelnen Wähler:innenstimmen passiert.

3. Es gibt leichte Verzerrungen im bisherigen Verfahren, so wie es sie aber auch in der vorgeschlagenen Änderung gibt. Der Titel der ursprünglichen Motion fanden wir darum schon immer irreführend, denn es wäre nicht einfach "unverzerrt", wenn man jetzt auf das Sainte-Laguë System wechseln würde, sondern einfach *anders* verzerrt.
4. Wir wären durchaus offen für ein System, welches die Resultate von Parteien mit kleinerem Wähleranteil besser berücksichtigt, insbesondere im Bezug auf das Parlament und allenfalls auch für die Diskussion für einen Wechsel zu einer Majorwahl im Gemeinderat. Aber das war in der vorliegenden Motion und in der ganzen Diskussion nicht möglich und wir bedauern das. Aber mit der jetzigen Vorlage sehen wir eine grosse Verzerrungsgefahr bei der Anwendung von Sainte-Laguë, vor allem bei einem zahlenmässig kleinen Exekutivgremium.

Wir haben dieses Beispiel ja bereits verschiedentlich diskutiert: Es könnte der Fall eintreffen, dass mit Sainte-Laguë zwei Parteien je nur einen Gemeinderatssitz bekommen würden, obwohl die eine Partei fast dreimal so viele Stimmen hat, wie eine andere Partei. Das ist eine starke Verzerrung, welche bei kleinen Gremien auftreten kann, so wie es das Fünfer-Gremium unseres Gemeinderates ist.

Und auch für Parteien mit geringerem Wähleranteil kann das vorgeschlagene Verfahren nur einen vermeintlichen Gewinn bringen: Wenn nämlich diese mehrparteiigen Listenverbindungen nicht mehr möglich sind, dann haben kleine Parteien definitiv nicht mehr die Möglichkeit, aus alleiniger Kraft jemals ein Gemeinderatsmandat zu schaffen. Also die Stimmen dieser Wähler:innen gehen verloren. Die Lösung wäre eine gemeinsame Liste mit anderer Parteien, was aber wiederum heisst, dass die Wähler:innen nicht mehr die Chance haben, ihre Lieblingspartei zu wählen. Das scheint uns auch nicht unverzerrt und auch nicht transparent.

Deshalb ist die Grüne/Junge Grüne-Fraktion gegen diesen Systemwechsel, wir werden diesen einstimmig ablehnen. Und ich nenne nochmals die genauen Argumente:

Wir haben ein Pro-Argument:

- Für die Wahl des Parlaments würde Sainte-Laguë der reinen Proporzwahl besser entsprechen, da eben sowohl auf- als auch abgerundet wird, um die Restmandate zu verteilen.

Unsere Contra-Argumente sind:

- Im heutigen System besteht bereits ein Mechanismus, um der Bevorzugung grosser Parteien entgegenzuwirken. Das sind die Listenverbindungen.
- Das Sainte-Laguë-Wahlsystem ist mathematisch komplex und für die Wählenden schwerer nachvollziehbar.
- Wir wollen aber auch keine Experimente mit unserem demokratischen System, wenn es nicht nötig ist - und niemand weltweit berechnet auf Basis von Sainte-Laguë seine Exekutivsitzzuteilung.
- Es führt auch zu einem faktischen Zwang für kleine Parteien, eine gemeinsame Liste zu machen.
- Die Forderung, dass jede Stimme gleich zählen soll, wird mit dem Mechanismus der Zwangslistenverbindungen wieder obsolet. Denn dieser Listenverbindungszwang von Listen mit gleicher Ursprungsbezeichnung widerspricht dem Ziel, dass jede Stimme möglichst gleich viel zählen soll.
- Und letztendlich befürchten wir auch, dass dieser Listenverbindungszwang rechtlich und praktisch schwierig durchsetzbar ist und auch die Intransparenz für die Wählenden erschwert.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Géraldine Bösch, SP Frauen: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung und auch Herrn Friedrich, welche eine schwierige Aufgabe zu bewältigen hatten. Zum einen mussten sie die Teilrevision des Reglements über Abstimmungen und Wahlen so ausarbeiten, dass diese genehmigungsfähig ist, obwohl es zu einigen Punkten keine Praxis und schon gar keine Rechtsprechung gibt. Wie etwa die Einführung des Sainte Laguë-Verfahrens auf Exekutiv-ebene. Ein absolutes Novum - ich habe geschrieben, "in der Schweiz", ich habe jetzt von der Grünen-Sprecherin gehört, "auf der Welt". Wenn dem so ist, dann gerne so anpassen. Oder eben auch die Zusatzbestimmungen zu den "obligatorischen einparteiigen Listenverbindungen" und dem Verbot von mehreren "mehrparteiigen Listen".

Gerade die letztgenannten beiden Zusatzbestimmungen, welche auf einem Rückweisungsbeschluss des Parlaments basieren – welchen die SP/JUSO-Fraktion übrigens geschlossen abgelehnt hatte – haben das vorgeschlagene Wahlverfahren zusätzlich verkompliziert. So sehr, dass der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt, dass diese, Zitat: "... für viele Stimmberechtigte schlecht oder gar nicht nachvollziehbar sein dürften, was unter dem Gesichtswinkel der politischen Rechte und der damit gewährleisteten freien Willensbildung und unverfälschten Stimmabgabe der Stimmberechtigten nicht unproblematisch erscheint." Zitatende. Das sollte uns alle als Volksvertreter:innen aufhorchen lassen.

Das bringt uns zu einem weiteren grundsätzlichen Problem: Die Überkomplexität von diesem Geschäft führt dazu, dass auch die Botschaft schwer verständlich ist. Aber für die SP/JUSO-Fraktion ist klar, die

Korrektheit muss gewahrt sein: Wir werden der Botschaft in der vorliegenden Form daher einstimmig zustimmen.

Selbst wenn die Komplexität des Geschäfts in der Botschaft verständlich vermittelt werden könnte: Wenn eine Könizer, eine Könizerin die Botschaft aufschlägt, dann ist doch die erste Frage, die sich stellt: Warum soll das Wahlsystem geändert werden? Ist das bewährte Wahlsystem in Köniz etwa nicht gut? Nicht rechtmässig? Wurde mein Wählerwille in der Vergangenheit etwa zu wenig berücksichtigt? Demokratie lebt vom Vertrauen der Bevölkerung in ihr Wahlsystem: Dieses Vertrauen wegen eines Rundungseffekts aufs Spiel zu setzen ist unverhältnismässig, es ist sogar verantwortungslos.

Ich wiederhole, was ich dazu in den vergangenen Voten bereits vorgebracht habe: Das eine richtige Proporzwahlsystem gibt es nicht. Sowohl das Sitzzuteilungsverfahren nach Hagenbach-Bischoff – ein Divisorverfahren mit Abrundung – als auch das Sainte Laguë-Verfahren – ein Divisorverfahren mit Standardrundung – sind rechtlich zulässige Verfahren.

Aber: Warum soll das bewährte und schweizweit verbreitete Hagenbach-Bischoff-Verfahren abgelöst werden? Gemeinden im Kanton Bern, die ihr Gemeindeparlament oder ihren Gemeinderat im Proporz wählen, wenden durchwegs dieses Verfahren an. Es wird sogar den Gemeinden vom Kanton Bern im Musterreglement des Kantons empfohlen.

Das Sainte Laguë-Verfahren hingegen kommt für Exekutivwahlen bisher schweizweit – oder sogar weltweit – nirgends zur Anwendung. Es gibt keine Erfahrungswerte mit diesem Verfahren auf Exekutivebene. Keine – in der ganzen Schweiz oder in der ganzen Welt. Köniz wäre zudem die einzige Gemeinde im Kanton Bern, welche ihr Parlament im Sainte Laguë-Verfahren wählt.

Ein Wechsel von Hagenbach-Bischoff zu diesem Verfahren hätte eine weitere einschneidende Änderungen zur Folge: Die Abschaffung von mehrparteiigen Listenverbindungen. Denn diese sind im Sainte Laguë-Verfahren systemwidrig und rechtlich zumindest problematisch. Zudem bringt eine Systemumstellung zusätzliche Kosten durch den initialen administrativen Mehraufwand mit sich.

Die Antwort der SP/JUSO-Fraktion auf die Frage "Soll ein rechtlich zulässiges, verfassungskonformes, funktionierendes, vertrautes und zu Köniz passendes Wahlsystem zugunsten eines demokratischen Experiments aufgegeben werden?", diese Antwort lautet: "Nein". Köniz wird damit nicht Rundungspionierin sondern ein demokratisches Versuchskaninchen.

Weil die SP/JUSO-Fraktion diese Motion klar ablehnt, haben wir ein Bündel an Contra-Argumenten für die Botschaft. Ein Pro-Argument möchte ich aber nennen:

- Beides sind rechtlich zulässige Sitzzuteilungsverfahren

Contra:

- Das Hagenbach-Bischoff-Verfahren ist schweizweit verbreitet und in Köniz bewährt.
- Verunsicherung der Bevölkerung über bewährtes Wahlsystem und damit Schwächung des Vertrauens in die Demokratie.
- Die Einführung von Sainte Laguë auf Exekutivebene ist ein schweizweites oder weltweites Novum.
- Köniz wäre die einzige Gemeinde im Kanton Bern, die ihr Parlament im Sainte Laguë-Verfahren wählt.
- Die Abschaffung der mehrparteiigen Listenverbindung stellt die bisherige Zusammenarbeit der Könizer Parteien auf den Kopf.
- Die Überkomplexität des Geschäfts, besonders durch diese zusätzlichen Bestimmungen, erhöht die Gefahr einer Abstimmungsbeschwerde.
- Die Systemumstellung bringt zusätzliche Kosten durch initialen administrativen Mehraufwand.

Auch ich kann hier bereits sagen, dass die SP/JUSO-Fraktion der Abschreibung einstimmig zustimmen wird.

Fraktionssprecher SVP, Reto Zbinden: Wir diskutieren jetzt bereits zum x-ten Mal über diesen Wahlsystemwechsel. Man hat dies im Jahr 2023 mit der Motion "Unverzerrte Proporzahlen" begonnen, dann gab es eine Rückweisung, Expertenberichte, eine parlamentarische Initiative und jetzt stehen wir wieder mit einem Vorschlag für die Stimmberechtigten hier. In dieser Zeit wurde das Thema nicht nur technisch, sondern auch politisch bereits einige Male öffentlich sehr kontrovers diskutiert. Ich erinnere nochmals an die Medienmitteilung der SP vom 9. März 2023: "Gerrymandering in Köniz". Und wir haben es zuvor bereits gehört, das Thema wird sehr emotional diskutiert.

Der Widerstand gegen dieses System basiert vorgeblich auf zentralen Demokratieprinzipien und das ist von Beginn an heiss bestritten worden. Klar ist die Änderung des Wahlsystems emotional, sie sollte aber nicht aus parteipolitischen Opportunismus, sondern aus dem Willen zu mehr Gerechtigkeit und Transparenz angestrebt werden.

Die SVP hat die Motion und die parlamentarische Initiative immer unterstützt, aber auch immer mit dem Hinweis, dass wir die Abklärungen einfach einmal machen wollen, wie viel fairer das neue System denn sein könnte. Und wir haben auch immer gesagt, dass die Abschaffung dieser intransparenten Listenverbindungen eigentlich schon längststens angezeigt wäre. Es gibt aber auch viele berechnete Contra-Argumente. Darum komme ich jetzt gleich zu diesen Argumenten und das sind dann auch gleich jene für die Botschaft:

Pro-Argumente:

- Es ist eine Stärkung des Wählerwillens. Das Sainte Laguë-Verfahren ist präziser und stärkt die Volksgleichwertigkeit. Es ist gerechter, weil jede einzelne Stimme mehr Gewicht erhält. Heutzutage ist dies nicht in jedem Fall gegeben. Und die Vielfältigkeit der Gemeinde wird auch besser abgebildet.
- Ein weiteres Argument ist, dass Köniz prädestiniert für dieses Verfahren ist. Unsere Gemeinde ist sehr vielfältig, von urban bis ländlich. Sainte Laguë bildet diese Vielfalt besser ab und Köniz könnte hier auch eine Pionierrolle übernehmen.
- Ein weiterer Vorteil ist, dass es klare Regeln für die Listenverbindungen gibt. Die Abschaffung dieser mehrparteiigen intransparenten Listenverbindungen verhindert auch taktische Zweckallianzen. Überparteiliche Listenverbindungen verzerren den Wählerwillen. Es ist daher eine Stärkung der Transparenz.
- Einparteiige Listenverbindungen bleiben möglich, das dient auch dem Minderheitenschutz.
- Die Unterlistenverbindungen, welche nochmals intransparenter sind, entfallen vollständig. Das entnimmt man auch oft den Diskussionen mit der Bevölkerung, denn das verstehen sehr viele Leute nicht, was da mit diesen Listenverbindungen und Unterlistenverbindungen geht. Das wäre sicherlich ein Vorteil.
- Wir haben eine demokratische Legitimation: Wir machen hier eine Volksvorlage und die Bevölkerung kann schlussendlich entscheiden, was sie denn genau will - das entscheiden nicht wir hier.
- Und wir ermöglichen ein modernes gerechtes Verfahren und das System bildet die politischen Kräfteverhältnisse besser ab.

Contra-Argumente:

- Wir haben einen relativ geringen Nutzen bei einem grossen Aufwand. Der Gemeinderat hält ebenfalls fest, dass eigentlich keine Sitzverschiebungen zu erwarten sind. Wir brauchen aber nochmals eine Volksabstimmung und haben jetzt bereits einige Jahre damit verbracht, diesen ganzen Prozess zu begleiten.
- Die Abschaffung der Listenverbindungen ist positiv, aber rechtfertigt das den ganzen Systemwechsel?
- Weiter ist das System komplex. Schon wir hier im Parlament haben Mühe, dies alles zu verstehen. Können wir dies der Bevölkerung wirklich glaubhaft rüberbringen? Ich habe viel gehört, dass dies ja niemand verstehe.

Dann habe ich auch noch ein Argument, dieses ist zwar nicht für die Abstimmungsbotschaft, aber: Das System ist doch sehr kompliziert und dafür eine Volksabstimmung zu machen, ist doch ziemlich emotional und kompliziert. Darum fragt sich ein Teil der Fraktion, ob es überhaupt einen Wert hat, dies zu machen.

Ihr merkt, wir sind gespalten. Ich persönlich finde es sehr gut, wenn wir diese Diskussion führen könnten und die Bevölkerung schlussendlich das letzte Wort hätte. Angesichts der auf beiden Seiten starken Argumente haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Wenn wir jetzt eine farbige Abstimmungskarte hätten, also rot für "nein", grün für "ja", weiss für "Enthaltung" – wir würden vermutlich abstimmen, wie die italienischen Nationalflagge.

Ganz persönlich finde ich: Überlassen wir doch diesen Entscheid den Stimmberechtigten. Diese können dies entscheiden und sind schlussendlich auch dafür verantwortlich. Delegieren wir es doch eine weitere Ebene nach oben, ich glaube, das wäre danach auch demokratisch legitimiert und ein fairer Schlusspunkt hinter diesen bereits langwierigen Prozess.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Ich halte fest, dass Tatjana Rothenbühler eingetroffen ist. Wir sind jetzt 37 Parlamentsmitglieder und damit für heute Abend vollzählig.

Andreas Hauser, GLP: Ich möchte gerne noch auf das Argument von Christina Aebischer eingehen, dass beim zahlenmässig kleinen Gemeinderat dies weniger wichtig sei. Im Gegenteil: Gerade wenn es wenige Sitze zu besetzen gibt, dann ist ein möglichst ausgewogenes Wahlsystem wichtig. Darum ist es ja auch wichtig, bei kleinen Wahlkreisen - wir haben hier glücklicherweise für ganz Köniz nur einen

grossen Wahlkreis - und wir haben 40 Sitze zu vergeben, da fällt es im Parlament weniger ins Gewicht, als im Gemeinderat, wo wir nur fünf Sitze zu vergeben haben. Man hat dies zum Beispiel bei den Gemeinderatswahlen in der Stadt Bern gesehen, da hat das eine Bündnis doppelt so viele Stimmen erzielt wie das andere, also 2:1, die Sitze wurden aber im Verhältnis 4:1 verteilt. Darum ist es eben gerade für Gemeinderatswahlen wichtig.

Jetzt kann man fragen, warum man dies in Exekutiven so selten anwendet? Das ist eben, weil die meisten Kantone ihre Exekutiven im Majorzsystem wählen und nicht im Proporzsystem.

Dann noch zu den Ängsten, welche genannt wurden, wir würden hier ein Experiment machen: Ja, wir würden einen neuen Weg gehen. Doch was passiert, das kann man relativ gut voraussehen, man kann dies berechnen, es ist also ein ziemlich gut kontrollierbares Experiment.

Und vielleicht noch das Letzte: Die Frage, was sind Listenverbindungen, Unterlistenverbindungen? Da hat sich der Gemeinderat ja auf die Definitionen abgestützt, welche es bereits im Bundesrecht bei den Parlamentswahlen gibt. Die Definitionsfragen kann man relativ gut lösen, ich glaube, da wird es wenige Rechtsunsicherheiten geben. Ich bitte euch nochmals, dieser Vorlage – es ist eine wichtige Vorlage – zuzustimmen und ich beantrage auch einen Sitzungsunterbruch, damit wir dies alle nochmals gut diskutieren können.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Ich halte fest, dass ein Sitzungsunterbruch beantragt wird. Ich gehe davon aus, dass dieser nach dem Votum des Gemeinderates gewünscht ist.

David Müller, Grüne: Ich wollte noch kurz auf den Punkt der Transparenz zu sprechen kommen, welcher hier zuvor verschiedentlich erwähnt wurde: Dazu möchte ich gerne die Frage in den Raum stellen, was daran transparenter sein soll, wenn sich die gleichen Leute heute für zwei Parteien zur Wahl stellen können - zum Beispiel könnte das sein "SP Männer", "SP Frauen" und künftig müssten sie sich aber "SP Männer" und "weibliche Sozis" nennen. Was hier die Transparenz erhöht, das verstehe ich nicht, das gleiche gilt natürlich auch für andere Parteien – zum Beispiel die "Landi- und die Bauernlobby" und die "Sünneli-Partei" oder so – denn sobald der gleiche Parteinamen in der Listenbezeichnung ist, werden sie gezwungen, sich zusammen zu schliessen. Mir erschliesst sich das nicht, was daran transparenter sein soll.

Ein weiterer Punkt zur Transparenz: Ich finde es lustig, dass einerseits damit argumentiert wird, dass wenn man zum Beispiel über das Parlamentspräsidium spricht, dass es da einen grossen Block gibt, bestehend aus drei Parteien und dass es darum legitim ist, wenn man diese Betrachtung wählt, um zu ermitteln, wie häufig jetzt welcher Block ein solches Parlamentspräsidium bekommen soll. Wenn es aber dann um das Wahlsystem geht, dann ist genau diese Betrachtung die falsche – es dünkt mich etwas wählerisch, wann, welche Betrachtung sinnvoll sein soll.

Géraldine Boesch, SP Frauen: Zwei Punkte, auf welche ich gerne eingehen möchte: Das eine ist, dass die Proporzahlen Verhältniswahlen sind. Warum eine Partei, welche dreimal mehr Stimmen hat, als eine andere Partei, gleich viele Sitze im Gemeinderat erhalten soll, diese Verhältnismässigkeit, diese erschliesst sich uns nicht. Und das andere ist mit der Rechtsunsicherheit. Nur dass wir jetzt noch nicht wissen, wie man mit den Jungparteien umgehen möchte, zeigt, wie viel Unsicherheit noch da ist und dass es wirklich ein Einfallstor für rechtliche Schwierigkeiten in Zukunft ist.

Andreas Hauser, GLP: Ich wollte nicht auf dein Votum reagieren, da haben wir ja bereits einige Male diskutiert, ich glaube, diese Diskussion über die Stimmengewichtung hat sich eigentlich erübrigt. Ich wollte auf David reagieren. Diese Befürchtung kann man gut entkräften. Die "SP Frauen" werden nicht gezwungen werden, mit dem neuen Wahlsystem sich "Weibliche Sozis" zu nennen, in diesem Punkt kann ich dich beruhigen.

Reto Zbinden, SVP: Nur noch kurz zu diesem 1:3-Verhältnis, welche Géraldine Boesch zuvor genannt hat: Dies hängt eben genau mit diesen Listenverbindungen zusammen, dass dies überhaupt passieren kann. Diese Listenverbindungen sind wirklich intransparent und unfair.

Und noch etwas Weiteres: Wir haben hier nur eine ganz leichte Anpassung des Wahlsystems. Wir hätten auch etwas ganz Radikales machen können. Man hätte zum Beispiel Wahlkreise bilden können, damit wir von der ländlichen Bevölkerung auch in Zukunft angemessen vertreten sind. Das ist jetzt hier zum Beispiel nicht dabei. Es geht also wirklich um eine sehr kleine, feine Anpassung. Wir hätten es zum Beispiel begrüsst, dass wir Wahlkreise haben. Köniz ist so gross, ist viel grösser, als mancher Kanton, welcher Wahlkreise hat und das könnte man in Köniz für die Zukunft gut auch einführen.

Géraldine Boesch, SP Frauen: Eine Replik auf das Votum von Reto Zbinden: Es ist durchaus radikal, wenn man ein Verfahren in einem Exekutivgremium einführt, welches es weltweit noch nicht gibt.

David Müller, Grüne: Ich merke, ich habe mich zuvor vielleicht nicht ganz verständlich ausgedrückt. Der Zwang ist indirekt und zwar gibt es einen Listenverbindungszwang für Parteien mit der gleichen Ursprungsbezeichnung oder wie dies genannt wird. Sprich, wenn es "SP Frauen" und "SP Männer" gibt, müssen diese zusammen gehen. Was jetzt aber genau der Idee dieser Änderung widerspricht, ist, dass eine Stimme möglichst gleich viel zählen soll. Jetzt wird es aber dadurch faktisch verboten, dass man als zwei Parteien antritt und zum Beispiel dann je 0.7 Sitze macht. Das gäbe dann aufgerundet je einen Sitz, also zwei Sitze. Wenn sich diese jetzt zusammenschliessen müssen, dann gibt es 1.4 Sitze und das wird abgerundet und es gibt nur einen Sitz. Und was daran jetzt eine bessere Repräsentation sein soll, das leuchtet einfach nicht ein bzw. es leuchtet nicht ein, warum denn eine Stimme, welche an eine Partei x mit 0.65 Stimmen geht, warum diese mehr Gewicht hat, als eine Stimme, welche an eine Partei mit 0.7 geht, welche sich nicht aufteilen kann. Das leuchtet nicht ein und führt dazu, wenn man dies umgehen will, dass man sich dann irgendwelche andere Namen ausdenken muss, damit dann schlussendlich die Wähler:innenstimme gleich viel oder eben mehr zählt, als im anderen System.

Katja Streiff, EVP: Mir leuchtet etwas anderes nicht ein und zwar, wieso sich eine Partei überhaupt spalten muss. Man könnte einfach eine Liste als Partei machen und dann wäre es transparent, ganz einfach und klar.

Gemeinderat, Hansueli Pestalozzi, Grüne: Mir kommt jetzt die nicht einfache Aufgabe zu, hier als Gemeinderat zu versuchen, den Bogen zu schliessen, zu dieser doch sehr spannenden Diskussion. Ich möchte eines vorausschicken: Das war für uns im Gemeinderat und vor allem in der Verwaltung ein sehr, sehr aufwendiger Prozess. Es war eine hochkomplexe Materie, das habt ihr alle bestätigt. Es sind dann auch neue Forderungen gekommen und, das wurde auch erwähnt, wir machen hier ein Experiment, wozu es keine Praxis und keine Rechtsprechung gibt. Und darum hat dies in der Verwaltung viele Ressourcen gebraucht. Von daher auch von meiner Seite her herzlichen Dank, Pascal Arnold ist anwesend, er hat hier einen riesigen Einsatz bei diesem ganzen Thema geleistet. Es beanspruchte viele Ressourcen und wir mussten zweimal einen externen Bericht bei Ueli Friedrich in Auftrag geben. Der Gemeinderat hat dann aus all diesem heraus versucht, die Vorlage möglichst objektiv darzustellen und zwar so einfach wie möglich aber so komplex wie nötig. Und aus euren Voten schliesse ich, dass es doch mehrheitlich gelungen ist, hier diese Vorlage so zu machen, dass es diesen Kriterien gerecht wird. Ich möchte nochmals den Auftrag an den Gemeinderat und der Prozess der Ausarbeitung dieser Vorlage rekapitulieren: Wie gesagt, die Motion verlangte, den Wechsel vom System Hagenbach-Bischoff zu Sainte Laguë für das Parlament und den Gemeinderat zu prüfen. Wir haben dann einen ersten externen Bericht durch Ueli Friedrich in Auftrag gegeben. Die Hauptresultate waren die folgenden zwei Punkte:

1. Es wurde erwähnt, bei Sainte Laguë sind mehrparteiige Listenverbindungen rechtswidrig.
2. Sainte Laguë ist für Exekutivwahlen ein absolutes Novum. Er hat keine andere Exekutive gefunden, welche mit diesem System gewählt wird. Ob dies jetzt wirklich weltweit der Fall ist, wissen wir nicht, aber man hat keine andere Exekutive gefunden.

Der Gemeinderat hat dann diese Abstimmungsvorlage im Februar dem Parlament vorgelegt, so dass es noch gerade für die Wahlen gereicht hätte, was auch eine Forderung der Motion war. Und diese Vorlage damals beinhaltete gemäss Bericht die Abschaffung von mehrparteiigen Listenverbindungen und die Abschaffung von Unterlistenverbindungen. Das Parlament hat dies damals ausführlich diskutiert und einen Rückweisungsantrag gutgeheissen mit zusätzlichen Vorgaben:

1. Mit einem Obligatorium für einparteiige Listenverbindungen - darüber wurde zuvor diskutiert.
2. Mit der Vorgabe, mehrparteiige Listen sind nur zulässig, wenn diese Parteien, welche an einer mehrparteiigen Liste beteiligt sind, für Parlament oder Gemeinderat, ausschliesslich mit genau einer mehrparteiigen Liste antreten können.

Ich weiss nicht, wer das von euch verstanden hat. Ich habe es im Originaltext nicht verstanden und darum haben wir dies nochmals dem Experten übergeben, an Ueli Friedrich. Dieser hat es auch nicht wirklich verstanden, hat aber versucht, dies zu interpretieren, zusammen mit dem Votum, welches damals Andreas Hauser im Februar gehalten hat und ist zu folgendem Schluss gekommen: Die zusätzlichen Vorgaben sind bei wortgetreuer Umsetzung verfassungsmässig nicht zulässig, weil die Parteizugehörigkeit das passive Wahlrecht nicht einschränken darf. Und bei Punkt 2 war unklar, was es bedeutet. Sollen mehrparteiige Listen grundsätzlich verboten werden oder ist es nur ein Verbot, dass eine Wähler:innengruppe eine eigene Liste und zusätzlich eine mehrparteiige Liste einreichen kann? Ich

versuche nur, die Komplexität zu schildern, mit welcher wir uns herumgeschlagen haben. Ich habe versucht, die Berichte zu verstehen, habe sie aber nur teilweise verstanden.

Aufgrund dieser Berichte hat dann der Gemeinderat diese Umsetzungslösung erarbeitet, welche ihr jetzt hier vorliegen habt. Punkt 1 des Rückweisungsantrags ist so umgesetzt, dass beim Obligatorium für die Listenverbindungen nur auf die Bezeichnung der Listen abgestützt wird. Das ist das, was David Müller zuvor in der Diskussion noch eingebracht hat. Und Punkt 2 des Rückweisungsantrags wird so umgesetzt, dass es verboten ist, dass eine Wähler:innengruppe gleichzeitig an mehreren Listen beteiligt sein darf. Das ist jetzt so im Entwurf des Wahlreglements umgesetzt. Und zudem – und das ist mir noch wichtig zu sagen – hat der Gemeinderat Anpassungen an gewissen Formulierungen in der Botschaft gemacht, so, wie dies im Februar im Parlament gewünscht wurde.

Die Gesamtbeurteilung dieser jetzt vorliegenden Vorlage durch den Gemeinderat ist die Folgende:

1. Beide Systeme sind zulässig, verfassungskonform und umsetzbar. Das habt ihr in den Voten auch so gesagt.
2. Der Gemeinderat hat den Motionsauftrag und den Rückweisungsauftrag im Rahmen des rechtlich Zulässigen umgesetzt. Wir erfüllen damit die parlamentarischen Aufträge und ich bin froh, dass dies hier nicht bestritten wurde.
3. Der Gemeinderat beurteilt diesen Systemwechsel als kritisch. Das haben wir auch in der Medienmitteilung bereits klar gemacht. Er empfiehlt auf den Wechsel in der vorliegenden Form zu verzichten und zwar aus folgenden Gründen:
 - Diese Vorlage ist zu kompliziert.
 - Viele neue Regeln sind nicht erprobt. Es gibt weder Erfahrungen noch Gerichtsurteile und es besteht das Risiko, dass es Unsicherheiten bei der Einführung gibt und das ist für ein Wahlsystem Gift.
 - Der Gemeinderat ist dezidiert der Ansicht, dass das Wahlsystem nicht der richtige Ort für Experimente ist.

Vielleicht noch kurz zu den Voten: Was sich durch alle Voten etwas durchgezogen hat, die einen haben gesagt, das Sainte Laguë-Verfahren sei viel einfacher, als das heutige Hagenbach-Bischoff, die anderen haben gesagt, es sei viel zu komplex. Du Andreas, hast gesagt, es sei einfacher, da könne man einfach kaufmännisch runden und schon hat man das Resultat. So einfach ist es eben nicht. Wenn man kaufmännisch rundet, kann es passieren, dass man dann auf 4 oder 6 Sitze für den Gemeinderat kommt. Und dann beginnt es: Dann muss man damit beginnen, Faktoren zu korrigieren, bis es denn genau 5 gibt. Das ist nicht sehr einfach. Und dann die ganze Geschichte, welche mit dem Rückweisungsantrag dazugekommen ist, mit diesen "Zwangslistenverbindungen", ich denke, das hilft bei der Einfachheit auch nicht und das kam von eurer Seite.

Ich glaube, ich kann hier auch noch Reto Zbinden zitieren: Es ist ein grosser Aufwand bei geringem Nutzen. In früheren Vorlagen hat man die Rechnungen gemacht, welche Sitzverschiebungen es im Parlament gegeben hätte, mit dem einen oder dem anderen System, das ist vernachlässigbar.

Und jetzt möchte ich noch zu einer persönlichen Schlussbemerkung kommen: Ich bin ja auch noch Naturwissenschaftler und bin etwas zahlenaffin und habe dies auch nachgerechnet. Es wird ja immer gesagt und damit wird das System angepriesen, mit dieser sogenannten Stimmkraftgleichheit, dass jede Stimme gleichviel zählen soll und dass das bei diesem Sainte Laguë viel mehr der Fall ist, als bei Hagenbach-Bischoff. Und dazu muss ich sagen, ich werde einfach den Verdacht nicht los, dass hinter diesem Wechsel auch noch eine gewisse Absicht steht, welche nicht klar deklariert wird. Und zwar, dass es schwieriger werden soll, dass die grösste Partei von Köniz zwei Sitze im Gemeinderat macht. Es wurde etwas indirekt gesagt, aber ich habe das Gefühl, es ist das und mit diesem Faktor 1:3, es kann sein, dass eine Partei beinahe dreimal mehr Stimmen macht, als die andere Partei und trotzdem nur einen Sitz erringt.

Wie gesagt, ich persönlich bin der Meinung, das wird unendlich kompliziert und es ist auch meine Ansicht: Keine Experimente mit unserem Wahlsystem. Das dünkt mich sehr wichtig und ich bitte euch, das jetzt in der Abstimmung zu berücksichtigen.

Abstimmung über Antrag auf Sitzungsunterbruch

(Abstimmungsergebnis: 20 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 10 Enthaltungen)

Fortsetzung Diskussion:

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Die Debatte ist nochmals eröffnet, möchte nochmals jemand etwas sagen? Das ist nicht der Fall. Dann ist die Beratung geschlossen und wir stimmen ab.

Beschluss über Antrag des Gemeinderats

Mit 15 Stimmen dafür und 19 Stimmen dagegen bei 3 Enthaltungen lehnt das Parlament folgenden Antrag an die Stimmberechtigten ab (die Abstimmung über die restlichen Anträge entfällt dadurch):

1. Die Änderung des Reglements vom 5. Juni 2005 über Abstimmungen und Wahlen gemäss Anhang zu dieser Botschaft wird zugestimmt.
2. Das Parlament bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

PAR 2025/97

V2222 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Für unverzerzte Proporzahlen"

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Parallel zum vorliegenden Abschreibungsantrag legt der Gemeinderat dem Parlament die Vorlage "Volksabstimmung, Änderung des Sitzzuteilungsverfahrens und Neuregelung der Listen und Listenverbindungen für die Wahl des Gemeinderats und des Parlaments, Teilrevision des Reglements über Abstimmungen und Wahlen" z.H. der Könizer Stimmbevölkerung vor. Damit ist der Auftrag der Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Für unverzerzte Proporzahlen" sowie der Rückweisungsauftrag des Parlaments vom Februar 2025 umgesetzt und die Motion kann vom Parlament abgeschrieben werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgeschrieben.

Köniz, 24. September 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) V2222 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Für unverzerzte Proporzahlen", Antwort des Gemeinderats https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/20375/2023-03-13_T05_F%C3%BCr%20unverzerzte%20Proporzahlen.pdf?fp=1

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Hier handelt es sich um eine Abschreibung der Direktion Präsidiales und Finanzen. Da ich der Erstunterzeichner bin, übernimmt Andreas Hauser die Rolle des Erstunterzeichners.

Anstelle des Erstunterzeichners, Andreas Hauser, GLP: Wir stimmen der Abschreibung natürlich zu. Den Dank an den Gemeinderat für die grosse Arbeit habe ich bereits ausgesprochen. Ich persönlich bin traurig, aber auch das gehört zur Demokratie und ich danke all jenen, welche sich, sei es pro oder contra, eingesetzt haben, mit dem Blick auf das grosse Ganze und nicht auf Einzelinteressen. Wie gesagt, wir sind mit der Abschreibung einverstanden.

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Frage an den Gemeinderat, gibt es neue Erkenntnisse oder Ergänzungen zum schriftlichen Bericht? Das ist nicht der Fall. Falls die Abschreibung bestritten ist, bitte ich euch, dies in den Voten zu erwähnen, ansonsten werde ich von der stillschweigenden Annahme des Abschreibungsantrags Gebrauch machen.

Gibt es Voten aus den Fraktionen? Einzelvoten? Wünscht der Gemeinderat das Wort? Wünscht der Erstunterzeichner das Wort? Nachdem das Wort nicht mehr gewünscht ist, schliesse ich die Debatte.

Beschluss

Die Motion wird abgeschrieben.

(Abstimmungsergebnis: stillschweigende Abschreibung)

PAR 2025/98

Schulanlage Niederwangen Juch, Holzmodulbau; Ausführungskredit; Volksabstimmung

Beschluss und Botschaft; Direktion Sicherheit und Liegenschaften / Direktion Bildung und Soziales

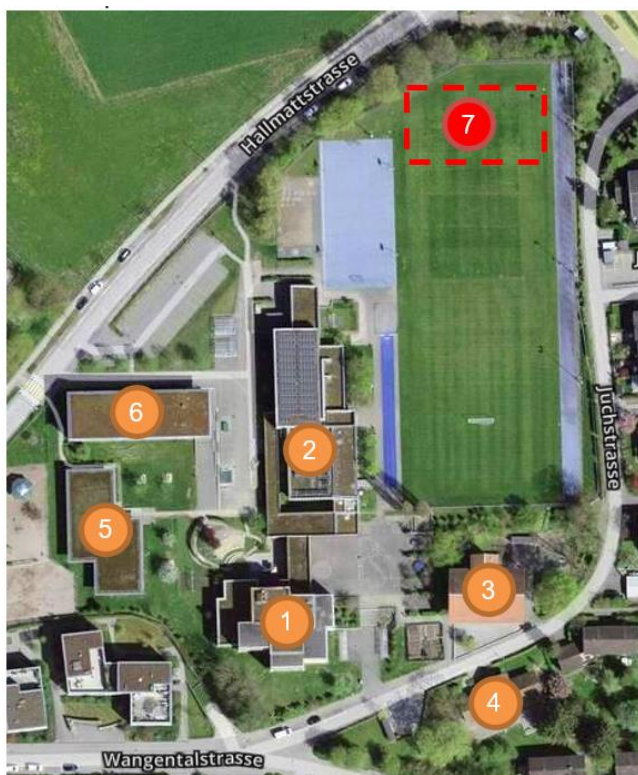
1. Ausgangslage

Die Schulanlage Niederwangen Juch im Schulbezirk Wangental umfasst sechs Gebäude unterschiedlichen Alters und baulichen Zustands. Besonders kritisch ist der 2001 erstellte Modulbau I, der ursprünglich als temporäre Lösung mit einer Nutzungsdauer von rund 20 Jahren vorgesehen war. Nach 24 Jahren Betrieb ist er heute stark sanierungsbedürftig: Das Dach weist Undichtigkeiten auf und der Innenausbau ist am Ende seiner Lebensdauer angelangt. Eine umfassende Sanierung wäre wirtschaftlich nicht mehr vertretbar, da der bauliche Standard des Gebäudes nicht den heutigen Anforderungen entspricht und mit verhältnismässigen Mitteln nicht auf einen zeitgemässen Stand gebracht werden kann.

Damit besteht dringender Handlungsbedarf. Der Modulbau I kann nur noch für eine kurze Übergangszeit genutzt werden, eine Anschlusslösung muss rasch gefunden werden.

Parallel zu dieser baulichen Ausgangslage steht die Schule Niederwangen Juch vor einer erheblichen Herausforderung. Aufgrund der dynamischen baulichen Siedlungsentwicklung werden die Schülerzahlen im Wangental in den nächsten Jahren stark ansteigen.

Gleichzeitig ist die langfristige Entwicklung der gesamten Schulanlage Juch im Blick zu behalten. Die Schulanlage wird gesamtheitlich betrachtet, wobei ein Ersatzneubau und umfassende Sanierungen vorgesehen sind. Die notwendige Zwischenlösung muss somit verschiedenen Anforderungen gerecht werden: Sie deckt den akuten Bedarf an Schulraum ab und stellt den zukünftigen Schulraumbedarf sicher, um den Schulbetrieb während der späteren Sanierungen des Hauptschulhauses aufrechterhalten zu können.



- 1) Hauptschulhaus
- 2) Aula und Turnhallen
- 3) Altes Schulhaus
- 4) Pavillon
- 5) Modulbau I
- 6) Modulbau II
- 7) Standort Holzmodulbau

Abbildung 1 Schulanlage Niederwangen Juch

2. Schulraumbedarf

2.1 Bedarfsplanung Schulanlage Niederwangen Juch

Um den zukünftigen Bedarf in Niederwangen Juch fundiert zu ermitteln, hat der Gemeinderat im Dezember 2024 für die strategische Bedarfsplanung der Schulanlage Juch einen Kredit von CHF 57'000.– bewilligt. Diese detaillierte Bedarfsplanung wurde durch die Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport in Zusammenarbeit mit einer externen Fachfirma, der Abteilung Immobilien sowie der Schulleitung durchgeführt.

Ziel war es, die Anforderungen an die Schul- und Sportanlagen systematisch zu erfassen, die heutigen Kapazitäten (IST) mit den zukünftigen Bedürfnissen (SOLL) zu vergleichen und daraus den notwendigen Handlungsbedarf abzuleiten. Ein zentraler Bestandteil war die Prüfung, wie bestehende Flächen durch Rochaden besser genutzt werden können und wo zusätzlicher Raum zwingend in einem Neubauvolumen geschaffen werden muss.

Die Bedarfsplanung bildet die Grundlage für alle weiteren Planungs- und Bauphasen und stellt damit eine zentrale Entscheidungsbasis dar. Sie weist sowohl den Bedarf für das geplante Zwischenlösung als auch für den langfristigen Neubau aus.

Tabelle 1 Übersicht Klassenzahlen und Klasseneröffnungen Niederwangen Juch

Schuljahr	2025/2026	2026/2027	2027/2028	2028/2029	2029/2030	2030/2031	2031/2032
	Anzahl Klassen						
Zyklus 1	5	5	5	5	5	5	6
Zyklus 2	5	5	5	5	5	5	6
Zyklus 3	5	6	6	7	9	10	10
KBF	1	1	1	1	1	1	1
Total	16	17	17	18	20	21	23
Eröffnungen	0	+1	0	+1	+2	+1	+2

Parallel zur Bedarfsplanung Niederwangen Juch wurde im Rahmen der übergeordneten strategischen Planung Bildungsraum für die gesamte Gemeinde Köniz eine Schülerprognose erstellt. Diese wurde von der Planungsabteilung (PLAK) auf Grundlage der von der Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport (BSS) bereitgestellten Daten erarbeitet.

Die Prognose bestätigt einen deutlichen Anstieg der Schülerzahlen im Gebiet Niederwangen Juch. Gleichzeitig weist sie Unsicherheiten auf, da sie auf Vergangenheitswerten basiert. Besonders im Zusammenhang mit der Bautätigkeit im Ried ist die Entwicklung schwer abschätzbar: Der künftige Mietermix der nächsten Bauetappe ist noch unklar, und in den kommenden Jahren sind weitere Bauprojekte zu erwarten. Diese Unsicherheiten wurden in der Bedarfsplanung bewusst berücksichtigt, sodass trotz offener Fragen eine tragfähige Grundlage für die weiteren Planungsschritte vorliegt.

Der Bedarf der Spezial- und Sekundarschüler:innen aus den wegfallenden Klassen in der Lerbermatt wurde in die Prognose miteinbezogen.

3. Provisorischer Schulraum

Die Bedarfsplanung zeigt, dass der Schulraum auf dem Areal Juch bereits heute an seine Grenzen stösst. Eine Verdichtung innerhalb der bestehenden Gebäude ist nicht möglich.

Um den Modulbau I, dessen Nutzungsdauer abläuft, zu ersetzen und gleichzeitig dem prognostizierten Anstieg der Schülerzahlen gerecht zu werden, wird ein Bedarf von zehn Klassenräumen ausgewiesen: drei für die heute im Modulbau I unterrichteten Klassen sowie sieben zusätzliche Räume für die kommenden Jahre.

Bei der Prüfung möglicher Lösungen ergaben sich folgende Resultate:

- **Mietobjekte:** Im Umfeld der Schulanlage steht keine geeignete Liegenschaft zur Verfügung.
- **Containerprovisorium:** Aufgrund der langen Standdauer (+10 Jahre) nicht bewilligungsfähig und qualitativ ungenügend.
- **Occasion-Modulbauten:** Keine passenden Angebote auf dem Markt.

Damit bleibt als tragfähige Lösung ein Holzmodulbau auf dem Areal. Dieser erfüllt die baulichen Vorgaben, bietet eine lernfreundliche Umgebung und ist langfristig nutzbar.

Kauf versus Miete:

Die Gesamtkosten beider Varianten liegen auf ähnlichem Niveau (Kauf: ca. CHF 7.0 Mio., Miete: ca. CHF 7.0 Mio. – exkl. Wiederherstellungskosten). Der Kauf schafft jedoch einen bleibenden Sachwert, der an einem anderen Standort wiederverwendet oder veräussert werden kann. Die Mietlösung endet ohne Restwert. Der Kauf stellt somit die nachhaltigere und flexiblere Lösung dar.

3.1 Projekt Holzmodulbau

Das geplante Holzmodulgebäude wird im Minergie-A-ECO Standard realisiert, entsprechend dem von der Gemeinde festgelegten Gebäudestandard 2015. Der Holzmodulbau wird auf dem Areal Juch im hinteren Bereich auf dem Sportfeld (siehe Beilage 1) erstellt. Der Standort wurde bewusst in Distanz zu den bestehenden Gebäuden (Hauptschulhaus, Modulbau II) gewählt, damit die langfristige Arealentwicklung nicht beeinträchtigt wird und ausreichend Handlungsspielraum für den späteren Neubau bleibt. Gleichzeitig minimiert diese Lage die Einschränkungen im laufenden Schulbetrieb.

Durch die Platzierung verkleinert sich das Sportfeld, es steht künftig eine Fläche von rund 80 x 45 Metern zur Verfügung.

Die Realisierung erfolgt voraussichtlich in zwei Etappen. Diese Etappierung orientiert sich am effektiven Bedarf: Der Schulraumbedarf wächst nicht auf einen Schlag, sondern nimmt in den kommenden Jahren schrittweise zu. Mit der Umsetzung in zwei Bauphasen kann das Provisorium bedarfsgerecht erstellt werden. Dadurch werden Investitionen zeitlich gestaffelt und die finanziellen Mittel verantwortungsvoll eingesetzt. Gleichzeitig wird vermieden, dass bereits zu Beginn ungenutzte Räume erstellt und über Jahre leer stehen.

- Etappe 1: Inbetriebnahme im Sommer 2027
- Etappe 2: Inbetriebnahme im Sommer 2029

3.2 Weiterverwendung Modulbau

Der geplante Holzmodulbau wird bewusst in zwei separaten Gebäuden errichtet. Dadurch bleibt die Weiterverwendung maximal flexibel: ganze Riegel oder einzelne Stockwerke können an einem anderen Standort wieder eingesetzt werden. Die Räume entsprechen standardisierten Schulzimmern mit Gruppenräumen. Mit einer Lebensdauer von 15–20 Jahren ist der Holzmodulbau weit mehr als eine Übergangslösung für Niederwangen.

Dieses Vorgehen wählt die Gemeinde erstmals bewusst: Da der Einsatz in Niederwangen mindestens zehn Jahre betragen wird, kann der Holzmodulbau nachhaltig genutzt und im Anschluss weiterverwendet werden. Mit der parallel laufenden strategischen Planung Bildungsraum wird zudem eine langfristige Gesamtsicht über alle Schulareale erarbeitet. Dadurch lassen sich künftige Einsatzorte frühzeitig identifizieren und einplanen.

Für die spätere Nutzung bestehen zwei realistische Varianten:

Weiterverwendung auf anderen Schularealen

Nach der Nutzung in Niederwangen können die beiden Riegel mit je fünf Klassenräumen an anderen Standorten eingesetzt werden. Die modulare Bauweise erlaubt eine flexible Versetzung. Bereits heute zeichnen sich mögliche Einsatzorte ab wie zum Beispiel:

Nessleren, wo aufgrund steigender Schülerzahlen zusätzlicher Raum erforderlich sein wird.

Die definitive Bedarfsplanung auf Gemeindeebene wird diese Optionen konkretisieren.

Verkauf auf dem freien Markt

Sollte kein Eigenbedarf bestehen, ist ein Verkauf möglich. Holzmodulbauten dieser Qualität sind gefragt, da sie schnell realisierbar und vielseitig einsetzbar sind. Ein Wiederverkauf ist daher mit einem substantiellen Restwert verbunden.

Mit dieser vorausschauenden Planung wird sichergestellt, dass die Investition in jedem Fall nachhaltig und verantwortungsvoll bleibt: Entweder unterstützt der Holzmodulbau weiterhin die schulische Infrastruktur der Gemeinde oder er ermöglicht einen finanziellen Rückfluss über den Markt.

3.3 Terminplan Holzmodulbau

Schritt

Zeitpunkt

Baugesuch einreichen	Dezember 2025
Volksabstimmung	08.03.2026
Genehmigtes Baugesuch (vorbeh. Einsprachen)	Herbst 2026
Ausschreibung (vorbeh. Volksabstimmung-Ja)	Sommer 2026
Bestellung Holzmodul Etappe 1	Ende 2026
Aufstellung Holzmodul Etappe 1	Frühjahr 2027
Inbetriebnahme Etappe 1	Sommer 2027
Bestellung Holzmodul Etappe 2	Sommer 2028
Aufstellung Holzmodul Etappe 2	Frühling 2029
Inbetriebnahme Etappe 2	Sommer 2029

4. Kommunikation

Ein transparentes Vorgehen ist zentral, um Akzeptanz und Verständnis für das Projekt sicherzustellen. Geplant ist deshalb ein öffentlicher Informationsanlass nach der Behandlung im Parlament. Dabei werden die direkten Nachbarn, der Ortsverein sowie lokale Vereine über den geplanten Holzmodulbau und das weitere Vorgehen informiert.

Der Anlass dient in erster Linie der Information, aber auch dem Dialog: Anliegen und Fragen der Betroffenen können aufgenommen und in der weiteren Projektbearbeitung berücksichtigt werden. Dies schafft Vertrauen, verhindert Missverständnisse und erhöht die Planungssicherheit.

Neben der Vorstellung des Projektes soll auch der Ausblick auf die langfristige Entwicklung der gesamten Schulanlage thematisiert werden. So wird aufgezeigt, dass der Modulbau nicht als isolierte

Übergangslösung verstanden wird, sondern als Teil einer übergeordneten Gesamtplanung für die Schule Juch.

5. Finanzen

Am 4. Dezember 2024 hat der Gemeinderat einen Planungskredit von CHF 142'000.– für das Vorprojekt Provisorium bewilligt. Auf dieser Grundlage konnten die notwendigen Abklärungen und Berechnungen vorgenommen werden.

Das geplante Holzmodul-Provisorium wird im Minergie-A-ECO Standard realisiert, entsprechend dem von der Gemeinde festgelegten Gebäudestandard 2015. Damit erfüllt es höchste Anforderungen an Energieeffizienz und Nachhaltigkeit. Durch diesen Standard kann das Projekt zudem über die Spezialfinanzierung des Klimafonds mitfinanziert werden (5% v. BKP 2).

Im Folgenden wird nun die Kostenschätzung für den Ausführungskredit aufgezeigt.

Kostenschätzung +/- 10% inkl. MwSt.				
BKP	1	Vorbereitungsarbeiten	CHF	189'000.-
BKP	2	Gebäude inkl. Honorare	CHF	5'791'000.-
BKP	4	Umgebung	CHF	314'000.-
BKP	5	Baunebenkosten	CHF	102'000.-
BKP	7	Reserven	CHF	203'000.-
BKP	9	Ausstattung / Möblierung und Umzug	CHF	394'000.-
		Ausführungskredit (inkl. MwSt.)	CHF	6'993'000.-
		Bewilligter Planungskredit (BKP 2) (vom Gemeinderat)	CHF	142'000.-

Kostenschätzung +/-10%; Baupreisindex Hochbau, Espace Mittelland, Stand April 2025, 115.9 Punkte

Für allfällige Wiederherstellungskosten wird derzeit kein Kredit beantragt. Diese würden nur bei einer späteren Weiterverwendung des Modulbaus anfallen und müssten dann separat dem Parlament vorgelegt werden.

6. Ausblick Schulanlage Niederwangen Juch

Die gesamte Schulanlage Niederwangen Juch steht vor einer umfassenden Erneuerung. Der Holzmodulbau ist dabei ein wichtiger erster Schritt, um die anstehenden Sanierungen und Neubauten überhaupt ermöglichen zu können.

6.1 Sanierung Aula

Im Rahmen der Bedarfsanalyse wurde die Aula sorgfältig geprüft. Sie erweist sich in ihrer Grösse und Funktion weiterhin als zweckmässig und entspricht auch langfristig den Anforderungen. Notwendig sind jedoch eine Erneuerung des Innenausbaus, der Haustechnik sowie die Umsetzung zusätzlicher Brandschutzmassnahmen.

Da die Sanierung unabhängig von den weiteren Entwicklungsschritten umgesetzt werden kann und aufgrund des baulichen Zustands zeitlich dringlich ist, wird diese Massnahme vorgezogen und separat dem finanzkompetenten Organ beantragt. Damit wird die Nutzung der Aula langfristig gesichert, ohne die übergeordnete Arealentwicklung zu verzögern.

6.2 Qualitätssicherndes Verfahren für die Arealentwicklung

Für die weiteren Schritte ist eine gesamtheitliche und vorausschauende Arealplanung notwendig. Vorgesehen ist daher ein qualitätssicherndes Verfahren nach den Standards der SIA, das 2026/2027 durchgeführt wird. Dieses Verfahren stellt sicher, dass nicht nur funktionale und wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt werden, sondern auch pädagogische, architektonische und städtebauliche Anforderungen in Einklang gebracht werden.

Kerninhalte des Verfahrens sind:

- Rückbau Modulbau I
- Ersatzneubau eines Schulgebäudes
- Gesamtsanierung/Erweiterung des Hauptschulhauses
- Sanierung/Erweiterung der Turnhallen
- Rückbau/Ersatz Pavillon

Durch das qualitätssichernde Verfahren wird gewährleistet, dass das Areal auch in Zukunft den steigenden Schülerzahlen, den pädagogischen Ansprüchen sowie den baulichen und energetischen Standards gerecht wird.

Der Holzmodulbau ist in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung: Es stellt sicher, dass die Sanierungen und der Neubau bei laufendem Schulbetrieb realisierbar sind.

6.3 Grobterminplan Ausblick Schulanlage Niederwangen Juch:

Schritt	Zeitpunkt
Planung Gesamtareal	2026/2027
Projektierung Sanierung/ Neubau	2028/2029/2030
Ersatzneubau	ab 2031
Sanierung Hauptschulhaus	ab Frühling 2036

7. Folgen bei Ablehnung

Eine Ablehnung des Projekts hätte weitreichende Konsequenzen für die Schulanlage Niederwangen Juch und die Schulraumplanung im gesamten Bezirk Wangental.

Kein Ersatz für Modulbau I: Der bestehende Modulbau I ist baulich am Ende seiner Lebensdauer. Ohne den geplante Holzmodulbau steht für die dort untergebrachten Klassen kein Ersatzraum zur Verfügung. Der Unterrichtsbetrieb könnte mittelfristig nicht aufrechterhalten werden.

Blockierung der Schulraumentwicklung: Die prognostizierte Zunahme der Schülerzahlen erfordert in den kommenden Jahren zusätzliche Klassen. Ohne zusätzlichen Raum fehlt die notwendige Infrastruktur, um diesen wachsenden Bedarf abzudecken. Damit wäre die Gemeinde nicht in der Lage, ihre gesetzliche Pflicht zur Bereitstellung ausreichender Schulraumkapazitäten zu erfüllen.

Gefährdung der Gesamterneuerung: Der geplante Holzmodulbau ist auch für die spätere Sanierung des Hauptschulhauses und die Gesamterneuerung des Areals unabdingbar. Ohne diese Zwischenlösung kann kein kontinuierlicher Schulbetrieb gewährleistet werden, wodurch die dringend notwendigen Investitionen in Neubau und Sanierung blockiert würden.

Instandhaltungsmassnahmen (Hauptschulhaus, Aula, Turnhallen): Trotz Ablehnung müssten gewisse Sanierungsmassnahmen ausgeführt werden. Nebst umfangreichen Brandschutzaufgaben, die nächstens umgesetzt werden müssen stehen auch grössere Instandsetzungsmassnahmen an. Die Flachdächer, die Erweiterungsbauten aus Stahl, die schadstoffhaltigen Eternitfassaden und insbesondere die sanitären Anlagen haben die Lebensdauer erreicht und müssen in den nächsten Jahren saniert werden.

Insgesamt würde eine Ablehnung nicht nur die dringend erforderliche Sicherstellung des Schulbetriebs gefährden, sondern auch die vorausschauende und nachhaltige Entwicklung der Schulinfrastruktur im Bezirk massiv verzögern.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Mit x zu y Stimmen bei z Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kredit für den Holzmodulbau Schulanlage Juch wird wie folgt beschlossen:

- a) CHF 6'599'000.- (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 3750.5040.2444, Niederwangen Juch;
- b) CHF 394'000.- (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 3750.5060.2544 Möblierungen und Ausstattungen, Niederwangen Juch.

2. Die Botschaft an die Stimmberechtigten und der Wortlaut der Abstimmungsfrage werden genehmigt.

Köniz, 31. Oktober 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

1. Entwurf Abstimmungsbotschaft
2. Situationsplan
3. Projektpläne
4. Schnitte, Fassadenpläne
5. Folgekosten

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Hier handelt es sich um einen Beschluss und eine Botschaft der Direktionen Sicherheit und Liegenschaften sowie Bildung und Soziales. Die Sitzungsakten bilden der Bericht und der Antrag des Gemeinderates und die Abstimmungsbotschaft.

Das Vorgehen ist wie folgt: Die GPK-Referentin hat zuerst das Wort, dann folgen die Fraktionsvoten, die Einzelvoten, der Gemeinderat und dann die Abstimmung. Auch hier habe ich euch mit Mail vom 25. November darüber informiert, dass Abänderungsanträge zur Vorlage und zur Botschaft schriftlich vorliegen müssen. Es gilt wie bei der vorherigen Volksvorlage, dass die Argumente für und gegen die Vorlage in den Fraktionsvoten bitte separat erwähnt werden.

GPK-Referentin, Monika Röthlisberger, Grüne: Vorab noch kurz zur Orientierung: Die GPK hat die zahlreichen Geschäfte der DSL, welche für diese Sitzung traktandiert sind, unter ihren Mitgliedern aufgeteilt. Darum halte ich jetzt dieses Votum und nicht die GPK-Referentin der DSL.

Besten Dank dem Gemeinderat und der Verwaltung für die anschaulichen Unterlagen und die geduldige Beantwortung unserer vielen Fragen.

Im Modulbau I der Schule Niederwangen Juch, regnet es rein. Zudem steigen im Raum Niederwangen die Schüler:innenzahlen auch in den nächsten Jahren weiter an. Um diese Probleme zu lösen, beantragt uns der Gemeinderat, einen Holzmodulbau in zwei Etappen zu erstellen.

Warum denn jetzt hier ein Holzmodulbau? Im OZK haben wir für temporären Schulraum Container gemietet, für das Schulhaus Buchsee haben wir erst kürzlich Container gekauft? Im Juch sind hingegen Holzmodulbauten die beste Lösung, denn hier werden wir längerfristig zusätzlichen Schulraum brauchen. Im Juch stehen umfassende Sanierungen und noch ein Ersatzneubau an. Es geht also hier um ein sogenanntes "Providurium" von schätzungsweise zehn Jahren. Zudem werden die Holzmodulbauten gewöhnliche Klassenzimmer beherbergen und nicht Spezialräume, wie zum Beispiel die Küche im OZK oder Tagesschulräume wie im Buchsee. So ist die Chance grösser, dass man diese Modulbauten

auch nach ihrem Einsatz im Juch "tel quel" weiterverwenden kann, als bei den anderen temporären Bauten.

Positiv zu erwähnen ist, dass der Gemeinderat bei diesem Projekt eine Gesamtanalyse des Schulbezirks Niederwangen vorgenommen hat und in den Parlamentsunterlagen auch bereits auf das weitere Vorgehen hinweist. Weiter hat die GPK erfahren, dass die Bestellerin, die BSS, ein Nutzungskonzept vorgelegt habe, damit das Bauprojekt möglichst suffizient definiert werden konnte. Und der Modulbau ist in zwei Etappen unterteilt, so dass man Anpassungen machen kann, wenn sich die Realität dann nicht an die Planung des Gemeinderates halten sollte.

Im IAFP 2026 sucht man dieses Projekt leider vergebens. Die GPK hat zur Kenntnis genommen, dass sich das Projekt erst nach dem Abgabetermin im März 2025 konkretisiert habe und darum erst im IAFP 2027 aufgeführt wird. Von den gesamthaft rund CHF 7 Mio. werden knapp CHF 300'000 aus dem Klimafonds bezahlt. So ist zumindest ein Teil der Mehrkosten für den hohen Energiestandard Minergie A-Eco ausgeglichen.

In der GPK gab noch zu diskutieren, ob die Bildungsraumplanung des Gemeinderates jetzt hier vorausschauend genug ist und ob man für solche Provisorien unterschiedliche Baustandards als für dauerhafte Bauten anwenden sollte. Vielleicht werden hier die Fraktionssprecher:innen noch näher darauf eingehen.

Durch die Modulbauten haben die Vereine, welche auf dem Aussenfeld trainieren, weniger Platz. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben der GPK versichert, dass diese Vereine informiert sind und ihr Training auch auf der kleineren Fläche durchführen können. Es handelt sich hier nicht um ligataugliche Felder.

Die GPK ist einstimmig der Meinung, dass die Unterlagen, welche der Gemeinderat hier vorlegt, eine gute Grundlage bilden, um eine Entscheidung zu fällen und sie empfiehlt dem Parlament ebenfalls einstimmig, den beiden Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Sandra Röthlisberger, GLP: Die GLP-EVP-Mitte-Fraktion wird dem Kredit einstimmig zustimmen. Dies nach Abwägung der Pro- und Contra-Argumente. Um das Votum abzukürzen, schliesse ich gleich mit dieser Auflistung ab:

Zuerst die Contra-Argumente:

1. Die heute 20jährigen Modulbauten haben das erwartete Lebensalter erreicht. Mit den neuen Modulbauten werden die Planungs-Versäumnisse am Schulstandort Niederwangen wiederholt.
2. Eine ganzheitliche Schulraumplanung wird schmerzlich vermisst. Es ist kein etablierter Prozess erkennbar, bei dem die Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahlen, ein standardisierter Schulraumbedarf und die Planungs- und Bautätigkeit dieser Gemeinde aufeinander abstimmt sind. Die Tatsache, dass wir überall Provisorien bauen, führt zu dieser Erkenntnis.
3. Eine Betrachtung über das gesamte Wangental fehlt. Die Schulraumproblematik in Oberwangen und im Ried bleiben somit ungelöst. Diese isolierte Arealplanung ist eine verpasste Chance.

Und die Pro-Argumente:

1. Der kurz- und mittelfristige Klassenraumbedarf wird umgesetzt.
2. Mit dem Gebäudestandard Minergie-A Eco wird die Betriebsenergie mittels Solarenergie gedeckt. Damit werden am Objekt Nachhaltigkeitsziele erfüllt. Die PV-Panels haben eine ähnliche Lebensdauer wie die Holzmodulbauten.
3. In Holzmodulbauten sind Raumwirkung und Behaglichkeit besser als in Containerprovisorien.
4. Mit den Provisorien wird die Zeit für die umfassende Sanierung und Erweiterung der gesamten Schulanlage Niederwangen überbrückt.
5. Die bestehenden Spezialunterrichtsräume sind ausreichend für die weiteren Klassen. Der Bestand wird so hoch ausgelastet.
6. Falls die Anzahl Schülerinnen und Schüler wider Erwarten im nächsten Jahrzehnt sinkt, konnte die Spitzenbelastung mittels Klassenraumprovisorium gedeckt werden. So würde auch langfristig kein zu grosses Schulhaus neu gebaut.

Zum Schluss noch eine Feststellung. Die als Pro und Contra gelesen werden kann:

- Es macht den Anschein, dass diese Lösungsstrategie alternativlos ist. Der Gemeinderat tut, was getan werden muss.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Laura Hoffman, Junge Grüne: Die Jungen Grünen/Grünen danken für die Unterlagen, für die Zusammenstellung der Situation und der Modulbauplanung Niederwangen Juch. Es ist bei uns in der Fraktion unbestritten, dass wir diesem Kredit für den Holzmodulbau der Schulanlage Juch einstimmig zustimmen werden.

Wir sehen es so: Der aktuelle Bau hat ausgedient. Der durch den Ersatzbau grössere Schulraum wird mittelfristig in Niederwangen benötigt und auch die langfristige kreislauffähige Planung des Moduls nach der Nutzung ist angedacht, sei es mit der Weiterverwendung oder mit dem Verkauf nach der Nutzung. Das unterstützen wir.

Diese Modulbauten sind sowieso eine ausgezeichnete Lösung um adaptiv auf den Schülerinnen- und Schüler-Peak zu reagieren und danach dann auch flexibel weiterzuschauen. Der Modulbau hat einen hohen Energiestandard, der neue Bau bietet – das entnehmen wir den Unterlagen – dann auch eine angenehme Lernumgebung. Und auch der Einbezug der Nachbarschaft mit der transparenten Kommunikation und dem Informationstransfer in diesem gesamten Prozess, erachten wir als gut aufgegleist. Das Schulkollegium wird einbezogen, was ihre künftige Arbeit im Modulbau erleichtern kann und hoffentlich positive Grundlagen schafft. Die teilweise Finanzierung aus dem Klimafonds ist möglich und das unterstützen wir ebenfalls.

Der Gemeinderat hat die Bestellung bestätigt und der neue Bestellungsprozess mit der Eingabe eines Betriebskonzepts, sehen wir als eine Verbesserung an. Was uns hier aber nicht klar wurde: Warum wurde kein Betrag im IAFP eingestellt, obwohl dieser Sanierungsbedarf bekannt war? Wir finden, die gezeigte Herangehensweise könnte eine gute Planungsgrundlage für künftige ähnliche Unterfangen an anderen Standorten darstellen. Und wir wissen, dass die Schulraumplanung ein zentrales Thema in der Gemeinde bleiben wird. Auch wenn jeder Standort anders ist, könnte dies zu einer Art "Copy-Paste-Projekt" werden, wodurch bestenfalls die Planungskosten tiefer ausfallen könnten.

Was beim jetzigen Projekt als ein Contra-Argument diskutiert wurde, ist, dass das Sportfeld in der Nutzungsfläche stark verkleinert wird. Das ist gerade bei einem wertvollen und wichtigen Ort für Interaktionen und Zusammensein von Schülerinnen und Schülern schade. Das soll noch erwähnt sein.

Ich fasse zusammen - die Pro-Argumente:

- Der aktuelle Bau hat sein Lebensende erreicht und benötigt Ersatz.
- Modulbauten sind flexibel und können Schwankungen von Schüler:innenzahlen gut auffangen.
- Der geplante Standard Klassenzimmerbau ist besonders geeignet in seiner Bauweise und ermöglicht eine langfristige Nutzung.
- Es könnte ein wiederverwendbares Standardmodell für andere Orte werden, wodurch die Planungskosten tiefer werden könnten.

Contra-Argumente:

- Das Sportfeld wird etwa um die Hälfte verkleinert.

Fraktionssprecherin SVP, Andrea Winzenried: Als Mutter von Kindern, welche im Juch zur Schule gehen, wie auch als zuständiges Schulkommissionsmitglied des Wangentals, weiss ich ganz genau, wie die Situation im Juch ist. Eine Sanierung der bestehenden Schulgebäude wie auch eine Erweiterung ist dringend notwendig.

Wir danken den zuständigen Gemeinderäten und ihren Direktionen für die gut verständlichen Unterlagen. Zukünftig wäre es aber schön, wenn der Raumbedarf und die Entwicklung der Schülerzahlen des gesamten Köniz bei diesen Geschäften transparent ausgewiesen werden würden. So, dass auch die Bevölkerung sieht und begreift, wie problematisch knapp der Schulraum in Zukunft überall in der Gemeinde sein wird.

Wir begrüssen es, dass keine kurzfristige Lösung für die nächsten zwei, drei Jahren in Frage kommt, sondern dass die ganze Schulaumentwicklung und Sanierung in Niederwangen angeschaut und analysiert wurde, so dass eine ganzheitliche längerfristige Lösung vorgeschlagen wird. Dadurch, dass ein Modulbau angedacht ist, ist der nötige Schulraum bereits mit dem ersten Gebäude ab Sommer 2027 bereit. Darum macht der Bau in Etappen auch durchaus Sinn.

Der Standort ist gut gewählt und so ist für zukünftige Bauprojekte nichts verbaut. Auch dass ein öffentlicher Informationsanlass für Nachbarn, Vereine und Betroffene geplant wird, finden wir eine gute Sache.

Uns freut es, dass dieser Modulbau aus Holz ist, dass aber für eine Übergangslösung mit einer erwarteten Lebensdauer von 15 bis 20 Jahren ein Minergie-Standard-A-Eco geplant wird, finden wir übertrieben. Das hätte sicherlich auch mit einer kostengünstigeren und trotzdem nachhaltigen Variante funktioniert. Vor allem wenn man ja weiss, dass im Wangental noch weitere grosse Bauprojekte mit grossem finanziellem Aufwand bevorstehen. Dass der Modulbau aber nach der Nutzung im Juch auch an anderen Standorten eingesetzt und so nachhaltig genutzt werden kann, begrüssen wir natürlich.

Wir von der SVP-Fraktion werden dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Unsere Pro-Argumente habe ich alle bereits erwähnt. Als Contra haben wir die hohen Kosten aufgrund der Minergie A-Eco.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Brigitte Rohrbach, SP Frauen: Ich möchte mich auch im Namen der SP/JUSO-Fraktion beim Gemeinderat sowie bei der zuständigen Direktion für die gut aufbereiteten und informativen Unterlagen bedanken.

Die Notwendigkeit über das vorliegende Geschäft zum Ersatz des 2001 erstellen Modulbaus ist für die SP/JUSO-Fraktion unbestritten. Der bauliche Zustand des vor 24 Jahren erstellen Modulbaus ist ungenügend und der Innenausbau am Ende seiner Lebensdauer angelangt. Wie im Parlamentsantrag festgehalten, wäre eine umfassende Sanierung nicht mehr vertretbar. Zudem zeigt die Bedarfsplanung, dass der Schulraum auf dem Areal Juch bereits heute an seine Grenzen stösst und eine Verdichtung innerhalb der bestehenden Gebäude nicht möglich ist.

Vor diesem Hintergrund begrüssen wir, dass mit dem Projekt Holzmodulbau nicht nur der bestehende Modulbau ersetzt wird, sondern auch zusätzlich benötigter Schulraum geschaffen werden kann. Zudem stellt er sicher, dass die Sanierungen und der Neubau bei laufendem Schulbetrieb realisierbar sind.

Weiter möchten wir das vorausschauende und längerfristige Denken mit diesem Holzmodulbau hervorheben. Es freut uns, dass es bereits Überlegungen gibt, wie dieser Bau nach der Einsatzzeit in Niederwangen bei anderen Schularealen weiterverwendet werden kann. Wir freuen uns auch in diesem Zusammenhang, wenn dann die definitive Bedarfsplanung des Schulraums endlich vorliegt und uns eine Übersicht über den gesamten Schulraumbedarf in der Gemeinde bietet. Wir hoffen, dass dies bald der Fall sein wird.

Wir begrüssen auch, dass das geplante Holzmodul-Provisorium mit hohem energetischem Standard realisiert wird. Damit erfüllt dieser Bau höchste Anforderungen an Energieeffizienz und Nachhaltigkeit und trägt zum Ziel der CO₂-Neutralität bis 2045 bei. Zudem kann ein Teil über die Spezialfinanzierung des Klimafonds mitfinanziert werden.

Als Wermutstropfen sehen wir den Standort für den neuen Modulbau. Durch den Bau muss das Sportfeld verkleinert werden. Wir sehen zwar ein, dass es der einzige mögliche Standort auf diesem Areal ist, bedauern es jedoch trotzdem, dass die ohnehin schon knappen Ressourcen der Sportinfrastruktur vor allem auch für die Vereine noch reduziert werden müssen.

Weiter vermissen wir die Gesamtplanung für das Areal des Schulhaus Juch. Der neue Holzmodulbau ist ein erster Schritt für die weiteren dringend nötigen Sanierungen. Diese liegen jedoch noch nicht vor. Hier wäre für uns eine Gesamtübersicht sämtlicher vorgesehener Massnahmen hilfreich für die Beurteilung gewesen. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass ein qualitätssicherndes Verfahren für eine gesamtheitliche und vorausschauende Arealplanung für die Jahre 2026 und 2027 geplant ist. Unserer Meinung nach hätte das bereits früher eingeleitet werden müssen. Auch bei diesem Standort sind wir wieder viel zu spät dran und dadurch liegt eben die besagte Gesamtübersicht noch nicht vor. Der Ersatz des Modulbaus ist nun einfach das erste Pflästerli bevor das gesamte Skelett geröntgt und dann ersichtlich wird, dass es eigentlich einen Gips braucht.

Nichtdestotrotz wird die SP/JUSO-Fraktion, wie bereits einleitend erwähnt, sämtlichen Anträgen des Gemeinderats einstimmig zustimmen.

Wie jeweils gewünscht erwähne ich hier noch unsere Pro- und Contra-Argumente zu Handen der Redaktionskommission für die Abstimmungsbotschaft:

Pro:

- Der Bau des zusätzlichen Schulraums ist dringlich und notwendig.
- Der hindernisfreie Zugang wird begrüsst.
- Ein Modulbau ist vorausschauend: Wenn der Bedarf sich ändert, kann er an einem anderen Ort eingesetzt werden.
- Der Minergie-A-ECO Standard sowie die Photovoltaikanlagen garantieren einen hohen energetischen Standard und sind dadurch nachhaltig und ökologisch.

Contra für die Abstimmungsbotschaft haben wir keine.

Fraktionssprecherin FDP, Selin López: Der 2001 erstellte Modulbau I ist stark sanierungsbedürftig und offensichtlich nicht mehr wirtschaftlich sanierbar, wenn es bereits reintropt. Aufgrund steigender Schülerzahlen im Wangental besteht dringender Bedarf an zusätzlichem Schulraum. Eine Zwischenlösung ist notwendig, um den Schulbetrieb während der geplanten Sanierungen und Neubauten aufrechtzuerhalten.

Gemäss den Unterlagen wird bis 2031/2032 ein Anstieg auf 23 Klassen erwartet. Krass, wow, was für ein Wachstum – wir haben ja bald 44'000 Einwohner in unserer Gemeinde. Man sieht also, wir wachsen, entsprechend braucht es auch mehr Schulraum.

Ein Holzmodulbau wird als Zwischenlösung vorgeschlagen, um den Bedarf zu decken, da Mietobjekte und Container nicht geeignet seien. Dies benötigt ein Baugesuch. Und wenn man ein Baugesuch als Gemeinde eingibt, dann ist es schön, wenn man dies noch mit den Nachbarn bespricht. Entsprechend befürworten wir den Einbezug der Anwohner vorab, um damit bereits im Vorfeld Bedenken klären zu können und so dafür zu sorgen, dass das Projekt nicht verzögert wird. Denn wir haben es gehört, man braucht es dringend.

Pro-Argumente:

1. Es ist kosteneffizient, was bedeutet das? Die Investition ist langfristig wirtschaftlich, da die Module wiederverwendet oder verkauft werden können. Der Kauf schafft somit einen bleibenden Sachwert im Gegensatz zur Miete.
2. Flexibilität: Die modulare Bauweise ermöglicht, dass man dieses Holzmodul auch an anderen Standorten brauchen kann. Das ist nachhaltig und eine flexible Lösung für die Gemeinde.
3. Es ist schnell umsetzbar. Der Holzmodulbau kann in kurzer Zeit realisiert werden, im Gegensatz zu einem Steinhäuschen, bei welchem man zuerst noch graben muss etc. Ihr wisst es selber, wenn ihr einen Nachbarn habt, welcher gebaut hat oder ihr selber einmal gebaut habt, dann habt ihr das auch schon mal erlebt. Und so ist auch der Schulbetrieb während der Sanierungen sichergestellt.
4. Wirtschaftliche Verantwortung: Die Investition ist notwendig, um die gesetzliche Pflicht zur Bereitstellung von Schulraum zu erfüllen und auch die langfristige Entwicklung der Schulinfrastruktur zu sichern. Insbesondere ist das Recht auf Bildung ein Grundrecht und entsprechend braucht es auch Schulraum.
5. Ich schätze es sehr, dass dieser Klimafonds endlich einmal gebraucht wird und dass ein Teil dieses Projekts mit diesem Klimafonds unterstützt wird.

Dann die Contra-Argumente der FDP:

1. Die Investitionen liegen doch bei beinahe CHF 7 Mio. Das ist eine erhebliche Belastung für den Gemeindehaushalt, insbesondere in immer noch wirtschaftlich unsicheren Zeiten. Man spricht immer noch von Inflation und Co.
2. Eingeschränkte Lebensdauer: Im Vergleich zu Massivbauten haben solche Holzmodulbauten eine kürzere Lebensdauer, was langfristig wiederum höhere Kosten verursachen könnte.
3. Rückbaukosten: Bei einem späteren Abbau entstehen zusätzliche Kosten, welche hier nicht kalkuliert sind.
4. Unsicherheiten bei der Schülerprognose: Es ist eben eine Prognose und es ist nicht klar, was noch kommt.
5. Die Verkleinerung des Sportfelds, welche hier noch auf uns zukommt, da man schlussendlich diese Baute irgendwo hinstellen muss.

Jetzt habe ich noch eine Bitte an den Gemeinderat: Bei Bauprojekten der Gemeinde wäre es super, wenn sogenannter Schulraum auch deklariert werden würde, wie z.B. bei der Station Oberwangen, da hatten wir dies ausgeführt. Wir wären froh, wenn es z.B. unter der Rubrik Finanzen erwähnt würde, wenn es allenfalls auch zu einer Schulraumerweiterung kommen würde, welche mit Kosten verbunden wäre. Da wären wir sehr dankbar.

Aber alles in allem - ihr habt es gehört, ich hatte viele Pros und Contras – wir unterstützen dieses Vorhaben und zwar einstimmig.

Gemeinderat Thomas Marti, GLP: Vorab ein herzlicher Dank für die gute Aufnahme unserer Vorlage. Es freut mich sehr, dass wir damit in die Volksabstimmung gehen können.

Vielleicht könnt ihr euch erinnern, in meinem ersten Votum hier als Gemeinderat habe ich gesagt, ihr müsst euch leider an das Wort "Provisorium" gewöhnen. Und jetzt ist dies die dritte Vorlage. Ihr habt drei verschiedene Anwendungsfälle von Provisorien oder von Zwischenlösungen serviert bekommen und rein von meinem persönlichen Gefühl, bin ich mit dieser Variante hier am Wohlsten. Ich bin am Wohlsten, weil wir hier etwas haben, was für eine ganze Schulgeneration, welche dort ein- und ausgehen wird, anständigen Schulraum zur Verfügung stellt. Ich bin am Wohlsten, weil wir hier eigentlich ein standardisiertes Produkt haben und bei den anderen waren es oft Spezialanwendungen. Ich bin auch sehr zuversichtlich, dass wir hier damit auch die nötige Zeit gewinnen, damit wir diese Gesamtarealplanung machen können.

Es wurde kritisiert und wird kritisiert – teilweise zurecht, teilweise etwas überspitzt – dass wir keine Gesamtplanung haben. Auf diesem Areal kann ich sagen, wir haben eine Bedarfsplanung, wir haben vom Einzugsgebiet des Schulkreises die Schulraumplanung. Das hat dazu geführt, dass wir diese Unsicherheiten, welche wir dort noch haben, abfedern wollen - so ist im Moment eigentlich ein Klassenraum zu viel eingeplant. Das ist genau dieser "Swing Space", welchen wir uns dort erkaufen wollen.

Und ja, man kann sich auch fragen, was das Huhn oder das Ei sein soll. Von der Gesamtplanung her sind wir dran. Dieser Modulbau ermöglicht uns, dass wir dort diese Gesamtplanung machen können. Aber über alles gesehen ist klar für uns, dass wenn wir Raum bauen müssen, wir zusätzlichen Raum bauen müssen, dann braucht dies auch Platz und darum ist klar, dass wir diesen Platz irgendwo finden müssen und da ist es bei den Aussenplätzen klar, dass diese etwas kleiner werden.

Das mit den Nachbarn und der Kommunikation nehmen wir sehr gerne auf. Es ist aber auch so, dass unser Bedürfnis, dort diesen Schulraum zu bauen, wir können darüber gerne informieren, es ist aber nicht so, dass wir dort noch grosse Verschiebungen vom Baukörper her vornehmen könnten.

Zum Standard möchte ich noch sagen: Es ist so, es ist der höchste Standard. Man hat es auch in den Voten gehört, ein Teil findet dies sehr gut, ein Teil findet dies überflüssig. Ich denke, für jene, welche dies eher kritisch sehen, denen möchte ich mitgeben, dass wir davon ausgehen, dass wir durch die lange Dauer und auch durch die Wiederverwertung in der Gemeinde oder allenfalls durch einen Verkauf, dort auch eine Wertsteigerung haben und bei einem Verkauf, das was wir investiert haben, auch wieder einlösen können.

Nochmals, vielen Dank für die gute Aufnahme.

Beschluss

1. Mit 37 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kredit für den Holzmodulbau Schulanlage Juch wird wie folgt beschlossen:

- a) CHF 6'599'000.- (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 3750.5040.2444, Niederwangen Juch;
- b) CHF 394'000.- (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 3750.5060.2544 Möblierungen und Ausstattungen, Niederwangen Juch.

(Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung)

2. Die Botschaft an die Stimmberechtigten und der Wortlaut der Abstimmungsfrage werden genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung)

PAR 2025/99

Niederwangen Schwendistutz; Abgabe von Land im Baurecht

Kredit; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

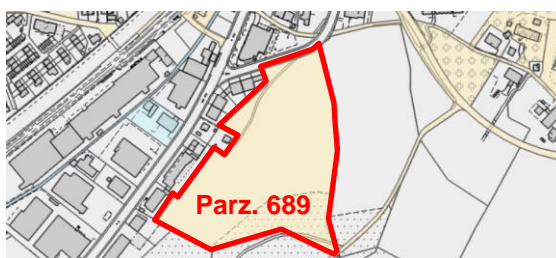
1. Ausgangslage

Die Gemeinde Köniz besitzt in Niederwangen am Schwendistutz die Landwirtschaftsparzelle 689 mit einer Gesamtfläche von 37'150 m². Ein Teil davon (4'334 m²) ist eingezont und befindet sich heute in einer gemischten Zone der Bauklasse IIIb. Auf Grund der Erschliessungsmöglichkeiten ist es klug, die Parzelle zusammen mit dem benachbarten Grundstück der Stiftung Familiensupport Bern West zu entwickeln. Es gelang, die Stiftung von einer gemeinsamen Entwicklung zu überzeugen.

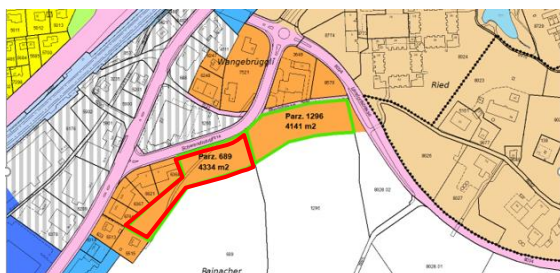
In einem breit abgestützten Entscheid beschloss der Gemeinderat, auf der Parzelle ein Generationenwohnprojekt mit preisgünstigen Wohnungen zu realisieren. Im Rahmen der Wohnstrategie der Gemeinde Köniz ist das Areal geeignet, den Anteil an preisgünstigem Wohnraum in Kostenmiete zu erhöhen. Damit kann die Gemeinde als positives Beispiel voranschreiten.



Das Areal Schwendistutz in Niederwangen



Die Landwirtschaftsparzelle 689 der Gemeinde Köniz



Der eingezonte Teil der Gemeindeparzelle (rot)



Blick von der Riedstrasse Richtung Westen.

2. Abparzellierung der nicht bebaubaren Fläche

Der Perimeter der Bauzone beinhaltet westlich einen Teil in der Grösse von 1'117 m², der auf Grund seiner Geometrie nicht sinnvoll bebaubar ist. Er weist an der schmalsten Stelle eine Tiefe von lediglich 12 m auf, was unter Einhaltung der Grenzabstände kein vernünftiges Bauvolumen mehr zulässt. Dieser Teil wird abparzelliert und soll voraussichtlich zu einem späteren Zeitpunkt, zusammen mit den angrenzenden Wohnparzellen (Parz. 6764, 6367, 6821 und 6368), entwickelt werden (linkes Bild).



Teil, welcher abparzelliert wird, zusammen mit den benachbarten Wohnparzellen (gestrichelt).

Der bebaubare Teil der Gemeindeparzelle mit 3'160 m².

Es verbleibt ein bebaubarer Teil mit einer Fläche von 3'160 m².

3. Gemeinsame Entwicklung mit der Stiftung Familiensupport Bern West

Die Parzelle 689 der Gemeinde soll zusammen mit der Nachbarsparzelle 1296 der Stiftung Familiensupport Bern West entwickelt werden. Es ergeben sich dadurch nebst einer grösseren Baumasse zahlreiche Synergien. Insbesondere kann durch die gemeinsame Entwicklung die Erschliessung mittels Tiefgarage gemeinsam gelöst werden. Es braucht dadurch lediglich einen Anschluss an die Kantonsstrasse (Schwendistutz), was ein gewichtiger Vorteil ist.

Die Stiftung Familiensupport hat im Rahmen mehrerer Verhandlungen Interesse an einer gemeinsamen Entwicklung gezeigt. Sie plant, ihr Land im Baurecht an eine konventionelle Investorin abzugeben und auf dem Areal preisgünstige Wohnungen zu realisieren. Sie hat dazu bereits eine Projektentwicklungsvereinbarung mit Losinger Marazzi abgeschlossen und möchte das Projekt so rasch als möglich realisieren, da sie eine Erhöhung der Mehrwertabgabe bei nicht zeitgerechter Entwicklung abwenden möchte. Das Entwicklungsmandat der Stiftung Familiensupport Bern West mit der Losinger Marazzi AG beinhaltet auch die Vergabe des entwickelten Projekts an eine klassische Investorin als Baurechtnnehmerin.

Losinger Marazzi hat eine Machbarkeitsstudie bei Bürgi Schärer Architekten AG beauftragt, um das mögliche Bebauungsvolumen, die Abhängigkeiten und die Erschliessungsmöglichkeiten abzuschätzen.

4. Machbarkeitsstudie Bürgi Schärer Architekten AG

Die Machbarkeitsstudie hat ergeben, dass auf der Gemeindeparzelle zwei Punkthäuser errichtet und gemäss aktuellem Projektstand 42 Wohnungen realisiert werden können. Es entsteht eine oberirdische Geschossfläche von ca. 3'200 m².



Machbarkeitsstudie Bürgi Schärer Architekten AG

Die Machbarkeitsstudie zeigt die entstehende gemeinsame Haupterschliessung auf (roter Pfeil). Nebst der Erschliessung ist dieser Bereich auch vorgesehen für gemeinsame Infrastrukturen (betreutes Wohnen, Gemeinschaftsräume, ev. Spitex).



Visualisierung, Ansicht von Nordwesten her

Die Machbarkeitsstudie bestätigt die Wichtigkeit einer gemeinsamen Entwicklung. Dadurch können Synergien bezüglich gemeinschaftlich genutzter Räume sowie der Erschliessung geschaffen werden.

5. Auswahl Baurechtnehmerin

Für die geplante Baurechtsabgabe der Gemeindeparzelle an eine gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft stellten sich einige Schwierigkeiten. So verteuert die starke Hanglage die Bebauung. Falls eine Bebauung in einer Etappe realisiert werden soll, ist die Gemeinde auf den Taktfahrplan der Stiftung Familiensupport Bern West angewiesen. Ausserdem erfordert die enge Zusammenarbeit mit der Totalunternehmung Losinger Marazzi AG eine bauerfahrene Wohnbaugenossenschaft. Das Grundstück ist,

isoliert betrachtet, für eine Generationensiedlung nur bedingt geeignet, da die Aneinanderreihung der Baukörper kaum Aussenräume mit Begegnungsqualität zulässt.

Die Gemeinde liess sich bei der Evaluation einer geeigneten Wohnbaugenossenschaft vom Förderverein Generationenwohnen Bern-Solothurn unterstützen. Dieser empfiehlt nach einer internen Evaluation der Rahmenbedingungen sowie einer gezielten Umfrage unter Verbandsmitgliedern des Regionalverbands Bern-Solothurn die Wohnbaugenossenschaft Neuhaus als Investorin. Dies aus den folgenden Gründen:

1. Die Wohnbaugenossenschaft Neuhaus ist in Köniz bereits ansässig und verfügt über ein beachtliches Portfolio im Umfeld des Areals. Sie ist auf der Suche nach einer Möglichkeit, ein Wohnprojekt mit kleineren Wohnungen für ältere Menschen zu realisieren.
2. Durch die Ergänzung mit dem Projekt Schwendistutz kann die Wohnbaugenossenschaft Neuhaus älteren Genossenschaftern einen Umzug in eine kleinere, geeignete Wohnung ermöglichen, was wiederum Familienwohnungen an anderen Orten frei werden lässt.
3. Durch das von der Wohnbaugenossenschaft Neuhaus vorgesehene Konzept kann das Thema Generationenwohnen umfassend über ihr gesamtes Portfolio realisiert werden.
4. Die Wohnbaugenossenschaft Neuhaus verfügt über die erforderliche Baukompetenz, um mit Losinger Marazzi auf Augenhöhe verhandeln zu können. Die rasch anstehenden Entscheidungen erfordern dies.

Da die Baukosten auf Grund der schwierigen Hanglage von zentraler Bedeutung sind für die Realisierbarkeit der Idee, haben die WBG Neuhaus und Losinger Marazzi das Vorprojekt intensiv weiterentwickelt, so dass die WBG Neuhaus am 04.09.2025 anlässlich einer ausserordentlichen GV dem Vorhaben mit 69 zu 1 Stimme zustimmte.

Aktueller Projektstand:



Perspektive auf den Zwischenraum zwischen den beiden Gebäuden der WBG Neuhaus

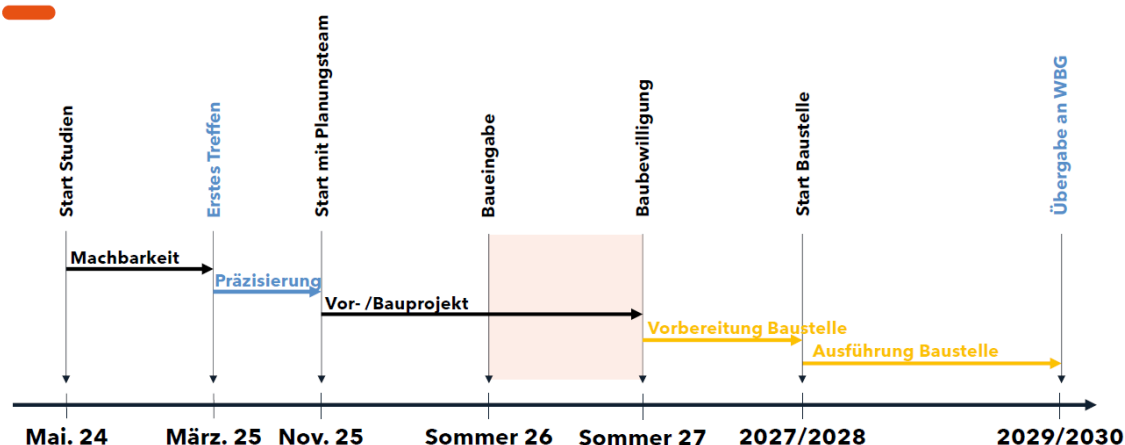
Das Projekt umfasst zwei Gebäude und sieht folgenden Mieterspiegel vor:

Wohnung	M2 (+/-)	Anz. Wg.	Nettomiete/ Monat	Nebenkosten	Bruttomiete/ Monat
1.5 Zi.	33	4	910	55	965
2.5 Zi.	52	16	1'165	85	1'250
3.5 Zi.	65	22	1'445	105	1'550
Parkplätze Auto		22	110		110
Parkplätze Motorrad		11	25		25

Die Mietpreise sind provisorisch und hängen von den tatsächlichen Baukosten ab (Projektstand 09/2025).

Die Wohnungen sind in Absprache mit der Gemeinde klein gehalten. Damit konnte erreicht werden, dass die Nettomietzinse trotz Neubau im 30% - Quantil einer externen Marktwertschätzung von Wüest Partner liegen. Dies bedeutet, dass nur 30% der bestehenden Wohnungen in Köniz noch günstiger sind. Die günstigen Mietzinse sind eine Voraussetzung dafür, dass das Konzept aufgeht, ältere Personen zu einem Umzug in eine kleinere Wohnung im Schwendistutz zu motivieren. Die aufgeführten Preise entsprechen dem aktuellen Projektstand und können sich noch verändern, ebenso die nachfolgenden Grobtermine.

Grobterminübersicht



6. Baurechtsvertrag

Der Baurechtsvertrag wurde in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum gemeinnütziger Wohnungsbau Bern-Solothurn entwickelt (Beilage 1). Er beinhaltet spezifische Abschnitte zur Zweckbestimmung und besonderen Verpflichtungen / Zusatzvereinbarungen wie gegenseitige Information und als Beilage die einzuhaltenden Grundsätze für gemeinnützige Wohnbauträger.

Die wesentlichen Eckwerte sind die folgenden:

- Start Baurechtsentschädigung: ab mittlerer Bezugsfrist (voraussichtlich 2030)
- Baurechtsdauer: 80 Jahre.
- Baurechtszins: CHF 18.- pro m² oberirdische Geschossfläche, was einem Anfangszins von ca. 53'000.- pro Jahr entspricht bei einer verrechenbaren oberirdischen Geschossfläche von ca. 2'990 m².
- Heimfallentschädigung: 80% des dannzumaligen Zustandswertes.

Der Baurechtszins ist hergeleitet aus einem Direktvergleich mit dem Entwicklungsprojekt des Baufeld F im Papillon (Feuerfalter). Das Areal für preisgünstiges Wohnen in Kostenmiete wurde dort zu einem Preis von 18.- / m² an die Wohnbaugenossenschaft Logis Suisse abgegeben.

Der Baurechtszins ist gekoppelt an den Landesindex der Konsumentenpreise des Bundesamts für Statistik und kann alle 5 Jahre zu 70% an die Veränderungen des Landesindex der Konsumentenpreise LIK. angepasst werden. Eine solche Regelung ist handelsüblich, da die Wohnkosten selber auch ca. 30% des LIK ausmachen. Von einer periodischen Anpassung des Baurechtszinses infolge Baulandpreisentwicklung wird abgesehen, da es Sinn und Zweck einer Landabgabe an eine gemeinnützige Bauträgerin ist, das Land für die Baurechtsdauer der Spekulation zu entziehen.

7. Finanzen und Zuständigkeit

Bei einer realisierbaren oberirdischen Geschossfläche von 2'990 m² (Basis: Projekt Stand 09/2025) kann von Baurechtszinseinnahmen in der Höhe von ca. 53'000.- pro Jahr ab ca. Mitte 2030 ausgegangen werden.

Gemäss Artikel 72 Buchstabe d) der Gemeindeordnung sind zur Bestimmung des finanzkompetenten Organs die jährlichen Baurechtszinserträge mit einem Barwertfaktor von 25 zu multiplizieren. Im vorliegenden Fall ergibt dies rund 1.3 Mio. Franken, womit das Geschäft in die Zuständigkeit des Parlaments fällt.

8. Folgen bei einer Ablehnung des Antrags

Die Opportunität einer gemeinsamen Entwicklung mit der Stiftung Familiensupport Bern West würde entfallen. Das Areal müsste zu einem späteren Zeitpunkt isoliert entwickelt werden. Für eine längere Zeit würde das Areal weiter brach liegen, und keine Baurechtszinseinnahmen generieren.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Abgabe eines Teils der Parzelle Köniz / 689 im Baurecht zu einem Baurechtszins von ca. CHF 53'000.- pro Jahr wird zugestimmt.
1. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er wird insbesondere ermächtigt, alle Folgeverträge aus diesem Geschäft abzuschliessen (z. B. Abschluss der definitiven Baurechtsverträge, Begründung von Unterbaurechten, Parzellierungen, Übertragungen des Baurechts). Er kann zudem kleinere Änderungen materieller und formeller Natur in eigener Kompetenz vornehmen.

Köniz, 29.10.2025

Der Gemeinderat

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Bei diesem Geschäft handelt es sich um einen Kredit der Direktion Sicherheit und Liegenschaften. Die Sitzungsakten bilden der Bericht und der Antrag des Gemeinderates. Wir gehen wie folgt vor: Die GPK-Referentin beginnt, dann kommen die Fraktionen, dann die Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher, der Gemeinderat und zum Schluss die Abstimmung.

GPK-Referentin, Kathrin Gilgen, SVP: Was beinhaltet dieses Geschäft? Im Schwendistutz in Niederwangen gehört der Gemeinde eine Landwirtschaftsparzelle, wovon ein Teil eingezont ist und sich in der gemischten Bauzone IIIb befindet. Die topografische Lage ist für das Überbauen eine Herausforderung. Die Hanglage, gerade angrenzend zur Schwendistutzstrasse ist steil und eine gemeinsame Entwicklung mit dem Nachbargrundstück, welche dem Familiensupport Bern West gehört, macht durchaus Sinn. Das Projekt umfasst auch nur jenen Teil, welcher im Moment sinnvoll überbaut werden kann. Dabei handelt es sich laut Machbarkeitsstudie um zwei Punkthäuser, mit welchen nach aktuellen Projektstand 42 Wohnungen realisiert werden können. Das Projekt ist im PARA gut beschrieben und skizziert, ihr könntet dies alles studieren.

Der Gemeinderat hat beschlossen, dass auf dieser Parzelle ein Generationenprojekt mit preisgünstigen Wohnraum realisiert werden soll und dass das Areal dazu geeignet ist, den Anteil an preisgünstigem Wohnraum in Kostenmiete auf 100% zu erhöhen.

Der Baurechtsvertrag wurde in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum Gemeinnütziger Wohnungsbau Bern-Solothurn entwickelt und auch verglichen und hergeleitet mit dem Entwicklungsprojekt Feuerfalter im Baufeld F im Papillon, bei welchem ebenfalls preisgünstiges Wohnen in Kostenmiete mit einer Wohnbaugenossenschaft ausgehandelt wurde. Die ganzen Gegebenheiten, beschrieben unter Punkt 5 auf Seite 3 im PARA, haben bei der Auswahl der Baurechtsnehmerin einen Rolle gespielt. Mit der Wohnbaugenossenschaft Neuhaus, fand man eine gute Lösung. Sie ist in Köniz ansässig und hat bereits ein beachtliches Portfolio im Umfeld und sucht ein Projekt, um kleinere Wohnungen verwirklichen zu können.

Der GPK wurde der Baurechtsvertrag zur Einsicht vorgelegt und auch das Grundsatzpapier der Gemeinde für gemeinnützige Wohnbauträgerschaften bei Abgabe von Grundstücken im Baurecht. In der

GPK-Diskussion kamen diverse Punkte zur Sprache. Mit der Wohnbaugenossenschaft Neuhaus hat die Gemeinde eine Partnerin gefunden, welche das Baurechts übernehmen kann und bereit ist, das Gebiet im Sinn der Wohnstrategie weiterzuentwickeln und welche auch die Möglichkeiten zu einer guten Zusammenarbeit mit der Bauherrin der Nachbarparzelle hat. Die Wohnbaugenossenschaft hält in ihren Statuten fest, wer bei der Vergabe der angedachten Wohnungen den Vorrang hat. Weiter ist es das Ziel, Wohnungen für ältere Personen anzubieten, damit andere, grössere Wohnungen wieder für die Familien frei werden. Ob sich das an dieser Hanglage dann schlussendlich so umsetzen lässt, wird sich zeigen.

Im Parlamentsantrag wird nicht erwähnt, dass diese Wohnbaugenossenschaft Neuhaus eine Priorisierung einer bestimmten Zielgruppe in ihren Statuten vorsieht. Ob dies nötig gewesen wäre, wird unterschiedlich bewertet. Positiv bewertet wird, dass an einer schwierigen Lage preisgünstiger Wohnraum geschaffen wird.

Durch die Zusammenarbeit der Gemeinde mit der Stiftung Familiensupport Bern West, können diese beiden Parzellen gemeinsam entwickelt werden.

Die GPK beschliesst beide Male einstimmig:

1. Die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen liegen vor.
2. Die GPK empfiehlt dem Parlament, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Gemeinderat Thomas Marti, GLP: Besten Dank der Sprecherin der GPK für die Einleitung zu diesem Geschäft. Du hast es erwähnt, die Priorisierung von Bundesbeamten oder Angestellten des Bundes, welche in der Wohnbaugenossenschaft Neuhaus in den Statuten enthalten ist. Das ist so, dass dies ab 1. Januar 2026 nicht mehr der Fall sein wird und der Grund dafür ist, dass der Bund seine Verordnung diesbezüglich anpasst. Diese Priorisierung gilt dann nur noch für Bauvorhaben, in welchen Bundesgelder enthalten oder welche im Baurecht des Bundes sind. Und das ist hier in beiden Fällen nicht der Fall. Das heisst, diese Wohnbaugenossenschaft Neuhaus hat gesamthaft 11 Anlagen, vier davon mit einem Baurecht des Bundes. Es ist kein Geld mehr in der Finanzierung der Wohnbaugenossenschaft, das heisst für den Schwendistutz, dass dort keine Priorisierung von Bundesangestellten oder ehemaligen Bundesangestellten stattfindet. Das hat mir einerseits Martin Tschirren, Direktor des Bundesamts für Wohnungswesen bestätigt, auf der anderen Seite wurde dies auch vom Präsidenten der Wohnbaugenossenschaft so bestätigt. Und es ist auch so, dass sie sich beim preisgünstigen Wohnungsbau auf das Einkommen abstützen. Es sind dort also wirklich auch Personen drin, welche auf preisgünstigen Wohnraum angewiesen sind.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Falls der Antrag des Gemeinderates bestritten ist, bitte ich euch, dies in den Voten entsprechend zu erwähnen. Falls der Antrag nicht bestritten wird, werde ich von der stillschweigenden Annahme Gebrauch machen.

Fraktionssprecher GLP-EVP-Mitte, Roland Akeret, GLP: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Ausarbeitung des vorliegenden Antrags. Ich kann es vorweg nehmen, unsere Fraktion wird diesem Antrag zustimmen. Die Vorlage wurde bei uns eingehend diskutiert und im Grundsatz sehr positiv beurteilt.

Dass ältere, finanziell weniger gut gestellte Personen, für kleineren, preisgünstigen Wohnungen ihre grossen Familienwohnungen freigeben, ist ein Ziel, welches wir unterstützen. Dies schafft dringend benötigten Wohnraum für Familien und entlastet den Könizer Wohnungsmarkt. Der Baurechtszins von CHF 18/m² wurde bei uns unter dem Gesichtspunkt der noch alten Statuten dieser Wohnbaugenossenschaft kritisch hinterfragt. Dank dieser Verordnungsänderung, welche uns hier erklärt wurde, entfällt diese Priorisierung und es ist möglich, dass künftig primär nach dem Einkommen die Wohnungen vergeben werden. Das ist für uns entscheidend.

Wir haben es auch bereits gehört, die Rahmenbedingungen am Schwendistutz sind bautechnisch anspruchsvoll, zudem werden Synergien mit der Entwicklung der Nachbarparzellen 1296 genutzt. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Zielsetzung, preisgünstige Wohnung in Kostenmiete zu realisieren, erscheinen uns diese CHF 18/m² Baurechtszins dann aber wieder angemessen.

Ich möchte hier aber klar nochmals deponieren, unsere Zustimmung knüpfen wir an die Erwartung, dass die Wohnungen später auch tatsächlich an finanzschwache Personen vergeben werden.

Fraktionssprecherin FDP, Tatjana Rothenbühler: Um es ebenfalls vorweg zu nehmen, die FDP, Die Liberalen stimmen dem vorliegenden Bauprojekt und Vorhaben des Gemeinderates zu.

Uns erscheint es sinnvoll, eine gemeinsame Entwicklung für den bebaubaren Teil dieser Fläche in Niederwangen, Schwendistutz, mit der Stiftung Familiensupport Bern West zu realisieren. Die zahlreichen Synergien sprechen dafür.

Auch die Machbarkeitsstudie der Losinger Marazzi AG, ist unseres Erachtens schlüssig. Sie bestätigt die Wichtigkeit einer gemeinsamen Entwicklung. Uns erscheint es auch sinnvoll, die Wohnbaugenossenschaft Neuhaus als Investorin einzusetzen, da sie einerseits auf der Suche für Wohnbauprojekte mit kleineren Wohnungen für ältere Menschen ist und andererseits über die erforderlichen Baukompetenzen verfügt, um mit der Losinger Marazzi AG zu verhandeln.

Es ist angedacht, dass die günstigen Mietzinsen älteren Personen zu einem Umzug in eine kleinere Wohnung im Schwendistutz motivieren sollen. Die wesentlichen Eckwerte des Baurechtsvertrags sind unseres Erachtens nachvollziehbar und schlüssig.

Ab dem Jahr 2030 werden durch die Abgabe eines Teils der Parzelle CHF 53'000 in die Gemeindekasse fließen. Dennoch stellen sich für uns noch zwei Fragen, welche zu beantworten wären:

1. Wie ist die Anbindung an den ÖV vorgesehen resp. geplant?
2. Und unabhängig vom Alter, erscheint es uns doch eine Überlegung wert, ob es die Möglichkeit für die Entwicklung von Schulraum in der näheren Umgebung geben könnte.

Wie eingangs erwähnt, stimmt die FDP. Die Liberalen den Anträgen des Gemeinderates zu.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, Lukas Erni, Grüne: Die Grüne/Junge Grüne-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die übersichtliche Aufbereitung dieses Geschäfts.

Die Erschliessung, die Erfahrung der Baurechtsnehmerin und die enge Abhängigkeit des Projekts der Stiftung Familiensupport – vieles spricht aus unserer Sicht dafür, dass man dieses Grundstück nicht im Alleingang entwickeln sollte. Genau darum ist dies auch der richtige Ansatz für uns, dies gemeinsam mit der Nachbarsparzelle zu machen. Das sind die Synergien, welche notwendig sind, damit dieses Projekt überhaupt tragfähig wird. Wir unterstützen das Vorhaben auch darum, weil es preisgünstigen Wohnraum schafft, welcher in Köniz noch immer dringend benötigt wird. Kleine kompakte Wohnungen sind ein wichtiger Schlüssel, damit ältere Menschen, welche zum Teil nicht aus ihren Häusern kommen, weil sie sich nichts Neues leisten können, dass diese auf verhältnismässigen kleinerem Platz wohnen können. Wir haben uns aber gefragt, ob das Gelände für ältere Personen etwas suboptimal ist, weil es Gefälle hat, doch das überlassen wir der Planerin.

Auch die Diskussion rund um die Vergabekriterien, das wurde auch bereits vordiskutiert, das hat bei uns auch zu Reden gegeben. Merci dem Gemeinderat für die Klärung, denn da diese Priorisierung der Bundesangestellten ab 2026 nur noch auf den Bundesparzellen gelten und das Projekt davon nicht mehr betroffen ist, können wir auch hier zustimmen.

Aus unserer Sicht ist es wichtig und gut, dass bei diesem günstigen Wohnraum auf das Einkommen geschaut wird und darum entspricht dies auch dem Zweck dieses Geschäft.

Unser Fazit: Die Gemeinde hat in dieser doch schon recht anspruchsvollen Situation eine passende Baurechtsnehmerin gefunden, vor allem entsteht aber Wohnraum, welcher sozial Sinn ergibt und darum werden wir diesem Geschäft zustimmen.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Franziska Adam, SP Frauen: Die SP/JUSO-Fraktion zeigt sich sehr erfreut darüber, dass die Gemeinde Köniz im Bereich des genossenschaftlichen Wohnungsbaus konkrete Schritte unternimmt. Der Standort Schwendistutz gehört zwar nicht zu den zentralsten Lagen der Gemeinde Köniz, bietet jedoch – bei Gewährleistung einer guten ÖV-Erschliessung – eine hohe Lebensqualität, insbesondere auch für ältere Einwohnerinnen und Einwohner.

Das Thema Wohnen steht bei der Bevölkerung ganz oben auf dem Sorgenbarometer. Dies erstaunt nicht, denn wie wir gehört haben, liegt die Leerwohnungsziffer in Köniz aktuell lediglich bei 0,3 Prozent. Umso positiver ist zu werten, dass der Standort Niederwangen für ein Projekt des preisgünstigen Wohnungsbaus ausgewählt wurde, obwohl Artikel 51 des Baureglements diesen Ort dafür nicht explizit vorsieht. Die SP/JUSO wünscht sich, dass auch in den übrigen Ortsteilen wie Wabern, Liebefeld und Köniz der Artikel 51 für preisgünstiges Wohnen vermehrt angewendet wird.

Wie der Parlamentsantrag zeigt, ist preisgünstiges Wohnen in Köniz möglich, wenn die Gemeinde aktiv das Gespräch mit Wohnbaugenossenschaften sucht. Mit der Wohnbaugenossenschaft Neuhaus konnte eine geeignete Investorin gewonnen werden. Wichtig scheint uns aber, dass die Wohnungen auch für nicht Bundesangestellte zugänglich sind. Was ja jetzt gemäss Gemeinderat Thomas Marti der Fall sein wird.

Ein zentrales Ziel ist es, älteren Menschen den Umzug in kleinere, gut erschlossene Wohnungen zu ermöglichen. Dadurch wird bestehender Wohnraum – insbesondere Einfamilienhäuser – für Familien frei. Auch das haben wir bereits einige Male gehört. Voraussetzung hierfür ist eine hochwertige ÖV-

Anbindung, welche den Bedarf an Parkplätzen reduziert und gleichzeitig die Mobilität für Seniorinnen und Senioren sicherstellt.

Mit diesem Vorgehen steuert die Gemeinde die Wohnraumentwicklung konsequent und im Einklang mit der Könizer Wohnstrategie.

Die SP/JUSO stimmt den Beschlüssen des Gemeinderates einstimmig zu.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Ich stelle fest, dass Gemeinderat Christian Burren eingetroffen ist.

Fraktionssprecherin SVP, Kathrin Gilgen: Inhaltlich zum Geschäft haben wir vieles gehört und der PARA kommt informativ daher. Dazu äussere ich mich im Votum daher nicht mehr.

Wir haben dieses Geschäft an der Fraktionssitzung aber intensiv diskutiert und ich hoffe, ich kann die Meinungen von meinen Kolleginnen und Kollegen hier richtig vertreten und in meinem letzten Fraktionsvotum rüberbringen.

Manchmal sind gewisse Umstände nicht ganz einfach zu verstehen: Da kann man sich über drei, vier bepflanzte Paloxen auf dem Bläuackerplatz erfreuen und damit eine grosse Diskussion über Verbetonierung, Hitzestau und fehlende Lebensqualität führen und gleichzeitig wird an einer Überbauung von 3'000m2 gemeindeeigener Grünfläche ohne grosse Nebengeräusche einfach so zugestimmt. Wir fragen uns warum? Ist es wegen der Wohnungsknappheit? Ist es, weil so 100% günstiger Wohnraum entsteht oder weil es im Wangental und nicht im Zentrum von Köniz ist? Ökologische Gründe schliessen wir jetzt mal aus.

Es ist nicht so, dass die SVP-Fraktion die Situation dort am Schwendistutz in Niederwangen nicht realistisch einschätzen kann. Die Umstände, dass gerade nebenan eine andere Grundbesitzerin ihren ebenfalls eingezonten Teil überbauen will und die Planung schon weit fortgeschritten ist und das Gelände in dieser Hanglage sehr schwierig ist - und das notabene auch für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung - ist eine Überbauung dort eigentlich sehr naheliegend und verständlich. Dies im Vergleich, was im Papillon, Ried, auf wunderbarer landwirtschaftlicher Kulturlfläche passiert. Und trotzdem verschwindet wieder eine Grünfläche mehr.

Wenn man in der Nacht, von Bern oder Fribourg in Richtung Niederwangen fährt, hat man momentan das Gefühl, man fährt zu einem Flughafen oder es stehe ein überdimensionierter Weihnachtsbaum im Gelände. Die Beleuchtung dieser mindestens 15 Baukräne, welche aktuell im knapp 2'000 Seelendorf stehen, ist eindrücklich und beängstigend zugleich. Und wenn es dann tagt, dann macht es den Blick auf die täglich wachsenden Betonwände bei der Baustelle Polizeizentrum, an der Freiburgstrasse und ganz besonders im Papillon Ried nicht besser. Und es ist auch massiv spürbar: Diese Bautätigkeit generiert logisch auch sehr viel Bauverkehr – zusätzlich zum Rest. Im Wangental haben wir mit der Freiburgstrasse eine stark befahrene Strasse, ohne Platz für Velofahrende und Fussgänger. Seit 40 Jahren wird der Bevölkerung versprochen, dass man diese Strasse saniert und gefährliche Situationen und Engpässe verbessert. Gerade auch für diese vielen LKW-Fahrer ist es tagtäglich eine grosse Herausforderung, diese Strecke zu befahren. Velofahrer hätten zwar im Wangental extra eine Veloroute zur Verfügung, leider wählen aber immer noch viele die Freiburgstrasse und fördern so gefährliche Situationen im Alltagsverkehr.

Im Bereich der Freiburgstrassensanierung kommt man leider nicht mit dem gleichen Elan vorwärts und auch sonst hinkt die andere Infrastruktur hinten nach. Etwas davon haben wir gerade erst im vorherigen Traktandum behandelt. Dazu kommt, dass mit der Autobahn und der angesiedelten Industrie bereits eine grosse Belastung besteht. Wir von der SVP-Fraktion verstehen, dass viele Wangentalerinnen und Wangentaler langsam genug haben. Wir appellieren somit an die zuständigen Leute, zukünftig den Fuss vom Gaspedal zu nehmen, was neue Bauprojekte im Wangental anbelangt. Denn alles, was im Moment aufgelegt ist, reicht für die nächsten paar Jahre - sogar nächsten Jahrzehnte.

Wir wissen, dass dieser Antrag sowieso durchkommt, sagen als Fraktion aber grossmehrheitlich "Nein" zu diesem Wohnraumantrag. Es ist kein "Nein" zur Wirtschaft, aber ein "Nein" zu immer mehr und schnellerem Wachstum.

Gemeinderat Thomas Marti, GLP: Auch hier danke ich für die überwiegend wohlwollende Einschätzungen und Voten zu unserem Antrag. An dieser Stelle möchte ich vor allem meinen Leuten in der Verwaltung ganz herzlich danken, was sie aus dieser nicht ganz einfachen Situation gemacht haben, denn es ist so, dass wir etwa vor einem Jahr Mitteilung erhalten haben, dass wir dort nebenan mit dem Partner nicht mehr gemeinsam entwickeln können, das wäre so vorgesehen gewesen. Das heisst, wir mussten unter relativ grossem Zeitdruck eine Lösung und einen Investor auf unserer Seite finden,

welcher in dieser Konstellation etwas, was unserm Zielbild entspricht, aufgleisen kann und das wurde geschafft. Das war von mir aus gesehen eine sehr schöne und grosse Leistung.

Dann zu den Voten: Die FDP hatte noch zwei Fragen. Zur Anbindung an den ÖV: Die Anbindung an den ÖV geschieht dort über den Bahnhof Niederwangen und über die Linie 31. Das heisst, es ist dort im Moment keine zusätzliche Station geplant. Man muss aber sagen, dass man innerhalb von 300m dort einen S-Bahn-Anschluss hat. Und zum Schulraum: Es ist so, in dieser Schulraumgesamtbetrachtung, welche gemacht und im Moment finalisiert wird, dort sind alle Entwicklungsprojekte und Flächen aufgenommen und enthalten. Man muss aber auch sagen, dass in diesem Wohnungsmix, welcher hier vorgesehen ist, mit relativ wenigen Kindern gerechnet werden darf. Dies im Vergleich zu einem Quartier, welches mit 4- oder sogar 5-Zimmerwohnungen aufwartet.

Die Kritik am Wachstum haben wir gehört. Wo etwas entsteht, wo sich etwas verändert, da muss man dies thematisieren und diskutieren. Ich glaube aber, dass es keinen besseren Ort gibt, an welchen wir ohne moralische Bedenken Grünfläche überbauen dürfen. Dieser Ort mit dieser Erschliessung ist prädestiniert und gerade wenn man auf den Verkehr schaut, dann gibt es dort die Möglichkeit, dass es eben weniger Verkehr gibt als wenn wir weiter hinten im Wangental so viele Wohnungen bauen würden. Denn dann gäbe es vermutlich vorne in Niederwangen mehr Verkehr dadurch. Darum glaube ich auch hier, dass dies der richtige Ort ist und in der Ortsplanung wurde festgelegt, dass man dies als Bauland ausweist.

Beschluss

1. Der Abgabe eines Teils der Parzelle Köniz / 689 im Baurecht zu einem Baurechtszins von ca. CHF 53'000.- pro Jahr wird zugestimmt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er wird insbesondere ermächtigt, alle Folgeverträge aus diesem Geschäft abzuschliessen (z. B. Abschluss der definitiven Baurechtsverträge, Begründung von Unterbaurechten, Parzellierungen, Übertragungen des Baurechts). Er kann zudem kleinere Änderungen materieller und formeller Natur in eigener Kompetenz vornehmen.

(Abstimmungsergebnis: 32 Stimmen für Zustimmung, 4 Stimmen für Ablehnung, 1 Enthaltung)

PAR 2025/100

V2214 Richtlinienmotion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) „Köniz ist suffizient. Raumkosten sparen dank Bedarfsplanung“

Abschreibung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

1. Ausgangslage

Die Richtlinienmotion V2214 wurde am 23. Mai 2022 eingereicht und am 13. Februar 2023 vom Parlament erheblich erklärt. Sie verfolgt das Ziel, die Raumbedarfsplanung der Gemeinde Köniz suffizienter und damit kostensparender zu gestalten.

Konkret verlangt die Motion:

- dass Flächenmehrbedarf von den Nutzerabteilungen begründet werden muss,
- dass eine Raumbedarfsanmeldung mit Darstellung von Ist- und Soll-Zustand einzureichen ist,
- dass bei grösseren Vorhaben ein Betriebskonzept erstellt wird,
- dass bei Standorterweiterungen bestehende Gebäude in die Planung einzubeziehen sind,
- sowie dass die Raumbedarfsanmeldungen durch das zuständige Gemeinderatsmitglied unterzeichnet werden.

Die Grundsätze sollen in einer Weisung oder einem Reglement festgehalten werden, um eine verbindliche Anwendung sicherzustellen.

Der Gemeinderat hat die Zielsetzungen der Motion von Beginn an als wichtig eingestuft. Bereits im Jahr 2024 wurde der Entwurf für einen neuen Bestellprozess erstellt.

2. Umsetzung

Der Gemeinderat erachtet dieses Anliegen weiterhin als wichtig. In der Praxis wird der Bestellprozess bereits schrittweise umgesetzt:

- **Betriebskonzepte bei grossen Projekten:** Bei Neubauten und grösseren Sanierungen werden heute standardmässig Betriebskonzepte verlangt. Damit wird sichergestellt, dass funktionale, organisatorische und räumliche Aspekte frühzeitig abgestimmt sind.
- **Gesamtareal statt Einzelgebäude:** Anstelle einer isolierten Gebäudeplanung wird der Raumbedarf im Kontext des gesamten Areals betrachtet. Dies führt zu effizienteren und suffizienteren Lösungen.
- **Schrittweise Umsetzung des Bestellprozesses:** Die konzeptionellen Grundlagen für einen formalisierten Bestellprozess sind erarbeitet. Auch wenn die vollständige Formalisierung noch nicht abgeschlossen werden konnte, prägt der Prozess bereits die Praxis und ist faktisch eingeführt.
- **Erste Erfolge in der Verdichtung:** Mit den übernommenen Richtlinien für Büroarbeitsplätze des Kantons Bern konnte an verschiedenen Verwaltungsstandorten eine höhere Flächeneffizienz erreicht werden.

Der Gemeinderat verzichtet auf eine separate Weisung für den Bestellprozess. Das Anliegen aus der Richtlinienmotion soll aber in den Projektmanagementprozess aufgenommen werden. Somit wird, das inhaltliche Anliegen der Motion umgesetzt: Die Verwaltung arbeitet nach den geforderten Prinzipien, und der Bestellprozess ist in der Praxis etabliert.

3. Begründung der Abschreibung

Die Motion hat ihre Wirkung entfaltet, indem sie einen Wandel im Umgang mit Raumbedarfsanmeldungen angestossen hat. Der Gemeinderat wird den eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen und den Bestellprozess in den Projektmanagementprozess integrieren. Aus Sicht des Gemeinderates gilt die Motion deshalb als materiell erfüllt und kann daher abgeschrieben werden.

Vor diesem Hintergrund beantragt der Gemeinderat dem Parlament, die Motion V2214 als erfüllt abzuschreiben.

4. Finanzen

Die Umsetzung der Motion erfolgt im Rahmen der ordentlichen Verwaltungsaufgaben. Es sind keine zusätzlichen finanziellen Mittel notwendig.

Abschreibung

Gemäss dem Geschäftsreglement des Parlaments werden Motionen mit Richtliniencharakter nach der traktandierten Behandlung der gemeinderätlichen Berichterstattung im Parlament stillschweigend abgeschrieben.

Köniz, 23.10.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) [Parlamentsantrag, Beantwortung](#) (Online auf Parlamentswebseite)

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Das ist eine Abschreibung der Direktion Sicherheit und Liegenschaften. Das Wort hat die Erstunterzeichnerin Sandra Röthlisberger.

Erstunterzeichnerin, Sandra Röthlisberger, GLP: Suffizienz heisst "ausreichen" oder "genügen". Es geht also um die Frage, wie viel genug ist und zielt beim Bauen darauf ab, Flächen, Energie und Material zu sparen.

Ich bin zufrieden und danke dem Gemeinderat, dass er die Wichtigkeit dieser systematischen Raumbedarfsplanung erkannt hat. Das Anliegen wurde im Bestellprozess und im Projektmanagementsprozess aufgenommen. Der Gemeinderat verzichtet auf eine separate Weisung – ich finde dies schade, weil so ein verbindliches Führungsinstrument für die Gesamtverwaltung fehlt. Es ist aber dem Gemeinderat überlassen. Wir schreiben stillschweigend ab, ob es genügt, werden wir bei den nächsten Kreditanträgen für Planung und Ausführung von bestellter Fläche sehen.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Monika Röthlisberger, Grüne: Die Grünen/Jungen Grünen danken dem Gemeinderat für den Bericht zur Erfüllung der Motion "Köniz ist suffizient".

Wir haben im Parlament in der letzten Zeit fast in jeder Sitzung Bauprojekte bewilligt und es wird in Zukunft so weitergehen. Wenn wir es also schaffen, dass bei all diesen vielen Projekten zuerst der vorhandene Raum gut ausgenützt wird und nur so viel neuer Raum wie nötig, neu gebaut wird, können wir unsere Gemeindefinanzen schonen und damit auch das Portemonnaie der Steuerzahlenden.

Der Gemeinderat schreibt, er habe die Forderungen der Motion bereits umgesetzt. Wir sehen, dass Köniz jetzt auch eine Immobilienstrategie hat, dass beim Bauprojekt Juch, welches wir zuvor behandelt haben, die Bestellerin ein Betriebskonzept erstellen musste und dass der Parlamentsantrag zum Juch tatsächlich auch Überlegungen zum Gesamtareal und zur weiteren Zukunft enthalten hat, statt nur gerade die Informationen zum Provisoriumsgebäude selber. Die Bildungsraumplanung, ein zentrales Projekt in diesem Zusammenhang, ist unterwegs.

Die Grünen und Jungen Grünen sind aber klar der Meinung, dass es noch einigen Effort braucht, bis Köniz hinter dem Thema Suffizienz bei Bauprojekten ein Gut-Zeichen machen kann und wir werden auch weiterhin beim Beurteilen von neuen Bauprojekten ein besonderes Augenmerk darauf haben, dass der Parlamentsantrag Hinweise darauf enthält, dass der neue Bestellprozess eingehalten worden ist und die jetzt hier noch in Aussicht gestellten Vorlagen, Standardformulare und -prozesse erarbeitet werden.

Auch das Flächenbewirtschaftungstool, welches bei der Beratung dieser Motion im Jahr 2023 in Aussicht gestellt wurde, ist, so glaube ich, noch nicht eingeführt. Es gibt zwar ein Flächenbewirtschaftungstool für Aussenflächen, aber nicht für Räumlichkeiten. Oder haben wir hier vielleicht etwas falsch verstanden?

Die Grünen/Jungen Grünen würden es begrüßen, wenn der Gemeinderat bei zukünftigen Bauprojekten das Betriebskonzept der Besteller:innen zumindest der GPK zugänglich macht. Weiter regen wir an, dass die GPK im Rahmen der Verwaltungsbesuche das Thema Bestellprozesse vertieft nachfragt und abklärt, wie die Grundsätze der Suffizienz im Bestellprozess wirklich gelebt werden und wie sie in den Projektmanagementprozess, welcher ja noch in der Entwicklung ist, Eingang gefunden haben.

Gemeinderat Thomas Marti, GLP: Besten Dank für die Voten zur Abschreibung dieser Motion. Ein persönliches Statement dazu: Es ist mir ein sehr grosses Anliegen, dass wir dies hier in diesen Bestellprozessen weiter schärfen können. Wir können immer besser werden im Projektmanagement. Das heisst nicht, dass wir jetzt keinen guten oder besseren Stand haben, aber man kann hier sicherlich noch mehr. Wir müssen dann einfach irgendwann einmal ausnivellieren, wie viel gut ist - man kann dort auch sehr ressourcenreich planen und in Schönheit sterben. Aber im Grundsatz möchte ich euch sagen, dass ich das genauso sehe, dass wir hier immer dran sein und einen Schritt weiter gehen müssen.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Da es sich bei dieser Motion um eine Richtlinie handelt, wird über diese Abschreibung nicht abgestimmt.

Beschluss

Die Motion wird stillschweigend abgeschrieben.

PAR 2025/101

V2312 Richtlinienmotion (Katja Streiff, Reto Zbinden) "Beitritt zum Naturpark Gantrisch als Pfortengemeinde"

Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

1. Ausgangslage

Die Motion V2312 "Beitritt zum Naturpark Gantrisch als Pfortengemeinde" wurde am 19. Juni 2023 eingereicht. Der Gemeinderat wurde aufgefordert, das Schreiben des Förderverein Region Gantrisch vom 10. Mai 2023 betreffend Beitritt der Gemeinde Köniz zum Naturpark Gantrisch positiv zu beantworten, eine partnerschaftliche Zusammenarbeit aufzubauen und Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Dabei soll explizit ein Beitritt als Pfortengemeinde angestrebt werden. Die Kosten für die Mitgliedschaft sollten sich in demselben Rahmen bewegen wie der Beitrag der Gemeinde Belp, welche bereits den Status Pfortengemeinde besitzt.

Der Gemeinderat hatte bereits in seiner Antwort auf die Interpellation (V2215 Interpellation (Katja Streiff, Reto Zbinden) „Beitritt zum Naturpark Gantrisch“) unter Punkt 7 ein mögliches Vorgehen skizziert und sich auch bereit erklärt, die Möglichkeiten eines Beitritts zu prüfen.

Der Gemeinderat war der Forderung der Motionär:innen zudem bereits vor der Beantwortung der Motion (V2312) nachgekommen und hatte das Schreiben des Naturparks positiv beantwortet. Er hat dem Vorgehensvorschlag des Naturparks zum Aufbau einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zugestimmt und die Abteilung Umwelt und Landschaft (AUL) beauftragt, mit der Geschäftsstelle des Naturparks Gantrisch Kontakt aufzunehmen um die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Naturpark zu konkretisieren.

2. Umsetzung

Ein allfälliger Beitritt der Gemeinde Köniz zum Naturpark Gantrisch ist frühestens 2032 möglich. Mit einer Partnerschaft sollen erste Möglichkeiten der Zusammenarbeit genutzt werden damit sich die beiden Partner kennenlernen können.

2.1 Erarbeitung einer Partnerschaftsvereinbarung

Im 2024 wurden erste Gespräche zwischen der Geschäftsstelle des Naturparks und der AUL über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit geführt. Im Verlauf des ersten Quartals 2025 haben die Geschäftsführerin des Naturparks und der Leiter AUL dann einen ersten Entwurf der Partnerschaftsvereinbarung zwischen dem Förderverein Region Gantrisch (FRG) und der Gemeinde Köniz erarbeitet. Dieser wurde einem Gremium bestehend aus dem Vorsteher der Direktion Umwelt und Betriebe Köniz, dem Gemeindepräsidenten von Schwarzenburg sowie dem Gemeinderat und Ressortleiter Gesellschaft und Kultur der Gemeinde Wattenwil, beide im Vorstand des FRG, im März 2025 vorgestellt und mit diesem bereinigt. Sowohl die Stossrichtung wie auch die Inhalte wurden bestätigt. Am 10. April 2025 wurde die Idee der Partnerschaft den Gemeindepräsidenten der Naturparkgemeinden vorgestellt. Die Rückmeldungen waren grundsätzlich positiv, auch in Bezug auf einen möglichen Beitritt der Gemeinde Köniz als Pfortengemeinde ab 2032.

Ende April 2025 wurde die überarbeitete Partnerschaftsvereinbarung durch das vorangehend erwähnte Gremium ein zweites Mal besprochen. Zusätzlich waren die Gemeindepräsidenten der Anstössergemeinden Oberbalm und Wald an der Besprechung dabei.

Der Entwurf der Vereinbarung wurde anschliessend finalisiert und zuhanden des Vorstandes des FRG und des Könizer Gemeinderats freigegeben.

2.2 Inhalt der Partnerschaftsvereinbarung

Art, Leistung und Dauer der Partnerschaft

Die Gemeinde Köniz ist eingeladen, an den institutionellen Gefässen des FRG teilzunehmen. Dies sind zweimal jährlich stattfindende Gantrisch Cafés und ebenfalls zweimal jährlich stattfindende Treffen der Gemeindepräsidenten der Parkgemeinden.

Die Inhaltliche Zusammenarbeit fokussiert sich am Anfang auf die Themen rund um die Biodiversität und die Landschaft, wichtiges gemeinsames Thema ist dabei die Neophytenbekämpfung in den Grenzgewässern Scherlibach, Schwarzwasser und Sense. Weitere Themen sind in der Vereinbarung aufgelistet und sollen nach Möglichkeit während der Vereinbarungsdauer gemeinsam entwickelt werden.

Die Gemeinde Köniz wird in der Kategorie "Übrige Mitglieder; c) öffentlich-rechtliche Körperschaften und Organisationen" als Mitglied im FRG aufgenommen. Der Mitgliederbeitrag beträgt CHF 5'000.- Jahr. Die Gemeinde kann an der Mitgliederversammlung teilnehmen und hat zwei Stimmrechte.

Die Gemeinde erhält Zugang zu den Mitgliederleistungen des Naturparks und auch zum Netzwerk der Parkgemeinden.

Die Vereinbarung beginnt am 1.1.2026 und dauert bis am 31.12.2028.

Beitritt zum Naturpark Gantrisch

Im Verlauf der Partnerschaft erarbeiten die beiden Parteien die Grundlagen für einen allfälligen Beitritt der Gemeinde Köniz als Pfortengemeinde zum Naturpark Gantrisch. In dieser Zeit ist auch der Perimeter auf dem Könizer Gemeindegebiet festzulegen, der dem Naturpark angeschlossen werden soll. Der Prozess bis zum allfälligen Beitritt:

2025	- Beitritt der Gemeinde Köniz als Mitglied zum Förderverein Region Gantrisch, Entscheid durch Vorstand FRG und Gemeinderat Köniz - Lancierung der Partnerschaft, öffentliche Kommunikation
2026	- Start Partnerschaft auf der Grundlage der Vereinbarung - Festlegung eines provisorischen Perimeters für die Zusammenarbeit mit interessierten Partnern aus der Gemeinde Köniz
2027	- Erste Evaluation der Partnerschaft, Vorentscheid für die Fortführung ab 2029 - Festlegung Perimeter Parkerweiterung, Eingabe Richtplancontrolling
2028	- Entscheid Fortführung Partnerschaft
2029	- Verlängerung/Weiterführung der Partnerschaft - Erarbeitung Managementplan 2032-2041 Naturpark Gantrisch
2030	- Gemeindeabstimmungen für 3. Betriebsphase und Aufnahme Gemeinde Köniz - Entscheid Gemeinde Köniz betreffend Beitritt zum Naturpark Gantrisch
2032	- Start Mitgliedschaft Gemeinde Köniz als Pfortengemeinde - Alternativ: Fortführung der Partnerschaft

3. Weiteres Vorgehen

Mit der Zustimmung des Gemeinderats (17.9.2025) und des Vorstandes des FRG (16.9.2025) zur Partnerschaftsvereinbarung wird diese auf den 1. Januar 2026 in Kraft gesetzt.

Bis dahin sind die folgenden Aktivitäten geplant.

- Vorstellung und Kenntnisnahme der Vereinbarung durch die Mitgliederversammlung des FRG am 5. November 2025
 - o Medieninformation (Gemeinsame Kommunikation)
- Information des Könizer Parlaments im Rahmen der Abschreibung der Richtlinienmotion V2312 "Beitritt zum Naturpark Gantrisch als Pfortengemeinde" an der Parlamentssitzung vom 1. Dezember 2025.

4. Finanzen

Die Mitgliedschaft beim Naturpark im Rahmen der Partnerschaft ist mit einem jährlichen Beitrag von CHF 5'000.- verbunden.

Weiter fallen Personalkosten an, insbesondere bei der Abteilung Umwelt und Landschaft. Wie hoch diese sind, hängt von Art und Umfang der inhaltlichen Zusammenarbeit ab. Sie lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abschätzen. Die Belastung durch die Zusammenarbeit und insbesondere durch die Weiterentwicklung der Partnerschaft dürfte aber insgesamt maximal 5% bzw. 100 Arbeitsstunden/Jahr betragen.

Welche Aufwände und Kosten in den Jahren 2029 bis und mit 2031 bei der allfälligen Weiterführung der Partnerschaft anfallen werden kann noch nicht abschliessend beziffert werden. Sicher wird weiterhin ein Mitgliederbeitrag von CHF 5'000.- anfallen.

Sollte die Mitgliedschaft der Gemeinde Köniz als Pfortengemeinde ab 2032 Tatsache werden, sind höhere Kosten zu erwarten. Hauptkostenpunkt ist der jährliche Mitgliederbeitrag. Wie hoch dieser ausfallen wird lässt sich im Moment nicht verbindlich sagen, weil für Pfortengemeinden keine definierten Werte gelten. Die Vollmitgliedschaft kostet die Parkgemeinden jährlich CHF 5.- / Einwohner:in.

Die Gemeinde Schwarzenburg als grösste Gemeinde im Naturpark (6'934 Einwohner:innen) bezahlt rund CHF 35'000.- / Jahr an den Naturpark. Die bisher einzige Pfortengemeinde Belp (11'870 Einwohner:innen) bezahlt CHF 13'000.- /Jahr. Der Beitrag der Gemeinde Köniz wird mit grosser Wahrscheinlichkeit höher ausfallen als der von Belp aber tiefer als der von Schwarzenburg. Wesentlich für die Bestimmung der Höhe des Beitrags wird sein, welcher Perimeter der Gemeinde Köniz dem Park angeschlossen wird.

5. Abschreibung

Gemäss dem Geschäftsreglement des Parlaments werden Motionen mit Richtliniencharakter nach der traktandierten Behandlung der gemeinderätlichen Berichterstattung im Parlament stillschweigend abgeschrieben.

Köniz, 29.10.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) [Parlamentsantrag Beantwortung](#)
- 2) Partnerschaftvereinbarung

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Bei diesem Geschäft handelt es sich um eine Abschreibung der Direktion Umwelt und Betriebe. Das Wort hat die Erstunterzeichnerin Katja Streiff.

Erstunterzeichnerin, Katja Streiff, EVP: Mit der Abschreibung der Richtlinienmotion V2312 "Beitritt zum Naturpark Gantrisch als Pfortengemeinde" bin ich einverstanden. Die notwendigen Abklärungen wurden vorgenommen, die Partnerschaftvereinbarung liegt vor und der Prozess für einen möglichen Beitritt ab 2032 ist aufgegleist. Fachlich steht alles an seinem Platz.

Doch gerade darum ist es mir wichtig, die politische Geschichte dieses Geschäfts korrekt einzuordnen. Die offizielle Berichterstattung legt nämlich nahe, dass der Gemeinderat diesen Prozess aktiv initiiert habe. Die Fakten zeichnen aber ein anderes Bild: Bereits am 7. November 2022 erhielten Reto Zbinden und ich die ersten Antworten auf unsere Interpellation "Beitritt zum Naturpark Gantrisch". Darin hat der Gemeinderat zwar ein mögliches Vorgehen skizziert, hat aber selber keinerlei Initiative ergriffen. Im Gegenteil. Auf unsere Nachfrage, was er konkret unternehmen will, hiess es, man brauche zunächst ein Zeichen aus dem Parlament – konkret eine Motion. Dieses Zeichen kam. Und zwar aus dem Parlament. Darum haben nämlich Reto Zbinden und ich am 19. Juni 2023 mit viel Unterstützung aus dem Parlament, diese Motion eingereicht. Nicht der Gemeinderat hat diesen Stein ins Rollen gebracht, sondern das Parlament.

Es ist richtig, dass der Gemeinderat das Schreiben des Naturparks positiv beantwortet hat und dass seither Gespräche geführt und eine Partnerschaftvereinbarung ausgearbeitet wurde. Auch der jetzt vorliegende Vertrag, die geplante Partnerschaft ab 2026, die Festlegung eines Perimeters bis 2028, der mögliche Beitritt ab 2032 sind ein sinnvoller und gut strukturierter Prozess. All das begrüsse ich ausdrücklich. Diese Fortschritte sind aber direkte Folgen der parlamentarischen Vorarbeit. Ohne diese Motion gäbe es weder eine Partnerschaftvereinbarung noch die jetzt festgelegte Roadmap. Dass der Gemeinderat in den Medien jetzt den Eindruck erweckt, er habe diese Entwicklung massgeblich vorangetrieben, wird der tatsächlichen politischen Chronologie nicht gerecht und ist schlichtweg auch nicht richtig.

Ich bin also mit der Abschreibung einverstanden, aber nicht mit der Art und Weise, wie sich der Gemeinderat kommunikativ in den Vordergrund gestellt hat.

Zum Schluss möchte ich dem Parlament danken. Ich möchte dem Parlament für den Weitblick, für die klare Unterstützung und für den politischen Willen danken, welcher diesen Prozess erst möglich gemacht hat.

Und zuletzt gratuliere ich Toni Eder noch zu seinem neuen Job: Nämlich zu seinem Job als Skiliftmitarbeiter beim Skilift Selital, geht ihn doch dort einmal besuchen.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Christine Müller, Grüne: Wo Naturpark Gantrisch drin ist, sollte auch Naturpark Gantrisch draufstehen. Und das betrifft wichtige Teile der Gemeinde Köniz, die an den Perimeter des Naturparks grenzen. Dass wir in unserer Gemeinde über Land verfügen, welches die Bedingungen für einen Naturpark von regionaler Bedeutung erfüllt, macht mich ehrlich gesagt stolz. Auch der Gemeinderat ist sich diesem Potential bewusst und hat aus unserer Sicht vortrefflich gehandelt bei diesem Geschäft. Obwohl es sich nur um eine Abschreibung handelt, nehme ich mir gerne zwei, drei Minuten Zeit, um vor allem den beiden Initianten Katja Streiff und Reto Zbinden für das Aufgleisen und die politische Motion zu danken und natürlich auch dem Gemeinderat, denn wir finden trotz allem, trotz deinem Votum Katja, dass der Gemeinderat diese Motion weitsichtig umgesetzt hat.

Es ist nämlich so, dass der Beitritt ja erst auf das Jahr 2032 erfolgen kann, was für mich noch in weiter Ferne ist, aber diese Zeit bis dahin wird jetzt ziemlich gut und pragmatisch genutzt, nämlich mit einer Partnerschaftsvereinbarung mit dem Förderverein des Naturparks. Und diese geht weit über den Beitritt zum Naturpark hinaus, aus unserer Sicht werden hier ganz wichtige Themen vorangetrieben, zum Beispiel die Neophytenbekämpfung, die Förderung der Biodiversität im Siedlungsraum und in der Landwirtschaft und vor allem auch das Umweltbildungsprogramm an den Könizer Schulen. Also nochmals ein grosses Dankeschön unserer Fraktion an die beiden Initiierenden und auch an den Gemeinderat und wir sind auf die Früchte der Partnerschaft mit dem Förderverein Region Gantrisch gespannt.

Fraktionssprecher SVP, Reto Zbinden: Auch wir danken dem Gemeinderat für die vorliegende Motivationsantwort und insbesondere für diese Partnerschaftsvereinbarung mit dem Naturpark Gantrisch, welcher er uns vorgelegt hat. Das Vorgehen ist sinnvoll und eröffnet eine grosse Chance für Köniz und für den Naturpark.

Gerade der ländliche Teil unserer Gemeinde passt hervorragend in den bestehenden Parkperimeter und der Naturpark gewinnt mit Köniz eine starke Partnerin mit einer guten Erreichbarkeit, mit einer vielfältigen Bevölkerung und einem breiten wirtschaftlichen Umfeld. Wichtig ist mir zu sagen, dass diese Partnerschaft nicht nur Natur- und Landschaftspolitik sein soll, sondern vor allem auch Wirtschaftspolitik. Hier liegt ein grosses, bisher wenig genutztes Potential. Insbesondere im Tourismus, der Gastronomie und in der Direktvermarktung. Ich habe einige Beispiele dazu: Stärkung eines nachhaltigen touristischen Angebots, attraktive Wander- und Velorouten, diverse Wintersportangebote – diese werden bereits gefördert, habe ich zuvor gehört, vielen Dank Toni – neue moderne Angebote für Bewegung in diesem schönen Gebiet. Und ganz besonders wichtig: Die Vernetzung von lokalen Gastrobetrieben und Produzenten. Das Naturparklabel stärken, damit es eben der Landwirtschaft, der Gastronomie und dem Handel hilft, Produkte besser vermarkten zu können, aber natürlich auch Natur und Erlebnis-Angebote für Familien und vor allem auch für Schulen, welche sensibilisieren sollen und in Kombination mit der lokalen Wertschöpfung einen Mehrwert bringen soll.

Andere Naturparks machen das vor, ich habe auch hier einige Beispiele: Der Parc Ela im Graubünden, dieser vermarktet über 50 Produkte, Fleisch, Käse, Getreide, aber auch Kräuter und Kosmetik unter dem Park-Label – läuft sehr erfolgreich. Oder UNESCO-Biosphärenreservat Engiadina Val Müstair, diese konnten, seit sie ihren Park zertifiziert haben, ihre Tourismuseinnahmen massiv steigern. Wir können von den Bündnern also gut etwas lernen. Es gibt aber auch in anderen Regionen gute Beispiele, wie der Parc du Doubs im Jura, welcher vor allem auf Pferde setzt oder der Naturpark Pfyn-Finges im Wallis, welcher mit Wein grossen Erfolg hat.

Aber zurück in unsere Region: Das Vorgehen und der Zeitplan sind super. Es ist wichtig, dass das grosse Köniz nicht die vielen kleinen Parkgemeinden übersteuern kann. Mit der Partnerschaft und wenn es passt, mit der Mitarbeit als Pfortengemeinde, ist dies gewährleistet – sehr gut aufgegleist.

Leider kann ich den Gemeinderat aber nicht nur rühmen: Das hat er zwar gut gemacht, aber diese Kritik der Erstunterzeichnerin muss ich jetzt doch nochmals betonen. Der Gemeinderat erweckt heute den Eindruck, dass dieser Prozess ohnehin in Gang gekommen wäre und die Motion unnötig sei. Das steht eigentlich nahezu so im Text. Das entspricht wirklich nicht den damaligen Fakten. Bei der Interpellation haben wir eine ganz klare Aussage des Gemeinderates über das weitere Vorgehen vermisst. Es hiess da etwas von "prüfen" und etwas "positionieren", "vielleicht", "eventuell", und aufgrund der Gespräche kamen wir nicht zum Schluss, dass dort etwas geht. Da war Stillstand. Eben "vielleicht", "möglicherweise", "eventuell", "später einmal", "2050 plus", so kam das in etwa rüber. Dass wir jetzt heute eine umfassende Partnerschaftsvereinbarung mit einem Etappenplan, definierte Zuständigkeiten, Perimeterabklärungen und alles vorliegend haben, ist auch das Resultat eines parlamentarischen Auftrags. Und dass dies in der Kommunikation nicht einmal erwähnt wurde, empfinden wir beinahe als Affront gegenüber dem Parlament. Denn die Motion war effektiv der Impuls, das habe ich auch von anderen Leuten gehört, welcher viel ausgelöst und verbindlich gemacht hat. Darum war diese Kommunikation

wirklich nicht korrekt. Und wenn sich der Gemeinderat dies jetzt einfach alles alleine auf die Fahne schreibt, dann ist dies gegenüber dem Parlament nicht fair.

Gut, genug Schelte, wir loben wieder: Es kommt gut, mit der vorliegenden Vereinbarung hat die Motion ihren Zweck erfüllt. Das Vorgehen überzeugt, die Abschreibung ist richtig. Und ich möchte noch darauf hinweisen, dass man Motionen nicht unbedingt immer als Fraktion eingeben muss, sondern auch mal einfach miteinander sprechen, eine Motion machen und etwas Gutes bewegen.

Und merci nochmals Toni, dass du den Gantrisch so aktiv unterstützt. Ich war nämlich vergangenen Samstag beim Ottenleue, das nächste Mal komme ich dann ins Selital.

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne: Vielen Dank für diese vielen lobenden Worte. Reto, ich bin mir das von dir gar nicht gewohnt. Und zur Kritik nehme ich gerne auch gleich noch Stellung: Ich habe hier die Medienmitteilung der Gemeinde Köniz vor mir liegend, an dieser habe ich mitgeschrieben. Dort findet ihr den Satz: "Den Anstoss für diese Partnerschaft gab das Könizer Parlament mit einer partei-übergreifenden Motion im Jahr 2023." Von daher möchte ich dies doch etwas zurückweisen, dass dies mit keinem Wort in unserer Kommunikation erwähnt sei. Es ist also von mir aus gesehen relativ klar enthalten.

Es wurde gesagt, wir haben diese Partnerschaftsvereinbarung über mehrere Runden erarbeitet, zuerst auf Verwaltungsstufe, dann mit den Vorstandsmitgliedern des Fördervereins Naturpark Gantrisch und diese wurde dann vom Gemeinderat und vom Förderverein Region Gantrisch so genehmigt. Wir haben dann den symbolischen Start bei der Schwarzwasserbrücke gemacht, das ist diese Brücke, welche den bisherigen Naturpark Gantrisch dann mit den hoffentlich neuen Gebieten des Naturparks verbindet. Wir haben dort ein Foto mit der Präsidentin des Fördervereins, mit der Geschäftsführerin, mit Daniel Gilgen, welcher dies wesentlich vorangetrieben hat und mit Tanja Bauer und mir gemacht. Ihr habt dieses Foto vermutlich gesehen.

Und an der Mitgliederversammlung anfangs November wurde dann diese Zusammenarbeit vorgestellt und sehr begrüsst. Ich war dort, es wird von allen Parkgemeinden wirklich sehr begrüsst, wenn Köniz hier mitmacht. Und ich habe dort gesagt, die obere Gemeinde in Köniz, diese hat die genau gleichen landschaftlichen Schönheiten, weist Juwelen auf und hat auch eine sehr ähnliche Wirtschaftsstruktur, wie diese Parkgemeinden. Und, wenn jetzt Niederscherli oder Gasel Mengestorf oder Mittelhäusern eigene Gemeinden wären, was sie ja von der Grösse her eigentlich sein könnten, dann wären sie vermutlich von Beginn an Teil dieses Naturparks gewesen.

Und jetzt mit dieser Idee einer Pfortengemeinde – Belp ist ja auch eine Pfortengemeinde, da ist ja auch ein Teil der Gemeinde im Naturpark-Perimeter – können wir diesen Parkperimeter in die ländlichen Teile von Köniz ausweiten. Wo genau diese Parkgrenze durchgehen wird, das wird man im nächsten oder übernächsten Jahr verhandeln, ausdiskutieren und definieren müssen. Das wird dann nicht zuletzt Kathrin Gilgens Aufgabe sein, hier mitzureden, wo dieser Parkperimeter durchgehen soll.

Und ich denke, was sehr wichtig ist, ist, dass wir mit dieser Partnerschaft die Scharnierfunktion, welche Köniz ja zwischen Stadt und Land hat, stärken und die Zusammenarbeit mit den Parkgemeinden in ganz verschiedenen Themen ausbauen. Ihr habt dies in der Partnerschaftsvereinbarung erwähnt. Wahrscheinlich zuerst einmal mit Biodiversität und Landschaft, Neophyten ist hier ein Stichwort, das kommt dann auch noch auf der Traktandenliste, regionale Wirtschaft, das hat Reto Zbinden gesagt. Allerdings muss man dort dann noch schauen, denn dieses Label funktioniert vermutlich erst, wenn wir wirklich beigetreten sind, aber vielleicht lässt sich hier ja bereits zuvor mit Partnerbetrieben eine Zusammenarbeit machen. Und auch bei Tourismus und Mobilität, da gibt es bereits Aktivitäten, zum Beispiel sind wir daran, einen Mountainbike-Korridor in Richtung Naturpark einzurichten. In der Bildung gibt es viele Möglichkeiten und allgemein in der Nachhaltigkeit. Und was ich sagen möchte: Wir haben bereits eine starke Zusammenarbeit mit Gemeinden im Parkperimeter, zum Beispiel beim Sozialdienst, beim Trinkwasser, da machen wir zum Beispiel das Wasser von Oberbalm, bei IT-Dienstleistungen, da beliefern wir verschiedene Gemeinden im Parkperimeter, mit der Eisbahn Schwarzwasser, mit den Schulen, mit Steuerinkasso und so weiter. Es gibt diese Zusammenarbeit, aber mit dieser Partnerschaftsvereinbarung kann man diese stärken.

Nochmals vielen Dank für das viele Lob und die Kritik konnte ich, so hoffe ich, etwas entschärfen.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Damit ist die Debatte geschlossen. Da es sich bei dieser Motion um eine Richtlinie handelt, wird diese stillschweigend abgeschrieben.

Beschluss

Die Motion wird stillschweigend abgeschrieben.

PAR 2025/102

V2533 Dringliche Motion (Arlette Münger, Christine Müller, Laura Hoffman, Ronald Sonderegger [Mitglieder der Einbürgerungskommission]) "Erweiterung der Könizer Einbürgerungskommission von 9 auf 11 Mitglieder"

Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt, die nötigen rechtlichen und organisatorischen Schritte vorzunehmen, um die Einbürgerungskommission von neun auf elf Mitglieder zu erweitern.

Begründung

1. Anhaltend hohe Anzahl Einbürgerungsgesuche

In der Gemeinde Köniz ist die Zahl der im Jahr 2023 total neu eingegangenen Gesuche auf 113. Im Jahr 2024 waren es 138. Im Jahr 2023 waren es insgesamt abschliessend behandelte Gesuche 85 und im Jahr 2024 116. Die Gemeinde Köniz ist entsprechend stark gefordert. Die Zahl der Gesuche liegt seit Jahren auf hohem Niveau mit steigender Tendenz und belastet die Kommission dauerhaft.

2. Besondere Rolle der Miliz-Kommission

In Köniz werden die Einbürgerungsgespräche nicht von Angestellten der Verwaltung, sondern von Miliz-Kommissionsmitgliedern geführt. Dabei ist vorgesehen, dass die Gespräche jeweils von zwei Mitgliedern aus unterschiedlichen Parteien geführt werden. Diese Regelung garantiert eine faire, parteipolitisch ausgewogene Beurteilung. In der Praxis kann dieser Grundsatz jedoch häufig nicht eingehalten werden, da die Kommission mit neun Mitgliedern zu knapp besetzt ist. Die Gesuche werden daher regelmässig nur von einem Mitglied behandelt, entgegen der vorgesehenen Praxis.

3. Entlastung und Qualitätssicherung durch Erweiterung

Eine Erhöhung auf elf Mitglieder ermöglicht:

- eine bessere Verteilung der hohen Geschäftslast
- die verlässliche Einhaltung des Prinzips "zwei Mitglieder, zwei Parteien"
- eine Entlastung der bisherigen Kommissionsmitglieder
- eine höhere Qualität bei der Durchführung der Gespräche und Entscheidungsfindung

4. Marginale Kostenfolge – grosser Nutzen

Die zusätzlichen Entschädigungen für zwei weitere Miliz-Kommissionsmitglieder sind im Verhältnis zum Gesamthaushalt der Gemeinde marginal. Dem gegenüber stehen erhebliche Vorteile: mehr Rechtssicherheit, verbesserte Transparenz, höhere Arbeitsqualität sowie eine schnellere und gerechtere Behandlung aller Gesuchstellenden.

Schlussfolgerung

Die Erweiterung der Einbürgerungskommission auf elf Mitglieder ist eine notwendige und verhältnismässige Massnahme. Sie stärkt die Funktionsfähigkeit der Kommission, verbessert die Einhaltung

demokratischer Prinzipien und sorgt für eine qualitativ hochwertige Bearbeitung der Einbürgerungssuche.

Begründung Dringlichkeit:

Gemäss Art. 65 Abs. 3 der Verordnung regelt der Gemeinderat die Mitgliederzahl, besondere Wählbarkeitsvoraussetzungen, Aufgaben, Zuständigkeiten und Organisation der Kommissionen, soweit nicht übergeordnete Vorschriften bestehen. Die Verordnung über das Einbürgerungsverfahren (Art. 3 Abs. 2 und 3) hält fest, dass die acht weiteren Mitglieder der Einbürgerungskommission durch den Gemeinderat gewählt werden.

Weiter bestimmt Art. 3 Abs. 4 derselben Verordnung, dass die Amtsdauer der Kommission mit der Legislaturperiode übereinstimmt.

Daraus ergibt sich eine besondere zeitliche Dringlichkeit:

- Mit Beginn der neuen Legislaturperiode wird die Einbürgerungskommission ohnehin (teilweise) neu besetzt.
- Eine Anpassung der Mitgliederzahl oder des Verteilungsschlüssels kann somit direkt in diesen Neuwahlprozess integriert werden.
- Für den Gemeinderat bedarf es lediglich eine punktuelle Anpassung des entsprechenden Artikels in der Verordnung, wodurch Doppelspurigkeiten und zusätzlicher administrativer Aufwand vermieden werden.

Eine spätere Behandlung würde hingegen dazu führen, dass die Kommission zunächst nach geltendem Recht bestellt und kurz darauf erneut angepasst werden müsste. Dies wäre ineffizient und organisatorisch unnötig belastend.

Aus diesen Gründen ist eine dringliche Behandlung dieser Motion angezeigt, damit die Änderungen rechtzeitig auf den Beginn der neuen Legislaturperiode in Kraft treten können.

09.09.2025 / Arlette Münger, Christine Müller, Laura Hoffman, Ronald Sonderegger

Eingereicht

15.09.2025

Unterschrieben von 28 Parlamentsmitgliedern

Arlette Münger, Christine Müller, Laura Hoffman, Matthias Müller, Janka Hamm, Sandra Röthlisberger, Roger Tanner, Fabienne Marti Locher, Klaus von Muralt, Roland Akeret, Toni Eder, Andreas Hauser, Dominic Amacher, Mark Kobel-Itten, Andrea Winzenried, Kathrin Gilgen, Roland Hofer, Monika Röthlisberger, Lukas Erni, Sara Gasser, David Müller, Isabelle Steiner, Urs Mumenthaler, Jutta Gubler Klämenke, Bülent Celik, Reto Zbinden, Brigitte Rohrbach, Casimir von Arx

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt, die nötigen rechtlichen und organisatorischen Schritte vorzunehmen, um die Einbürgerungskommission von neun auf elf Mitglieder zu erweitern. Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor.

2. Ausgangslage

Der Gemeinderat teilt die Auffassung, dass mit der Arbeit der Milizkommission eine wichtige Aufgabe der Gemeinde effizient und politisch breit abgestützt erfüllt wird.

Seit dem Jahr 2023 haben die Einbürgerungsgesuche stark zugenommen.

Eingereichte Gesuche:

Jahr	Anzahl Gesuche
2019	77
2020	70
2021	84
2022	82
2023	113
2024	138
2025 (Ende Sept.)	110

Entsprechend hat sich der Arbeitsaufwand sowohl bei den Mitgliedern der Einbürgerungskommission als auch bei den Mitarbeitenden der Verwaltung erhöht. Der zusätzliche Arbeitsaufwand in der Verwaltung beträgt rund 40 Stellenprozente.

Der Gemeinderat kann deshalb das Motionsanliegen nachvollziehen und ist bereit, bei einer Erheblicherklärung des Vorstosses das Anliegen rasch umzusetzen.

3. Weiteres Vorgehen

Bei der Einbürgerungskommission handelt es sich um eine ständige Kommission ohne Entscheidbefugnis im Sinn von Artikel 65 Absatz 2 Buchstabe b GO. Die Mitglieder werden – mit Ausnahme der Vorsteherin/des Vorsteherin DSL, der von Amtes wegen Mitglied ist - vom Gemeinderat unter Beachtung von Artikel 59 Absatz 3 und 4 GO gewählt.

Das vorliegende Geschäft wird im Dezember 2025 (voraussichtlich an der 2. Parlamentssitzung am 8. Dezember) im Parlament behandelt werden. Bei einer Erheblicherklärung der Motion durch das Parlament kann der Gemeinderat die rechtlichen und organisatorischen Schritte einleiten, d.h. konkret

- Anpassung der Verordnung über das Einbürgerungsverfahren;
- Publikation der Erlassänderung und Ablauf der Beschwerdefrist;
- Einladung an die Parteien, geeignete Kandidat:innen vorzuschlagen (gemäss dem Verhältnis-schlüssel der letzten Wahlen des Gemeinderates haben bei einer Ausweitung der Mitgliederzahl von 9 auf 11 die Grünen und die FDP Anspruch auf einen zusätzlichen Sitz);
- Wahl der neuen Mitglieder durch den Gemeinderat).

Der Zeitplan zeigt auf, dass die Umsetzung auf den 1. Januar 2026 nicht realistisch ist. Der Gemeinderat wird die Anpassung aber rasch vornehmen so dass die zwei zusätzlichen Mitglieder im ersten Halbjahr 2026 gewählt und eingesetzt werden können.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird erheblich erklärt.

Köniz, 29. Oktober 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

Formelle Prüfung der Motion vom 18.9.2025

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Bei diesem Geschäft handelt es sich um eine Beantwortung der Direktion Sicherheit und Liegenschaften. Die Erstunterzeichnerin Arlette Münger hat das Wort.

Erstunterzeichnerin, Arlette Münger, SP Frauen: Zu Beginn ist mir und auch meinen mitunterzeichnenden Kolleginnen und Kollegen aus der Einbürgerungskommission, ein Punkt besonders wichtig: Bei diesem Vorstoss geht es nicht um die Debatte, ob die Einbürgerungskommission künftig beibehalten oder verändert werden soll. Dazu gibt es unterschiedliche politische Auffassungen und diese Diskussion können wir irgendwann führen, aber nicht heute Abend, denn heute geht es nicht um die Grundsatzdiskussion dieser Kommission.

Heute sprechen wir über einen konkreten Notstand, der durch die stark gestiegene Zahl an Einbürgerungsgesuchen entstanden ist. Die Kommission arbeitet seit längerer Zeit an ihrer Belastungsgrenze und wir brauchen jetzt eine zeitnahe und funktionierende Lösung. Denn: Belastungsgrenze bedeutet, anstatt in den vorgesehenen Tandems, werden diese Gespräche im Moment in Einzelgesprächen geführt. Sprich, ein Kommissionsmitglied und jemand vom Sekretariat des Polizeiinspektorats, welcher das Protokoll schreibt. Aber darauf komme ich später noch zu sprechen.

In diesem Zusammenhang möchten wir dem zuständigen Gemeinderat ganz herzlich danken. Er hat die Situation rasch erkannt und sofort Schritte eingeleitet, um eine Entlastung möglichst schnell umzusetzen. Diese konstruktive Zusammenarbeit ist für uns Mitglieder der Einbürgerungskommission ein wichtiges und sehr geschätztes Zeichen. Und es ist auch ein Zeichen der Wertschätzung für unseren Einsatz.

Für unsere praktische Arbeit ist es zentral, dass die Gespräche weiterhin in den seit Jahren bewährten Tandems geführt werden können, bestehend aus zwei Personen aus zwei unterschiedlichen Parteien und grundsätzlich auch als Frau-Mann-Duo. Diese Zusammensetzung verfolgt keinen politischen Zweck, sondern gewährleistet die breite Abstützung, Nachvollziehbarkeit und Verlässlichkeit im Verfahren.

Die Rückmeldungen der Gestuchstellenden zeigen klar: Diese Gesprächsform wird als transparent, respektvoll und angenehm erlebt.

Nach sieben Jahren Kommissionserfahrung, kann ich auch aus der Praxis berichten: Gerade für sehr ängstliche oder unsichere Personen ermöglicht dieses Tandemsystem eine wertvolle Flexibilität. Es erlaubt beispielsweise einen Wechsel der gesprächsführenden Person innerhalb des Tandems während eines Gesprächs, wenn dies die Gesprächssituation verbessert. Ich habe mehrfach erlebt, dass es beispielsweise einer jungen Frau einfacher fiel, mit mir das Gespräch zu führen, oder dass ein älterer Herr sich wohler fühlte, wenn mein Tandempartner, also ein Mann, die Führung übernahm.

Diese Flexibilität verfolgt stets das gleiche Ziel: Für jede gestuchstellende Person die angenehmste und fairste Gesprächssituation zu schaffen. Denn und das möchte ich an dieser Stelle besonders betonen, wir kennen die Menschen zwar aus ihren Dossiers, können darin ihre ausgebildete Berufe, Arbeitsorte, Ausbildungswege lesen. Aber wirklich kennenlernen können wir sie erst im persönlichen Gespräch. Und darum geht es in diesen Gesprächen auch. Es ist ein Kennenlernen, das zwar nach einem kantonal vorgegebenen Fragebogen geht, dieser dient aber in erster Linie als Leitfaden, damit das Gespräch für alle Personen inhaltlich etwa gleich ist. Erst durch dieses Kennenlernen können wir der Gesamtkommission ein fundiertes Bild vermitteln, welches dann zur Empfehlung an den Gemeinderat führt. Weil, in Köniz entscheidet der Gemeinderat über die Einbürgerungen, nicht die Kommission. Wir geben lediglich eine Empfehlung ab, basierend auf diesem persönlichen Kennenlernen.

Dann noch ein weiterer zentraler Punkt: Die Kommission arbeitet in einem klar geregelten kantonalen Rahmen. Viele Abläufe und Anforderungen sind verbindlich vorgegeben und nicht frei gestaltbar. Die Gemeinde Köniz erfüllt diese Vorgaben heute bereits in sehr zeitgemässer Form und wir erhalten dafür oft positive Rückmeldungen von den Gestuchstellenden. Genau diesen Standard möchten wir beibehalten. Innerhalb dieses gesetzlichen Rahmens wollen wir weiterhin professionell und effizient arbeiten können. Und dafür braucht es genug Mitglieder.

Aus diesem Grund braucht es jetzt eine punktuelle und pragmatische Anpassung der Mitgliederzahl. Sie ermöglicht eine faire Verteilung der Arbeit, verlässliche Tandembesetzungen und die korrekte Durchführung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens.

Wir Einreicherinnen und Einreicher dieser dringlichen Motion bitten euch daher, dem Gemeinderat zu folgen und diese Motion erheblich zu erklären. Auch als Zeichen der Wertschätzung und Entlastung für die Mitglieder der Einbürgerungskommission, die diese Aufgabe im Milizsystem, aber mit sehr viel Herz, Engagement und Verantwortung wahrnehmen.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Mayra Faccio, JUSO: Merci dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Beantwortung dieser dringlichen Motion. Auch in der JUSO/SP-Fraktion haben wir diskutiert und wir werden die Motion einstimmig erheblich erklären.

Für uns ist aber auch klar, dass die Lösung nur eine Übergangslösung sein kann. Im Moment reichen die Ressourcen der Einbürgerungskommission hinten und vorne nicht mehr. Die einzelnen Mitglieder haben eine viel zu hohe Arbeitsbelastung, das führt zu Verzögerungen im Einbürgerungsverfahren. Auch dass die Mitglieder der Kommission heute zum Teil Einzelgespräche führen müssen, ist nicht in Ordnung. Nicht für die Kommissionsmitglieder und auch nicht für diejenigen, welche die Einbürgerung beantragt haben. Die Leidtragenden sind im Moment also die überlasteten Mitglieder der Kommission und vor allem auch die Menschen, welche im Einbürgerungsprozess sind.

Darum ist die Erhöhung der Anzahl der Kommissionsmitglieder sicher ein wichtiger erster Schritt. Für uns ist aber auch klar, dass die Erhöhung nur eine Übergangslösung sein kann. Wir haben uns die Frage gestellt, ob eine solche Einbürgerungskommission noch eine zeitgemässe Lösung ist und haben das Gefühl, dass die Einbürgerungskommission und der Prozess in der nächsten Legislatur als Ganzes überdenkt werden sollte. Für jetzt ist das Postulat aber sicher der richtige Schritt.

Fraktionssprecher FDP, Ronald Sonderegger: Ich bin selber in dieser Kommission tätig und kann dies alles bestätigen, was wir hier gehört haben. Wir erklären dies ganz sicher auch erheblich. Und es ist effektiv so, dass diese Einzelgespräche nicht dem entsprechen, was man vorgegeben hat oder was wir erfüllen sollten. Und die Menge ist wirklich drastisch. Ich erinnere mich, als dies vor einigen Jahren begonnen hat, das ist heute sicherlich das Doppelte an Arbeit, was es heute zu tun gibt und ich kann mich beinahe schon nicht mehr daran erinnern, wann ich ein Gespräch zu zweit geführt habe. Meistens ist es sogar noch so, dass man noch ein zweites Mal aufgebeten wird, weil man nicht durchkommt, weil man alleine ist. Und dementsprechend bitte ich euch alle, dies zu unterstützen und erheblich zu erklären.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Christine Müller, Grüne: Die Zahl der Einbürgerungsgesuche hat sich in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt und etwas ungünstigerweise hat sich in der gleichen Zeit die Zahl der Mitglieder der Einbürgerungskommission eben nicht verdoppelt.

Auch ich habe diese Motion miteingereicht und bin in diesem Sinn nicht befangen, aber zumindest betroffen. Und ich möchte euch auch gerne aus meiner Situation schildern, wie sich dies in der Realität zuspiegelt. Mein Tandem-Gspänli ist Roni Sonderegger, ich weiss nicht, ob wir im vergangenen Jahr überhaupt jemals zusammen Gespräche geführt haben, ich kann mich nicht erinnern, genauso wie du nicht. Ich gehe zwar immer gern mit dir in der Pause Kaffee trinken, aber meistens führen wir diese Gespräche eben alleine durch bzw. mit einer der beiden Susannes - das sage ich so, weil beide Mitarbeiterinnen im Sekretariat des Polizeiinspektorats Susanne heissen. Das ist nicht weiter schlimm, das mache ich auch gerne mit ihnen, das Problem ist einfach, wenn die Gespräche gut verlaufen, dann ist das überhaupt kein Problem, aber ihr wisst es selber, wenn man irgendwelche Zweifel über die Integration dieser Gesuchstellenden hat - und um das geht es ja genau, herauszufinden, ob diese Leute in unserer Gesellschaft integriert sind - dann ist es einfach gut, wenn man das zu zweit mit jemandem besprechen und gemeinsam eine Entscheidung treffen kann und vor allem dann auch auf eine nachvollziehbare, faire und objektive Art und Weise begründen zu können, warum jetzt diese Person vor die Gesamtkommission eingeladen werden sollte. Das ist nämlich das, was wir entscheiden können, dass jemand nochmals zuerst vor die Gesamtkommission kommt. Und damit wir diese ausgewogene Beurteilung zur Integration auch in Zukunft im Tandem machen können, sind wir von der Einbürgerungskommission geschlossen für diese Erweiterung und danken auch dem Gemeinderat, dass er diese Erweiterung zur Entlastung unserer Kommission unterstützt.

Unsere Motion hat aber auch in unserer Fraktion eine Grundsatzdebatte über den Einbürgerungsprozess ausgelöst. Wir Grüne und junge Grüne sind nämlich der Meinung, dass das Einbürgerungsverfahren generell verschlankt und vor allem auch die Gebühren gesenkt werden sollten. Ausländerinnen und Ausländer sollen eingebürgert werden, wenn sie sich seit fünf Jahren rechtmässig in der Schweiz aufhalten, nicht zu einer längerfristigen Freiheitsstrafe verurteilt worden sind, die innere und äussere

Sicherheit der Schweiz nicht gefährden und Grundkenntnisse in einer Landessprache haben. So will es übrigens die Demokratie-Initiative, die objektive Einbürgerungskriterien fordert für Menschen, deren Lebensmittelpunkt in der Schweiz ist.

Unsere Fraktion ist aber auch der Meinung, dass, solange wir das momentane System haben, dieses auch funktionsfähig sein soll und aus meiner Sicht kann ich euch bestätigen, es funktioniert, das sollte unterstützt werden und erweitert. Unsere Fraktion stimmt dem daher einstimmig zu. Sie sieht dies jedoch auch wie die SP-Fraktion eher als Übergangsmassnahme auf einem Weg zu einem vereinfachten Einbürgerungsprozess und wird auch Möglichkeiten prüfen, wie man den Prozess objektiver und schlanker gestalten kann.

Gemeinderat Thomas Marti, GLP: Es ist bewundernswert, wie lange ihr heute Abend aushaltet, vielen Dank. Vorab möchte ich der Einbürgerungskommission an dieser Stelle hier ganz herzlich für ihre Arbeit danken. Ich erlebe jetzt seit einem Jahr, dass an diesen Kommissionssitzungen sehr gut und zielgerichtet und dem Prozess oder der Aufgabe entsprechend auch mit der nötigen Seriosität gearbeitet wird. Darum sehen wir auch, dass wir diese Einbürgerungskommission stärken müssen, wir wollen diese nicht schwächen. Wir wollen, dass sie ihre Arbeit, ihre Aufgabe, welche sie hat, richtig erfüllen kann. Vom Prozess her und dass sie eine Milizkommission ist, das erachte ich für unsere Gemeinde und unser Gemeinwesen als eminent wichtig. Dass hier Leute aus der Mitte der Gesellschaft etwas dazu beitragen können, wer auch Teil von unserer Gesellschaft werden soll, darin sehe ich die grosse Stärke und darum sind wir auch bereit, dort diesen Prozess entsprechend zu unterstützen und das zu machen. Es ist natürlich auch klar, dass dies nicht nur auf der Kommissionsseite eine höhere Belastung gibt, sondern wir haben natürlich auch in der Verwaltung entsprechende Themen und diese müssen wir parallel anpacken, aber wir gehen jetzt erst einmal Schritt für Schritt und das was gefordert ist, versuchen wir, so schnell wie möglich umzusetzen.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Ich habe in keinem Votum gehört, dass der Antrag des Gemeinderates bestritten wurde, darum verzichte ich auf eine Abstimmung und erkläre diese Motion als erheblich erklärt.

Beschluss über Antrag des Gemeinderats

Die Motion wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: stillschweigende Annahme)

PAR 2025/103

V2516 Motion (Grüne, Junge Grüne, SP, JUSO) "ÖV on demand auch in Köniz"

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

Vorstosstext

Im Bericht der GPK zu den diesjährigen Verwaltungsbesuchen ist zu lesen: «Bei den Verkehrsmassnahmen verfolgt die Gemeinde die 4V-Strategie: vermeiden, verlagern, vertraglich gestalten, vernetzen. Köniz ist mit ÖV sehr gut erschlossen und verfügt über ein stark genutztes Veloverleihsystem und eine spezifische Förderung des Velo- und Fussverkehrs. Nach Ablauf des Pilotprojekts der RKBM zur flexiblen ÖV-Erschliessung in ländlichen Gebieten, wird sich die Gemeinde Köniz auch zu diesem Thema Gedanken machen.»

Mit flexibler ÖV-Erschliessung ist ein so genanntes on demand Angebot gemeint, d.h. es sind nicht wie beim sonstigen ÖV vordefinierte Routen mit vordefinierten Fahrplänen gegeben, sondern es handelt sich um eine Mischung aus Taxi und ÖV. Diese Form der Mobilität ist als Ergänzung zum sonstigen ÖV gedacht und besonders geeignet, um Gebiete mit weniger dichter Besiedlung und weniger guter ÖV-

Erschliessung abzudecken. Der Kanton führt aktuell in mehreren Gebieten Pilotprojekte durch, so z.B. auch im Gantrischgebiet²².

Östlich von Köniz existiert bereits heute ein solches on demand Angebot. Dieses wird aktuell durch den Kanton mitfinanziert. Das dortige «MyBuxi» deckt die Gemeinden Kehrsatz, Belp und Thurnen ab²³. Vor wenigen Wochen haben nun auch die Gemeindeversammlungen von Neuenegg und Ueberstorf einem Pilot mit MyBuxi zugestimmt, geplanter Start ist noch dieses Jahr²⁴.

Ein Angebot, wie es in Belp bereits besteht, könnte insbesondere für die Könizer Ortsteile mit weniger guter ÖV-Erschliessung ein interessantes ergänzendes Angebot sein. Umso mehr, wenn nun schon bald nicht nur im Osten, sondern auch im Westen bzw. Süden der Gemeinde die Fahrzeuge auf Verlangen zu den Leuten fahren. Denn ein durchgehendes Gebiet würde den Nutzenden zusätzlichen Mehrwert bieten.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert

1. geeignete Gebiete für ein on demand ÖV-Angebot auf dem Könizer Gemeindegebiet zu ermitteln;
2. ein solches Angebot im Rahmen eines Pilots zu testen und soweit möglich Synergien mit den angrenzenden Projekten zu nutzen
3. verschiedene Optionen der Finanzierung für einen permanenten Betrieb zu prüfen (z.B. auch private Beteiligung durch Nutzniessende (z.B. Thömus)
4. Beim Kanton darauf hinzuwirken, dass geeignete on demand ÖV-Angebote in den Angebotsbeschluss ÖV aufgenommen werden.

Eingereicht

16.06.2025

Unterschrieben von 19 Parlamentsmitgliedern

David Müller, Klaus von Muralt, Monika Röthlisberger, Laura Hoffman, Mayra Faccio, Isabelle Steiner, Christina Aebischer, Lukas Erni, Géraldine Boesch, Urs Mumenthaler, Jutta Gubler Kläne-Menke, Franziska Adam, Janka Hamm, Arlette Münger, Sandra Röthlisberger, Roger Tanner, Brigitte Rohrbach, Christine Müller, Casimir von Arx

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat aufgefordert,

- geeignete Gebiete für ein on demand ÖV-Angebot auf dem Könizer Gemeindegebiet zu ermitteln;
- ein solches Angebot im Rahmen eines Pilots zu testen und soweit möglich Synergien mit den angrenzenden Projekten zu nutzen
- verschiedene Optionen der Finanzierung für einen permanenten Betrieb zu prüfen (z.B. auch private Beteiligung durch Nutzniessende (z.B. Thömus)
- Beim Kanton darauf hinzuwirken, dass geeignete on demand ÖV-Angebote in den Angebotsbeschluss ÖV aufgenommen werden.

Die von den Motionär:innen verlangten Anliegen (Punkt 1, 3 und 4) betreffen die allgemeinen Zuständigkeiten und Führungsaufgaben des Gemeinderats gemäss Art. 58 Gemeindeordnung (GO). Das Angebot im Rahmen eines Pilots in einem Teil der Gemeinde zu testen, würde voraussichtlich Kosten auslösen, welche in der Kompetenz des Gemeinderats liegen. Gemäss Art. 61 GO beschliesst er einmalige Ausgaben bis CHF 200'000 sowie jährlich wiederkehrende Ausgaben bis CHF 60'000.

²² https://www.bernmittelland.ch/de/newsletter/detailseiten/2024_01/04_AKTUELL_Verkehr_On-Demand-Projekte.php

²³ <https://mybuxi.ch/belp/>

²⁴ <https://mybuxi.ch/neuenegg-ueberstorf/>

Fazit: Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor.

Hinweis: Die vorliegende Motionsprüfung hat – im Falle der Realisierung des Projekts – keine Auswirkungen auf die Bestimmung der Zuständigkeit zur Genehmigung des entsprechenden Kredits. Hierfür sind die Bestimmungen der Gemeindeordnung massgebend.

2. Ausgangslage

On-Demand-Angebote sind an verschiedenen Orten und Stellen ein Thema, teilweise bereits als Angebot, teilweise in Studien oder Pilotprojekten:

So werden aktuell On-Demand-Angebote im Perimeter der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) und des Kantons Bern getestet. Die Pilotphase läuft, es sind noch keine Evaluationen verfügbar. Andere Studien haben sich ebenfalls bereits mit dem Thema beschäftigt, darunter ein aktueller Bericht im Auftrag des BAV²⁵. Bezüglich Wirkung ist dort festgehalten (S. 88 f), dass On-Demand-Angebote:

- heute in der Regel durch die öffentliche Hand unterstützt und nur wenige selbsttragende Angebote betrieben werden,
- insbesondere dem ländlichen Raum einen Mehrwert bringen können,
- im urbanen Raum ergänzend zum klassischen ÖV einen Reisezeitvorteil bedeuten können,
- kein "Gamechanger" (Zitat) seien und die Gefahr des induzierten Verkehrs bergen, wenn die Fahrzeugauslastung zu gering ist.

Als Fazit wird im Bericht (S. 89) genannt, dass *"On-Demand-Angebote (...) im ländlichen, sehr dispers besiedelten Raum eine wichtige Bedeutung haben, um der Bevölkerung ein Mindestangebot an öV bieten zu können"*, und dass *"oft weniger die ökologischen, sondern die gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsziele im Vordergrund"* stehen.

Weiter nennt die Studie (S. 91 f) einen klaren Zusammenhang zwischen höherer Siedlungsdichte und stärkerer ÖV-Nutzung.

Die Gemeinde Belp ergänzt ihr vergleichsweise eher geringes ÖV-Netz mit einem On-Demand-Angebot der mybuxi AG²⁶. Die Einzelfahrt für Erwachsene mit Halbtax im Belper Perimeter kostet zwischen CHF 7 und CHF 12, ein persönliches Jahresabo CHF 999.

In je drei weiteren Gebieten des Kantons bzw. der RKBM wird ein On-Demand-Projekt geprüft: in Kollnfenigen / Grosshöchstetten-Langnau, im Gebiet der oberen Gantrisch-Gemeinden sowie im Raum Fraubrunnen.

Ohne einem späteren Fazit aus den Erfahrungen dieser Projekte vorgreifen zu wollen, lässt sich aus Sicht der Gemeinde Köniz als vorläufiges Zwischenfazit bereits Folgendes erkennen:

- On-Demand-Angebote eignen sich für Gebiete mit geringem ÖV-Angebot und einer vergleichsweise geringen Nachfrage, als Ergänzung zum klassischen ÖV.
- Sie können einen Beitrag zu einer gewünschten Verlagerung auf den öffentlichen Verkehr leisten, sind im Betrieb aber auf Beiträge der öffentlichen Hand angewiesen.
- Angebote wie mybuxi sind abhängig von ehrenamtlichem Engagement, bspw. auf freiwillige Fahrerinnen und Fahrer oder auf lokale Organisationen.
- Ein wichtiges Ziel der On-Demand-Angebote könnte darin bestehen, gesellschaftliche Nachhaltigkeitsziele (Mindestangebote des ÖV auch im ländlichen Raum) zu erreichen.

Das 2024 von der Gemeinde verabschiedete Klimamassnahmenpaket 2024-2035 beinhaltet für das Wirkungsfeld Gemeindegebiet im Ziel 2.2.2 (und teilweise auch im Ziel 2.2.3) bereits die Prüfung "alternativer Angebote" (2.2.2). Als Zeitraum wurde die ganze Periode bis 2035 angegeben, da bereits damals klar war, dass solche Angebote nur im Verbund mit der Region Sinn machen.

²⁵ Arnold, Tobias; von Arx, Widar; Oechslin, Lukas; Weibel, Christian; Stiebe, Michael; Haefeli, Ueli (2024): Massnahmen zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr. Bericht zuhanden des Bundesamts für Verkehr. Luzern.

²⁶ Infos zu mybuxi in Belp: <https://mybuxi.ch/belp/>. Es bestehen für Personen bis 25 Jahre, für Mehrfahrtenkarten und Abonnemente reduzierte Tarife.

3. Forderungen der Motion

3.1 Ermittlung geeigneter Perimeter

Die Motion fordert den Gemeinderat auf, (1.) *"geeignete Gebiete für ein on demand ÖV-Angebot auf dem Könizer Gemeindegebiet zu ermitteln"*.

Der Gemeinderat vertritt die Meinung, dass die Gemeindeverwaltung bei einem allfälligen politischen Auftrag zwar Vorbereitungsarbeiten für On-Demand-Angebote aufnehmen kann, jedoch zuerst den Abschluss der regionalen Pilotprojekte abwarten soll. So kann aus den Erfahrungen gelernt und erfolgsversprechende Angebote können besser geplant und koordiniert werden.

Bei der Suche nach geeigneten Gebieten dürften die potenzielle Nachfrage (Raumnutzende), das heutige ÖV-Angebot, die Verbindungsfunktion bzw. Quell-/Zielbeziehungen und die Einbindung in das übergeordnete ÖV-Netz zu beachten sein. Zu prüfen sein werden demnach Könizer Siedlungsgebiete, die heute über gar keine oder nur über eine zeitlich oder örtlich sehr eingeschränkte ÖV-Erschliessung verfügen. Zu berücksichtigen sein werden auch allfällige Nebeneffekte, wie bspw. unerwünschte Anreize für eine verstärkte Siedlungsentwicklung im ländlichen Raum.

3.2 Pilotversuch und Synergien

Die Motion fordert den Gemeinderat auf, (2.) *"ein solches Angebot im Rahmen eines Pilots zu testen und soweit möglich Synergien mit den angrenzenden Projekten zu nutzen."*

Der Gemeinderat erachtet es aktuell nicht als opportun, bereits jetzt und ohne eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen der RKBM einen eigenen Test zu lancieren. Heute handelt es sich bei On-Demand-Angeboten (noch) um freiwillige Leistungen einer Gemeinde, für die es einen politischen Auftrag durch das finanzkompetente Organ bräuchte. Aufgrund erster Erfahrungen etwa in Belp wäre dies in Köniz das Parlament.

Wie erwähnt hat sich die RKBM darauf verständigt, zuerst Erfahrungen aus den genannten Pilotprojekten zu erhalten. Bei positiven Erfahrungen mit den bestehenden Projekten möchte die Region mittelfristig ab 2030 weitere Angebote einführen und etablieren.

Im Zwischenbericht zu On-Demand-Angeboten des Kantons Bern von 2024 wird ersichtlich, dass der ländliche Perimeter von Köniz für die regionalen Verkehrskonferenzen (RVK) aktuell keine Priorität für On-Demand-Angebote hat (S. 16 f).²⁷

Sollen Synergien mit den *angrenzenden* Projekten genutzt werden, müsste mit dem Anbieter mybuxi AG zusammengearbeitet werden. Denkbar wäre auch ein Angebot von PubliCar der PostAuto AG. Dabei wäre interessant, ob das bestehende Postauto-Netz in die Gestaltung eines neuen Angebotes einbezogen werden könnte. Das Angebot von Postauto soll im oberen Gantrischgebiet getestet werden, der Pilotversuch in Fraubrunnen erfolgt mit einem RBS-On-Demand-Angebot.

Der Gemeinderat ist bereit, nach Vorliegen der Erfahrungen im RKBM-Perimeter die Planungsarbeiten für einen geeigneten Pilotversuch auf dem Gemeindegebiet aufzunehmen. Damit eine Aufnahme ins Regionale Angebotskonzept (RAK) 2031-34 möglich ist, sollen die Planungsarbeiten von Köniz zusammen mit der Region spätestens im Sommer 2028 aufgenommen werden.

3.3 Optionen für die Finanzierung

Die Motion fordert den Gemeinderat auf, (3.) *"verschiedene Optionen der Finanzierung für einen permanenten Betrieb zu prüfen (z.B. auch private Beteiligung durch Nutzniessende (z.B. Thömus)."*

Die RKBM wird in einem nächsten Schritt gemeinsam mit Gemeinden und Stakeholdern über die Ausgestaltung und Kosten der On-Demand-Angebote diskutieren. Zu prüfen sind dabei zusätzlich zum Fahrpreis der Nutzenden auch Beiträge der öffentlichen Hand und von privaten Partnern, Firmen oder Organisationen. Die Gemeinde Köniz wird sich im Rahmen der RKBM-Gefässe aktiv in diese Diskussion einbringen.

²⁷ metron, TRAFIKO (2024): On-Demand Kanton Bern. Zwischenbericht Phase 1. RVK1, RVK2, RK3, RK4, RVK5.

3.4 Aufnahme in den ÖV-Angebotsbeschluss

Die Motion fordert den Gemeinderat auf, (4.) *"beim Kanton darauf hinzuwirken, dass geeignete on demand ÖV-Angebote in den Angebotsbeschluss ÖV aufgenommen werden."*

Wenn die Bilanz der ersten Erfahrungen mit On-Demand-Angeboten positiv ist, könnte das Ziel der Diskussionen in der RKBM die Integration geeigneter On-Demand-Angebote in die Regionalen Angebotskonzepte sein. Sie bilden die Grundlage für den Kantonalen Angebotsbeschluss des Grossen Rates.

Im Rahmen des aktuell erarbeiteten RAK 2027-30 (Beschluss im Frühling 2026 durch den Grossen Rat) werden erstmals vier On-Demand-Angebote zur Mitfinanzierung beantragt. Es sind dies Angebote für Perimeter, die sich sonst kaum wirtschaftlich mit herkömmlichem ÖV erschliessen lassen.

Die Gemeinde Köniz wird sich im Rahmen der RKBM-Gefässe aktiv in diese Diskussion einbringen und allfällige Initiativen für die Aufnahme in das nachfolgende RAK unterstützen.

4. Finanzen

On-Demand-Angebote sind wie erwähnt in den meisten Fällen nicht selbsttragend. Neben den Fahrтарifen der Nutzenden und allfälliger Beiträge Dritter sind Beiträge der öffentlichen Hand nötig. Erfahrungen des Betreibers mybuxi AG aus Herzogenbuchsee zeigen, dass dort rund 40 Prozent der Kosten durch die öffentliche Hand plus private Akteure (Public Privat Finanzierung) getragen wurden.

In Belp hat die Gemeindeversammlung im Juni 2024 den Leistungsvertrag mit mybuxi AG genehmigt und einen jährlichen Beitrag von CHF 140'000 gesprochen (CHF 12 pro Einwohner/in und Jahr).²⁸ Der Versuchsbetrieb wurde vorgängig bereits mit CHF 250'000 unterstützt.

Auf die Gemeinde Köniz mit 44'000 Einwohnende übertragen würde das Belper Finanzierungsmodell (CHF 12/E) einem Äquivalent von rund CHF 525'000 entsprechen, als jährlicher Beitrag der Gemeinde an ein On-Demand-Angebot. Je nach Netzgrösse und Dichte könnte dieser Betrag vermutlich variieren. Im Klimamassnahmenpaket der Gemeinde Köniz sind als einmalige Kosten CHF 100'000 und für einen Pilotversuch über drei Jahre als "Grobschätzung" je CHF 75'000 genannt. Gemäss heutigem Stand wäre ein Beitrag aus der Spezialfinanzierung Klimaschutz denkbar. Die genaue Ausgestaltung der Kosten und Beiträge eines Versuchs oder Angebots richtet sich jedoch nach der konkreten Ausgestaltung und dem Finanzierungsmodell und kann heute noch nicht bestimmt werden.

Der Kanton beteiligt sich gemäss der kantonalen Angebotsverordnung (AGV, Art. 14) an der Finanzierung unkonventioneller Betriebsarten des öffentlichen Verkehrs, wenn diese die Grundversorgung abdecken und zu besseren Betriebsergebnissen als ein konventioneller Linienbetrieb führen. Dabei bestehen grundsätzlich zwei Finanzierungsmöglichkeiten für On-Demand-Angebote: Eine Mitfinanzierung als Bürgerbus oder eine Bestellung als ordentliches Grundangebot bzw. als Versuchsbetrieb. Würde ein On-Demand-Angebot später in den ÖV-Angebotsbeschluss aufgenommen, würde der ÖV-Beitrag der Gemeinde entsprechend angepasst. Hierzu bestehen noch keine Erfahrungen.

5. Fazit

Der Gemeinderat unterstützt das Anliegen, On-Demand-ÖV-Angebote zu testen und allenfalls auch in Köniz anzubieten. Er ist jedoch der Ansicht, dass mit den bereits laufenden Arbeiten der RKBM eine ausgezeichnete Entscheidungsgrundlage erarbeitet wird. Daher erachtet er es als nicht zweckmässig, parallel zur RKBM einen eigenen Pilotversuch für ein solches Angebot durchzuführen. Der Gemeinderat ist bereit, nach Vorliegen allfällig positiver Erfahrungen im RKBM-Perimeter spätestens im Sommer 2028 die Planungsarbeiten für einen geeigneten Pilotversuch auf dem Gemeindegebiet aufzunehmen.

²⁸ https://www.belp.ch/wAssets/docs/neue_struktur/politik_und_verwaltung/politik/gemeindeversammlung/GV-Protokoll-vom-20.06.2024.pdf

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Köniz, 15. Oktober 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

1) Formelle Prüfung der Motion vom 8. Juli 2025

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Thomas Marti hat zuvor gesagt, er bewundert jene, welche noch durchhalten. Wir müssen noch etwas länger, den Gästen ist es freigestellt, wann sie nach Hause gehen. Bei dieser Richtlinienmotion handelt es sich um eine Beantwortung der Direktion Planung und Verkehr. Der Erstunterzeichner hat das Wort.

Erstunterzeichner, David Müller, Grüne: On-Demand-Angebote, zum Teil auch Ride-Pooling, Rufbusse oder Bedarfsverkehr genannt, grenzen sich vom klassischen ÖV ab, indem keine fixen Fahrpläne und häufig auch keine fixen Routen vorgegeben sind. Von individuellen Taxidiensten unterscheiden sich On-Demand-ÖV-Angebote, weil das Pooling durch Personen durch das Zusammenlegen von gleichen oder ähnlichen Fahrtwünschen vorgesehen ist.

Ich danke dem Gemeinderat und den zuständigen Leuten in der Verwaltung für die Antwort und die Bereitschaft, sich mit diesem Thema grundlegend auseinander zu setzen.

Als Basis für die grundsätzlichen Überlegungen zieht der Gemeinderat insbesondere eine Studie, welche zu Händen des Bundesamtes für Verkehr erstellt worden ist, bei. Das beinhaltet in der Tat einige interessante Aussagen. Gerne möchte ich diese in der Antwort zitierten Punkte noch in einen Kontext setzen und ergänzen:

- Die Studie hält fest: On-Demand-Angebote sind flexible Lösungen, Gebiete mit zeitlich oder örtlicher geringer Nachfrage zu erschliessen. Sie eignen sich darum vor allem für den ländlichen Raum. Da bin ich mit dem Gemeinderat völlig einverstanden.
- Die Studie zeigt ausserdem verschiedene positive Effekte dieser Angebote: ÖV-On-Demand kann den bestehenden ÖV effizienter machen.
- Die Studie sagt zudem, dass On-Demand-Dienste im ländlichen Raum, Zitat: "... Nachhaltigkeitsgewinne in punkto CO2-Einsparungen bringen können". Dieses Zitat war in der Antwort des Gemeinderates leider nicht zu finden. Das Modalshift-Potential, also die Verschiebung vom motorisierten Individualverkehr zu diesem On-Demand-Angebot, mag zwar in der Tat nicht riesig sein, selbstfahrende Fahrzeuge könnten dieses Potential dereinst aber weiter vergrössern, kann man lesen und es ist darum wichtig, ein entsprechendes Netzwerk schon jetzt aufzubauen.
- Diesbezüglich ist auch dieses "Gamechanger-Zitat" in der Antwort des Gemeinderates meiner Meinung nach etwas gar aus dem Kontext gerissen. Klar, ÖV-On-Demand wird jetzt alleine unser Mobilitätsproblem nicht lösen können, aber ist denn dies wirklich der Anspruch? In meinen Augen ist es ein Mosaikstein, welcher verschiedene weitere Bausteine ergänzt und so zu einem guten Gesamtbild wird.
- Die Studie zeigt ausserdem, dass On-Demand-Angebote gerade im Bereich Pooling von Fahrten noch Potential haben. Die Gefahr des induzierten Verkehrs, besteht gemäss Studie zudem insbesondere für den urbanen Raum und der Vorstoss fordert ja genau eben nicht die Umsetzung im urbanen Raum.
- Und schliesslich: Neben Geschäftsreisen, haben ÖV-On-Demand-Angebote vor allem beim Freizeitverkehr Potential und das ist genau jener Bereich, bei welchem der Verkehr in den letzten Jahren besonders stark zugenommen hat. Ein weiteres Argument dafür, hier nicht untätig zu bleiben.

Das Zwischenfazit des Gemeinderates würde ich darum etwas anpassen: ÖV-On-Demand-Angebote können, wenn auch nicht als alleiniger Gamechanger, einen Beitrag leisten, die grossen ökologischen Herausforderungen im Mobilitätsbereich zu lösen und gleichzeitig einen wesentlichen gesellschaftlichen Mehrwert zu bringen. Insbesondere bei der ländlichen Bevölkerung der Gemeinde. In diesem Sinne hoffe ich auf eure Unterstützung.

Jetzt noch kurz zu den einzelnen Forderungen:

- Ziffer 3.1, Ermittlung des geeigneten Perimeters: Die aufgeführten berücksichtigten Faktoren scheinen mir sinnvoll und daran habe ich auch nichts auszusetzen. Zur abwartenden Haltung des Gemeinderates möchte ich aber noch sagen, dass wir gerade im Mobilitätssektor noch weit davon weg sind, unsere Ziele, was die Emissionsreduktionen angeht, zu erreichen. Ein weiteres Abwarten ist darum ganz prinzipiell fragwürdig. Das gilt umso mehr für solch vorbereitende Arbeiten, wie die Analyse von geeigneten Gebieten. Man muss ja nicht warten, bis rundum alle schon drei Jahre ihre Projekte in Betrieb haben. Ausserdem könnte man, was die Erfahrungen an anderen Orten angeht, nicht nur bei den Kosten, sondern eben auch bei den Mehrwerten etwas schauen. Dazu noch ein Hinweis: Im ÖV-Bericht 2027-2030 des Kantons Bern, welcher jetzt gerade vor einigen Tagen publiziert wurde, steht zum Beispiel, dass im Kanton seit Jahren solche Modelle unterstützt werden. Und wie im Vorstoss dargelegt, tut sich nebst dem bestehenden regulären System in Belp, auch in weiteren umliegenden Gebieten der Gemeinde einiges und das mit verschiedenen Anbietern. Das Argument, dass man nichts machen will, weil das Parlament zuerst entscheiden muss, ist ein ziemlicher Zirkelbezug, so könnte man ja gar nie etwas machen.
- Dann zur Ziffer 3.3, Optionen der Finanzierung: Die Antwort bleibt hier sehr allgemein. Ich nehme aber zur Kenntnis, dass der Gemeinderat sich hier aktiv einbringen will. Noch ein kleiner Hinweis zu den Kosten des Angebots in Belp: Die Zahlen in der Antwort des Gemeinderates sind dort falsch. Eine Fahrt für Personen mit Halbtax-Abo kostet CHF 4 bis CHF 6 und nicht CHF 7 bis CHF 12 und das Jahresabonnement sind CHF 730 und nicht CHF 999. Das noch eine Richtigstellung.
- Und dann noch zur Ziffer 3.4, Aufnahme in den ÖV-Angebotsbeschluss: Es ist erfreulich, dass sich an anderen Orten bereits etwas tut. Weniger erfreut nehme ich die passive Haltung wahr, dass man dann gegebenenfalls eventuell eine Initiative in diese Richtung unterstützen würde. Aber das kann ja mit der Konkretisierung des Könizer Projekts auch noch zu einem aktiveren Engagement werden.
- Zum Schluss noch zu den Kosten: Ich will darauf hinweisen, dass Belp knapp CHF 12'000 Einwohner:innen hat. Die ländlichen Gebiete von Köniz gemäss Jahresbericht 2024 haben knapp CHF 8'000. Wenn man also dieses Modell, wie dies der Gemeinderat macht, als Vergleich heranzieht, scheinen mir diese CHF 500'000, welche der Gemeinderat hier aufführt, eine ziemliche Übertreibung. Bei CHF 12 pro Kopf, wie es in Belp ist, und 8'000 Personen, sind wir bei weniger als CHF 100'000. Auch wenn hier noch etwas dazukommen sollte, wären wir also weit weg von dieser halben Million.

Nach all diesen Erläuterungen sollte klar sein: Ich will unbedingt, dass dieses Thema weiterverfolgt wird und grundsätzlich erachte ich es als wichtig, dass dies auch möglichst rasch geschieht. Gleichzeitig haben aber Gespräche mit anderen Fraktionen gezeigt, dass eine Mehrheit für dieses Anliegen nur bei einer Umwandlung in ein Postulat zu finden ist. Darum wandle ich diese Motion in ein Postulat um, appelliere aber an den neu zusammengesetzte Gemeinderat, diese Sache rasch und aktiv vorwärts zu treiben.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Ich stelle fest, dass der Erstunterzeichner diese Motion in ein Postulat umgewandelt hat.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Roger Tanner, GLP: Für unsere EVP-GLP-Mitte-Fraktion ist klar: Die Idee eines On-Demand-Angebots verdient Aufmerksamkeit, gerade im Hinblick auf die Erschliessung ländlicher Ortsteile unserer Gemeinde. Die Gemeinderatsantwort zeigt deutlich, dass solche Angebote insbesondere dort einen echten Mehrwert bringen können – weniger als ökologisches Instrument, aber als Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Gleichzeitig sehen wir aber auch klare Grenzen: Die laufenden Pilotprojekte im Kanton und in der Region Bern-Mittelland zeigen, dass On-Demand-Systeme selten selbsttragend sind und hohe öffentliche Beiträge benötigen. Zudem ist die ökologische Wirkung ambivalent: Bei einem allfälligen Ausbau des Postautonetzes drohen Leerfahrten, wird das Angebot mit Privatautos gefahren, müssen Strecken doppelt zurückgelegt werden. Wirklich sinnvoll ist das daher nur, wenn konsequent Elektrofahrzeuge eingesetzt werden.

Nicht zuletzt deckt ein klassisches Taxi das Bedürfnis kurzfristiger, punktueller Fahrten heute bereits gut ab – und dies ohne zusätzliche Infrastruktur und Subventionen.

Trotz dieser Punkte anerkennen wir aber auch, dass für die ländliche Bevölkerung in Köniz On-Demand-Angebote eine wichtige Ergänzung zum bestehenden ÖV-System sein können. Insbesondere dort, wo heute gar keine oder nur sehr eingeschränkte ÖV-Anbindungen bestehen.

Darum begrüssen wir den Vorschlag des Gemeinderats, zuerst die Ergebnisse der laufenden regionalen Pilotversuche abzuwarten und anschliessend gemeinsam mit der Region zu prüfen, wo in Köniz ein Pilot sinnvoll wäre.

Die Motion geht in die richtige Richtung – aber als Motion wäre sie zu verbindlich und würde zu weit führen. Als Postulat, ist sie hingegen sinnvoll und verantwortbar. Darum wird unsere Fraktion der Umwandlung in ein Postulat grossmehrheitlich zustimmen.

Fraktionssprecher SVP, Florian Moser: Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass es ein solches On-Demand-Angebot nicht braucht, so wie es gefordert ist. Das ÖV-Netz in Köniz ist schon gut bis sehr gut ausgebaut, die Finanzierung soll nicht die Sache der Gemeinde sein. Wenn man ein solches System hat, dann soll dies 1:1 vom Kunde bezahlt werden. Wenn man so etwas einführt, dann ist dies eine weitere freiwillige Leistung und wir wissen, unsere freiwillige Leistung-Liste ist bereits voll und hat eigentlich keinen Platz mehr für mehr.

Es liegt auch in unserem Finanzhaushalt nicht drin, ein solches Angebot zu kreieren, bei welchem man weiss, dass es nicht selbsttragend ist und meistens sind sie unrentabel. Wenn die Gemeinde etwas machen soll, dann bin ich der Meinung, dass man irgendwelche Carsharing-Fahrzeuge zur Verfügung stellt und die Gemeinde dann die Einnahmen generiert.

Auf dem gesamten Gemeindegebiet ist das Mindestangebot des ÖV überdurchschnittlich gut und es muss kein zusätzliches On-Demand-Angebot ergänzt werden. Wir haben eine ganz andere Ausgangslage: Bei uns sind wir überall mehr oder weniger gut mit dem ÖV erschlossen und wenn es weniger gut erschlossen ist, dann haben wir sogar noch ein Postauto. Wir haben also die beste Ausgangslage. Wir haben sicher eine viel bessere Ausgangslage als Belp, das Emmental und Langnau und das Gantrisch-Gebiet, welche in diesem Bericht erwähnt werden. Und die RKBM ist bereits an einem Pilotversuch dran, also macht es keinen Sinn, gleich nochmals ein Pilotprojekt zu starten.

Wie es Roger gesagt hat, ist die Strategie die richtige: Warten auf Ergebnisse und schauen, wie diese rauskommen und dann können wir weiter entscheiden. Von daher sind wir bereit, das Postulat erheblich zu erklären und ansonsten lehnen wir es ab.

Gemeinderat, Christian Burren, SVP: Nur ganz kurz, ich danke vorweg dem Motionär, dem Erstunterzeichner für die Bereitschaft, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und diese Motion in ein Postulat umzuwandeln. Wir haben dies in unserer Antwort klar geschrieben, wir sind bereit, hier einen Bericht darüber abzuliefern, aber wir wollen jetzt auch nicht zusätzlich ein Pilotprojekt ins Leben rufen, welches hohe Kosten verursacht. Die Pilotbetriebe hat die RKBM bereits lanciert, wir möchten diese abwarten, wie wir das geschrieben haben und darum bin ich froh, wenn ihr das bestenfalls als Postulat überweist.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Der Erstunterzeichner hat umgewandelt, der Antrag als Postulat ist nicht bestritten, darum verzichte ich auf eine Abstimmung.

Beschluss über Antrag des Gemeinderats

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: stillschweigende Annahme)

PAR 2025/104

V2517 Motion (SP-Juso, Grüne, Junge Grüne) "Einführung einer Mietzinskontrolle in Köniz - steigende Mieten sind kein Naturgesetz"

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt

1. die Grundlagen für die Einführung einer Mietzinskontrolle nach Sanierungen auszuarbeiten. Die Mietzinskontrolle soll im Fall eines Wohnungsmangels in der Gemeinde (Leerwohnungsziffer unter 1.5%) angewandt werden.
2. Die dafür entsprechenden Änderungen in der Bauordnung und/oder weiteren Reglementen der Gemeinde vorzunehmen bzw. den zuständigen Organen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung

Die hier vorgeschlagene Mietzinskontrolle zielt auf eine Bewilligungspflicht für Mietzinserhöhungen im Zuge von baulichen Veränderungen ab, die Auswirkungen auf den Mietzins nach sich ziehen. Dabei soll der überwältzable Investitionsanteil behördlich festgesetzt und der Mietzins nach Sanierungsmassnahmen kontrolliert werden. Aus rechtlicher Sicht ist für Gemeinden im Kanton Bern eine solche Mietzinskontrolle im Zuge von Sanierungen zulässig, wie ein im Jahr 2022 durch den Mieterverband veröffentlichtes Rechtsgutachten von Thomas Merkli, Alt Bundesrichter und Dr. Dina Merkli, Alt Kantonsrichterin, nachweist.²⁹

Zudem gibt es bereits in Basel-Stadt und Genf zeitlich und inhaltlich beschränkte Mietzinskontrollen und im Stadtrat von Bern wurde im November 2024 ein analoger Vorstoss überwiesen.³⁰ Die starke Erhöhung der Mieten ist kein Naturgesetz. Verschiedene Studien wie etwa die vom Mieterinnen- und Mieterverband in Auftrag gegebene Studie von «Bass»³¹ im Jahr 2022 zeigen, dass die Mieten insgesamt zu hoch sind. Gründe dafür sind, dass viele Vermieterinnen und Vermieter die Senkungen des Referenzzinssatzes nicht weitergeben und die Mietzinse bei Mieterinnen- und Mieterwechsel erhöhen und nach Sanierungen die Mieten stärker erhöhen, als eigentlich erlaubt ist. Seit der Liberalisierung des Mietrechts sind Mieterinnen und Mieter selbst dafür verantwortlich, sich gegen zu hohe Mieten zur Wehr zu setzen. Das tun aber viele nicht, weil sie nicht genügend gut informiert sind, ihnen die Mittel für einen Rechtsstreit fehlen oder weil es (gerade bei Wohnungsnot) riskant sein kann, gegen den eigenen Vermieter oder die eigene Vermieterin zu klagen.

Gesamtschweizerisch sinkt zudem gemäss Bundesamt für Statistik die Leerwohnungsziffer (zuletzt bei 1,08% im Jahre 2024) stetig, was ein weiteres Zeichen für den zunehmend knapper werdenden Wohnraum darstellt. Zu erwähnen ist, dass in der Gemeinde Köniz die Leerwohnungsziffer 2024 mit 0.38 %³² massiv unter dem schweizerischen Durchschnitt liegt. Die Einführung einer Mietzinskontrolle ist aufgrund der sich zuspitzenden Situation auf dem Wohnungsmarkt deshalb in unserer Gemeinde mehr als legitim und hilft, illegale Mietzinserhöhungen zu verhindern. Nicht zuletzt wurde auch in der Bevölkerungsbefragung von Köniz eine Verbesserung im Bereich Wohnen mehrmals genannt.

Eingereicht

16.06.2025

²⁹ [file:///C:/Users/Admin/Downloads/2022%2002%2022%20Rechtsgutachten%20SMV%20Merkli%20\(5\).pdf](file:///C:/Users/Admin/Downloads/2022%2002%2022%20Rechtsgutachten%20SMV%20Merkli%20(5).pdf)

³⁰ <https://stadtrat.bern.ch/de/dokumente/17d47d54fe074341b7214675b64ef926-332>

³¹ <https://anneepolitique.swiss/prozesse/64851-bass-studie-zu-entwicklung-und-renditen-auf-dem-mietwohnungsmarkt-2006-2021>

³² [2025-06-16 T03 Jahresbericht 2024 Beilage 3 Anhang Produktgruppen Zahlen und Statistiken.pdf](#)

Unterschrieben von 16 Parlamentsmitgliedern

Franziska Adam, Géraldine Boesch, Mayra Faccio, Laura Hoffman, Arlette Münger, Janka Hamm, Isabelle Steiner, Urs Mumenthaler, Jutta Gubler Kläne-Menke, Klaus von Muralt, David Müller, Monika Röthlisberger, Christina Aebischer, Lukas Erni, Brigitte Rohrbach, Christine Müller

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Fazit: Mit der Erheblicherklärung dieser Motion erteilt das Parlament dem Gemeinderat einen verpflichtenden Auftrag.

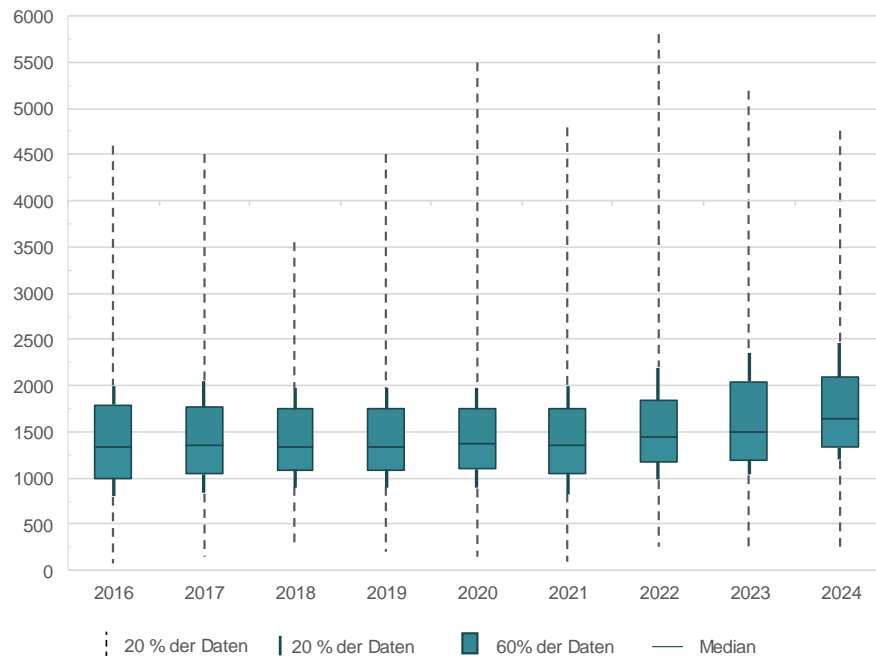
2. Ausgangslage

Steigende Bevölkerungszahlen und die wachsende Nachfrage nach Wohnraum haben in den letzten Jahren den Druck auf den Schweizer Wohnungsmarkt erheblich erhöht. Die Leerwohnungsziffer ist deutlich gesunken, während die Angebotsmieten insbesondere in urbanen Zentren stark angestiegen sind. Verschärfend kommt hinzu, dass die Neubautätigkeit in den letzten Jahren eher rückläufig war, unter anderem aufgrund steigender Bau- und Finanzierungskosten.

Diese Entwicklung betrifft auch die Gemeinde Köniz. Die **Angebotsmieten** sind seit 2015 stark gestiegen. Im Jahr 2016 lag die Netto-Medianmiete im Gemeindedurchschnitt bei 1'335 Franken pro Monat. Im Jahr 2024 betrug sie 1'650 Franken pro Monat (siehe Abbildung).

Angebotsmieten 2016 bis 2024
in CHF pro Monat

W 1.6



Datengrundlage: immodatacockpit

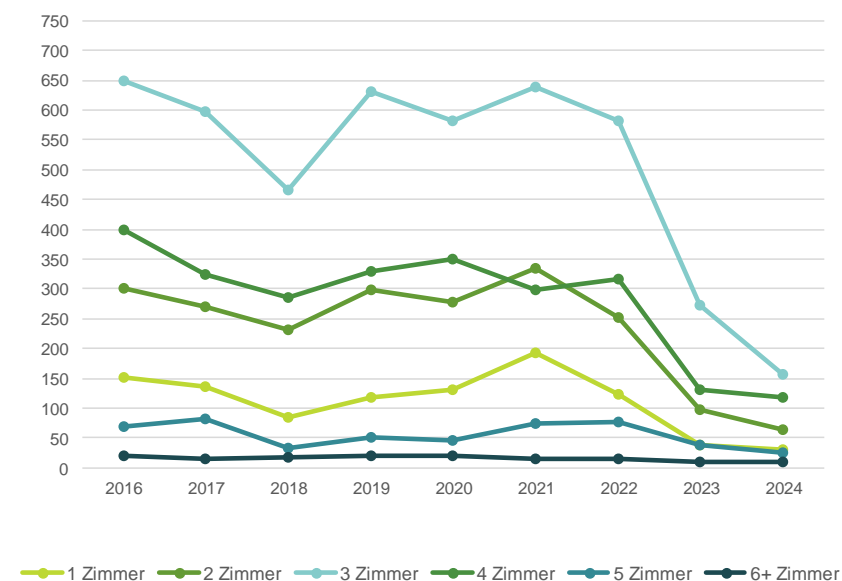
© Planungsabteilung Köniz

Die **Leerwohnungsziffer** lag 2024 in Köniz bei 0,38 Prozent. Im Kanton Bern betrug sie 2024 1,21 Prozent, in der Stadt Bern 0,44 Prozent. Im Jahr 2016 betrug die Leerwohnungsziffer in der Gemeinde Köniz noch 0,57 Prozent.

Die **Anzahl inserierter Wohnungen** nahm in der Gemeinde Köniz von 1588 Wohnungen im Jahr 2016 auf 404 Wohnungen im Jahr 2024 massiv ab (siehe Abbildung).

Angebotene Mietwohnungen 2016 bis 2024 nach Wohnungsgrösse

W 1.5



Datengrundlage: immodatcockpit

© Planungsabteilung Köniz

3. Mietzinskontrollen in der Schweiz

Wie in der Motion erwähnt, verfügen die Kantone Basel-Stadt und Genf über eine staatliche Mietzinskontrolle. Eine flächendeckende Mietzinskontrolle auf *kommunaler* Ebene gibt es bis anhin in der Schweiz nicht. Wie im Motionstext erwähnt, wurde im Stadtrat von Bern im November 2024 ein analoger Vorstoss überwiesen. Im Kanton Zürich ist eine Volksabstimmung hängig, die es den Gemeinden erlauben will, auf ihrem Gebiet eine Mietzinskontrolle einzuführen (Kantonale Volksinitiative "Bezahlbare Wohnungen schützen. Leerkündigungen stoppen"³³). Die Initiative kommt voraussichtlich Anfang 2026 vors Zürcher Stimmvolk. Anders als im Kanton Zürich ist gemäss den Motionärinnen und Motionären im Kanton Bern keine Gesetzesänderung nötig. Gemeinden können demnach aus rechtlicher Sicht bereits jetzt eine Mietzinskontrolle im Zuge von Sanierungen einführen.

Bei Annahme der Motion wäre Köniz unter Umständen die erste Gemeinde der Schweiz, die eine Mietzinskontrolle nach Sanierungen einführen würde. Diese Vorreiterrolle ist mit grossen Unsicherheiten verbunden. Der Gemeinderat von Köniz ist zudem der Meinung, dass es nicht zielführend ist, eine Mietzinskontrolle isoliert auf Ebene einer Gemeinde einzuführen.

Wenn Mietpreise nach Sanierungen nur begrenzt angepasst werden können, verändern sich die Anreize für bauliche Massnahmen an bestehenden Wohnungen. In der Tendenz schmälert eine Mietpreiskontrolle das Interesse von Investorinnen und Investoren an Sanierungsaktivitäten. Energetische Sanierungen sind jedoch aus klimapolitischer Sicht dringend notwendig. Die Einführung einer Mietzinskontrolle hätte voraussichtlich negative Auswirkungen auf energetische Sanierungen und würde den klimapolitischen Zielen der Gemeinde zuwiderlaufen. Wenn die Mietpreiskontrolle auch Ersatzneubauten oder Anbauten betrifft, kann sie auch eine negative Wirkung auf die Neubautätigkeit haben.

Zudem erachtet der Gemeinderat den grossen administrativen Aufwand, der die Einführung einer Mietzinskontrolle mit sich brächte, als unverhältnismässig. Aus diesen Gründen erachtet der Gemeinderat die Einführung einer Mietzinskontrolle als nicht zielführend und beantragt dem Parlament, die Motion abzulehnen.

Mit der Annahme der kantonalen Abstimmung vom 28. September 2025 über die Volksinitiative "Für faire und bezahlbare Mieten dank transparenter Vormiete (Miet-Initiative)" wird zudem ein neues

³³ <https://www.wohnraum-schuetzen.ch/#initiative>

Instrument auf kantonaler Ebene in Kraft treten, das eine dämpfende Wirkung auf die Mietzinsanstiege haben dürfte. Auch aus diesem Grund empfiehlt der Gemeinderat, die Motion abzulehnen.

Die Gemeinde Köniz ist bereits seit vielen Jahren wohnungspolitisch aktiv. Sie betreibt eine aktive, strategische Bodenpolitik, indem sie strategisch wichtige Grundstücke erwirbt, entwickelt oder im Baurecht abgibt. Dazu verfügt sie über einen Rahmenkredit "strategische Bodenpolitik", den sie in den letzten Jahren mehrfach aufstocken konnte.

Zudem setzt sich die Gemeinde für eine gute soziale Durchmischung bei grösseren Arealentwicklungen ein. Bei Erlass oder Änderung von Nutzungsplänen müssen 20 bis 40 Prozent des für das Wohnen bestimmten zusätzlichen Nutzungsmasses preisgünstig in Kostenmiete betrieben werden (Artikel 51 des Baureglements). Diese Regelung geht auf den Gegenvorschlag zur Könizer "Wohn-Initiative" zurück, der 2021 in Kraft getreten ist.

Seit 2022 hat die Gemeinde Köniz zudem eine Wohnstrategie. Sie wurde vom Gemeinderat als verwaltungsanweisend beschlossen und zeigt verschiedene Handlungsfelder auf, in denen die Gemeinde Massnahmen umsetzt.³⁴

4. Fazit

Der Gemeinderat lehnt die Einführung einer Mietzinskontrolle nach Sanierungen in Köniz ab. Ausschlaggebend für diesen Entscheid sind der hohe administrative Aufwand für die Umsetzung der Kontrollen, der zu erwartende negative Einfluss auf die energetischen Sanierungen sowie die Nachteile des isolierten Vorgehens der Gemeinde. Auch weitere negative Begleiterscheinungen und Nebenwirkungen sind nicht auszuschliessen.

5. Finanzen

Keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgelehnt.

Köniz, 22. Oktober 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 8. Juli 2025

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Bei diesem Geschäft handelt es sich um eine Beantwortung der Direktion Planung und Verkehr. Die Erstunterzeichnerin hat das Wort.

³⁴ <https://www.koeniz.ch/wohnen/planen-und-bauen/planung-und-entwicklung/wohnstrategie.page/1470>

Erstunterzeichnerin, Franziska Adam, SP Frauen: Köniz weist eine Leerwohnungsziffer von lediglich 0.3 Prozent auf. Das bedeutet: Trotz intensiver Bautätigkeit stehen praktisch keine Wohnungen mehr zur Verfügung. Der Handlungsbedarf im Bereich der Mietkosten – insbesondere der erschwierlichen Mietkosten – ist damit unbestritten. Die Begründung des Gemeinderates überzeugt die SP/JUSO-Fraktion in diesem Zusammenhang nicht.

Die kantonale Mietzinsinitiative wurde von der Stimmbevölkerung des Kantons Bern angenommen. Damit gilt ab heute, 1. Dezember 2025, eine Offenlegungspflicht der Vormiete bei Abschluss eines neuen Mietvertrages. Die Offenlegung der Vormiete schafft Klarheit bei einem Mieterwechsel, verhindert aber keine überhöhten Mietaufschläge nach Sanierungen. Genau hier setzt die Mietzinskontrolle an: Sie dient dem Schutz vor unverhältnismässigen Mieterhöhungen nach Umbauten. Wir alle kennen Fälle, in denen Haushalte nach einer Sanierung plötzlich und massiv mehr Miete bezahlen müssen. Es gibt ganz unterschiedliche Beispiele. Zum Beispiel Mietsteigerungen von bis zu 70 Prozent im Berner Holligenquartier, das hat mir gerade erst letzte Woche jemand gesagt. Das zeigt, dass solche Entwicklungen real und höchst problematisch sind.

Der vorliegende Vorstoss richtet sich ausdrücklich nicht gegen energetische Sanierungen, die wir selbstverständlich unterstützen. Er richtet sich gegen Luxussanierungen, die bezahlbaren Wohnraum verdrängen und die Wohnkosten explodieren lassen. Die Gemeinde Köniz muss alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, um solche extremen Mietzinssteigerungen zu verhindern. Und die Mietzinskontrolle ist eines dieser Instrumente.

Auch wenn der administrative Aufwand anfangs etwas grösser sein mag: Diese Investition lohnt sich – sozial, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Köniz kann hier eine Vorreiterrolle übernehmen.

Wer diesen Vorstoss ablehnt, verkennt die Dringlichkeit der aktuellen Wohnsituation und wirkt angesichts der realen Belastungen vieler Mieterinnen und Mieter wenig glaubwürdig. Ich halte darum an der Motion fest.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Sara Cristina Gasser, Junge Grüne: Wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Unterlagen. Im Gegensatz zum Gemeinderat sieht die Fraktion Grüne/Junge Grüne grossen Handlungsbedarf für die Einführung einer Mietzinskontrolle. Die Zahlen in der Antwort des Gemeinderates sprechen für sich – Stichworte Anstieg von Nettomieten um 25% in acht Jahren, extrem tiefe Leerwohnungsziffern, massive Reduktion der Anzahl Wohninsereate seit 2016. Das ist eine prekäre Situation für Wohnungssuchende.

Was die vorliegende Motion fordert, ist eigentlich etwas Selbstverständliches: Sie möchte ganz einfach, dass das geltende Recht eingehalten wird und nach Sanierungen keine überhöhten Mieten verlangt werden. Um dies sicherzustellen, braucht es eine gewisse Kontrolle und das fordern wir auch nur in Ortsteilen mit einer prekären Situation.

Es ist uns auch bewusst, dass eine Mietzinskontrolle auf kommunaler Ebene nicht ganz ideal ist. Aber manchmal ist es nun mal so, dass in einem föderalen System Veränderungen von unten angestossen werden müssen. Die Gemeinde Köniz könnte hier eine Vorreiterrolle einnehmen. Mittelfristig würden wir uns natürlich eine übergeordnete Lösung wünschen. Aus unserer Sicht kann man nicht zuwarten und Daumen drehen, bis sich der Kanton bewegt. Zudem sind die transparenten Vormieten, welche bei der kantonalen Abstimmung angenommen wurden, zwar eine gute Ergänzung, aber eben keinen Ersatz für eine Mietzinskontrolle. Es muss ja nicht sein, dass zusätzlich zu den Insekten, Vögeln und Igel auch noch die Menschen keine passenden und bezahlbaren Wohnraum mehr finden.

Die Gemeinde Köniz kann und soll sich die Umsetzung dieser Motion zu Gunsten von fairen Mieten leisten. Der erhebliche gesellschaftliche Nutzen überwiegt aus unserer Sicht die möglicherweise am Anfang noch etwas höheren Aufwände, bis sich das Prozedere eingespielt hat. Der administrative Aufwand, verglichen mit der Situation, dass sich Menschen die Wohnungen nicht mehr leisten können, ist für uns aus diesem Grund nicht nur tragbar, sondern gut eingesetztes Geld.

Um diese schwierige Situation zu verbessern, braucht es verschiedene Massnahmen und die Mietzinskontrolle ist ein Baustein dazu. Darum danken wir für eure Zustimmung zu dieser Motion.

Fraktionssprecher SVP, Florian Moser: Wir bestreiten diesen Vorstoss. Wir von der SVP Köniz sehen keinen Handlungsbedarf. Die Leerwohnungsziffer in Köniz beträgt 0.38%, was wir in Ordnung finden. Knappen Wohnraum gibt es eigentlich nur im zentralen, urbanen Zentrum von Köniz. Jederzeit gibt es im ländlichen Gebiet auf Könizer Boden genügend Wohnraum zu anständigen Preisen. Die Preise im ländlichen Gemeindegebiet sind nämlich nicht überteuert und richten sich am Marktpreis. Es ist ein bisschen ein Affront, wenn man meint, man könne mitten im Zentrum oder in Wabern oder im Spiegel zu einem Spott-Mietzins wohnen. Wenn eine Wohnung saniert wird, dann ist eine Mietzinserhöhung legitim. Der Eigentümer braucht doch einfach etwas mehr, wenn er etwas renoviert. Wenn die Mietpreise

nach Sanierungen nur begrenzt angepasst werden, dann verändert das die baulichen Massnahmen. Es verändert die Anreize, bauliche Massnahmen zu tätigen, was sicher im ganzen Wohnungsbau auch nicht gut ist. Diese Mietzinskontrolle schmälert das Interesse von Investorinnen und Investoren an Sanierungsaktivitäten. Dazu, wir haben es gehört, ist ein unverhältnismässig grosser administrativer Aufwand gefordert, um dies umzusetzen. Alles in allem ist dies sicher ein schlechter Einfluss auf die Investitionstätigkeit auch im energetischen Sanierungsbereich.

Darum sind wir der Meinung, das braucht es nicht und wir folgen dem Gemeinderat und lehnen diese Motion ab.

Fraktionssprecher FDP, Ronald Sonderegger: Einmal mehr handelt es sich hier um keine Gemeindeaufgabe. Mehrkosten und Aufwand sind in keinem Verhältnis und das wird einmal mehr von der SP/JUSO und den Grünen/Jungen Grünen in Kauf genommen. Das gibt wieder riesige Kosten, welche auf die Gemeinde zukommen, der Ertrag oder das Ergebnis ist fragwürdig. Renovationskosten, welche gemacht werden müssen, Investitionen, welche gemacht werden müssen bei Mietobjekten, das kommt auch den Mietern zu Gute. Wenn man dies dort dann nicht finanzieren kann und dann noch eingeschränkt wird, dann kommt dies negativ heraus.

Die FDP. Die Liberalen lehnen diese Erheblicherklärung klar ab.

Selin López, FDP: Da ich nicht weiss, wann ich sonst sprechen soll: Ich stelle den Ordnungsantrag, dass wir gemäss GRP Art. 40 in Verbindung mit Art. 42 noch dieses Traktandum behandeln und den Rest auf die nächste Sitzung verschieben und zwar erst, wenn wir hier fertig sind.

Lukas Erni, Grüne: Ich möchte nur noch kurz reagieren: Doch, es ist eben eigentlich doch eine Gemeindeaufgabe, denn es ist nämlich ein verfassungsmässiges Recht, angemessenen Wohnraum zu haben. Wir sprechen ja nicht davon, dass wenn man Investitionen tätigt, dass dann der Mietzins nicht höher wird, doch er geht eben sehr häufig weiter hoch, als er sollte. Darum ist es auch nicht so, dass man nicht mehr investieren würde. Und Wohnraum ist eben nicht Turnschuhe kaufen, sondern Wohnraum ist ein Menschenrecht.

Gemeinderat Christian Burren, SVP: Ich glaube, Lukas hat es jetzt gerade gesagt, Wohnungen, Wohnungssanierungen sind nicht Turnschuhe. Turnschuhe-Preise zu überprüfen, wäre vermutlich relativ einfach. Aber nach einer Sanierung, die Kontrolle, die Kosten zu überprüfen und zu schauen, ob der verlangte Mietzins nicht überhöht ist, das gäbe einen administrativen Aufwand, das ist ein Fass ohne Boden, welchen wir uns als Gemeinde kaum leisten könnten ohne dass wir hier massiv Personal aufstocken müssten, was ja wiederum sicher hier in diesem Rahmen zu Kritik führen würde. Darum: Wir halten daran fest.

Und nicht zuletzt, vergesst nicht, wenn wir solche Massnahmen einführen würden, auch wenn ich zuvor gehört habe, der Vorstoss richte sich nicht gegen energetische Sanierungen, aber das ist ganz sicher etwas, was Grundeigentümer nicht fördern sondern eher hemmen würde, um notwendige Sanierungen zu machen. Ob dies jetzt die Absicht des Vorstosses ist oder nicht, das spielt eigentlich keine Rolle. Und ich glaube, dass eine Mietzinskontrolle auf Gemeindeebene nicht ideal ist, das habe ich zuvor von Sara Gasser ebenfalls gehört, das gehört nicht hierhin. Rein der Aufwand und der Ertrag stehen einander entgegen und darum bitte ich euch, dem Gemeinderat zu folgen und diese Motion abzulehnen.

Erstunterzeichnerin, Franziska Adam, SP Frauen: Wir haben in Köniz ein Problem. Wir haben eine Leerwohnungsziffer von 0.3%. Es gibt Leute, die finden keine Wohnung mehr und zwar immer mehr. Und wenn ich die SVP höre, welche sagen, es bestehe kein Handlungsbedarf, das sei normal und sie hätten in ländlichen Gebiet noch mehr Wohnraum, dann ist dies schön und recht, aber die SVP will ja auch nicht, dass alle im ländlichen Raum wohnen, sondern man will zentral wohnen, dort wo man vielleicht auch arbeitet.

Und dass dies kein Gemeindeauftrag sein soll, das verstehe ich auch nicht. Denn die Wohnungsnot ist eines der wichtigsten Themen in der Bevölkerung. Vor einem Jahr gab es einen Seniorenanlass und diesen hat die Gemeinde organisiert und dort war das Hauptthema genau die zu teuren Wohnungen. Und ich finde, wenn es Möglichkeiten gibt, Instrumente gibt, um dem entgegen zu wirken, dann muss man das machen.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Die Debatte ist hiermit beendet. Der Antrag des Gemeinderates ist bestritten, darum stimmen wir darüber ab.

Dann liegt ein Ordnungsantrag vor, hier abzubereiten und nur noch das Traktandum "Verschiedenes" zu machen. Ich hätte vorgeschlagen, noch bis zum Traktandum 19 zu machen, damit wir das nächste Mal gut durchkommen. Es kommt etwas darauf an, welche Geschwindigkeit wir nächste Woche haben, im Moment ist diese ziemlich gut, dann kommt es nächste Woche auch gut. Allerdings haben wir diese Geschwindigkeit nicht bereits zu Beginn der Sitzung, sondern diese stellt sich erst mit der Zeit durch Selbstregulierung ein. Wir stimmen auch über den Ordnungsantrag von Selin ab.

Beschluss über Antrag des Gemeinderats

Die Motion wird abgelehnt

(Abstimmungsergebnis: 20 Stimmen für ablehnen / 17 Stimmen für erheblich erklären)

Ordnungsantrag Selin López auf Verschiebung der verbleibenden Traktanden auf die nächste Sitzung

Der Ordnungsantrag wird abgelehnt.

(Abstimmungsergebnis: 15 Zustimmung, 15 Ablehnung, 6 Enthaltungen; Stichentscheid: Ablehnung)

PAR 2025/105

V2518 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Grüne / junge Grüne Fraktion, SP/JUSO) "Schritte gegen invasive Neophyten"

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt, im Rahmen der Umsetzung des Biodiversitätskonzepts³⁵ folgende Schritte zur Sensibilisierung der Bevölkerung bezüglich Invasiver Neophyten zu ergreifen:

1. Ein Massnahmenplan wird erarbeitet, welcher darauf abzielt, die Zielgruppe der Gartenbesitzenden zum richtigen Zeitpunkt im Jahr zu erreichen.
2. In Zusammenarbeit mit einem Interessenverband und/oder Freiwilligen wird eine Tauschaktion für invasive Neophyten probeweise durchgeführt und im Erfolgsfall fest etabliert.
3. Das Abfallmerkblatt wird mit einer ganzen Seite über die fachgerechte Entfernung und Entsorgung invasiver Neophyten ergänzt.
4. Die Bevölkerung wird mittels Informationstafeln über invasive Neophyten, deren Entfernung und die entsprechenden Angebote der Gemeinde aufmerksam gemacht.
5. Auch verholzte invasive Neophyten, die nicht in Säcke passen, werden in einem definierten Rahmen auf Kosten der Gemeinde entsorgt.

Begründung

Invasive Neophyten breiten sich auch in Köniz aus. Sie können einheimische Pflanzen und Tiere verdrängen und Böschungen destabilisieren. Ambrosia und Riesenbärenklau gefährden auch die Gesundheit von Mensch und Tier.³⁶ Gemäss Art. 15, Abs. 3 der [Freisetzungsverordnung](#) können für

³⁵ Vgl. https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/19271/220419_konzept_biodiversitaet_koeniz.pdf?fp=3.

³⁶ Vgl. https://www.umweltforum-koeniz.ch/projekte223/invasive_neophyten sowie <https://www.koeniz.ch/wohnen/umwelt/natur---landschaftspflege/invasive-neophyten.page/357>

Bauunternehmen Entsorgungskosten entstehen, wenn das Baugrundstück mit Samen von invasiven Neophyten belastet ist.

Im Auftrag der Gemeinde bekämpft die Falkensteiner Pfadi invasive Neophyten bei drei Fliessgewässern; auch Freiwillige des Umweltforums Köniz setzen sich in ihrer Freizeit regelmässig für die Eindämmung von invasiven Neophyten ein.

Ziffer 1: Informationen können nur dann ihre Wirkung entfalten, wenn sie die richtigen Personen zum richtigen Zeitpunkt erreichen.

Ziffer 2: Um Gartenbesitzende dafür zu gewinnen, auf das Pflanzen von invasiven Neophyten zu verzichten, ist es wichtig, Alternativen aufzuzeigen. Der Kanton hat diese in einem Merkblatt dargestellt³⁷. Biel³⁸ und Münchenbuchsee³⁹ haben bereits Aktionen durchgeführt, bei denen Einwohner:innen invasive Neophyten aus ihren Gärten gegen einheimische Alternativen umtauschen konnten. Auch 25 Seeländer Gemeinden haben wirksame Massnahmen ergriffen.⁴⁰ Vgl. Massnahme 2.04 des Biodiversitätskonzepts.⁴¹

Ziffer 3: In Köniz können invasive Neophyten auf Kosten der Gemeinde mit der Kehrriechtafelfuhr entsorgt werden. Dieses sinnvolle Angebot ist im Abfallmerkblatt unauffällig als eine von vielen Infos aufgeführt und nimmt gleich viel Platz in Anspruch wie vergleichsweise nebensächliche Themen wie die Entsorgung von Röntgenbildern. Das neu gestaltete Abfallmerkblatt bietet genug Platz, um weiterführende Informationen⁴² über invasive Neophyten unterzubringen, bspw. auch einen Hinweis auf die Neophyten-Tauschaktion gemäss Ziffer 2. Vgl. Massnahme 2.03 des Biodiversitätskonzepts.⁴³

Ziffer 4: Die Stadt Bern macht mit Informationstafeln auf das Thema invasive Neophyten aufmerksam. Solche Tafeln wären auch in Köniz sinnvoll, bspw. in der Nähe von biodiversen Flächen wie den Wildblumenwiesen im Liebefeld Park. In Spiez wurden vor drei Jahren Pflanzenkübel mit invasiven Neophyten und Aufklärungstafeln aufgestellt. Vgl. auch hier Massnahme 2.03 des Biodiversitätskonzepts.

Eingereicht

16.06.2025

Unterschrieben von 28 Parlamentsmitgliedern

Andreas Hauser, Christine Müller, Géraldine Boesch, Matthias Müller, Katja Streiff, Sladjan Petrovic, Urs Mumenthaler, Jutta Gubler Kläne-Menke, Lukas Erni, Christina Aebischer, Laura Hoffman, Monika Röthlisberger, David Müller, Mayra Faccio, Franziska Adam, Arlette Mürger, Janka Hamm, Isabelle Steiner, Klaus von Mural, Heidi Eberhard, Tatjana Rothenbühler, Ronald Sonderegger, Sandra Röthlisberger, Roger Tanner, Toni Eder, Roland Akeret, Fabienne Marti, Casimir von Arx

³⁷ <https://www.weu.be.ch/content/dam/weu/dokumente/lanat/de/umwelt/naturschutz/neobiota/BE-flyer-einheimische-statt-neophyten.pdf>

³⁸ Vgl. <https://www.nau.ch/ort/bielbienne/bielbienne-organisiert-strauchertausch-aktion-66811234>.

³⁹ Vgl. <https://www.bernerzeitung.ch/muenchenbuchsee-gemeinde-bietet-pflanzentausch-an-536580194646>.

⁴⁰ Vgl. <https://www.telebaern.tv/telebaern-news/25-seelaender-gemeinden-kaempfen-gegen-invasive-neophyten-160746981>

⁴¹ «Fördern der Zusammenarbeit und Erarbeiten von Leistungsvereinbarungen mit Freiwilligen und Interessenverbänden, z.B. Bekämpfung von Neophyten, etc. Synergien mit Dritten (Ortsvereine, Leiste, Vereine, Pfadi, Schulen etc.) ausloten und nutzen»

⁴² Vgl. z.B. Das Beispiel Spiez https://www.spiez.ch/de/verwaltung/dokumente/dokumente/240718_NE-OPHYTEN-flyer-A6.pdf

⁴³ «Durchführen kleiner Informationskampagnen, um der Bevölkerung das Thema Biodiversität näher zu bringen.

- Nutzung bestehender Informationskanäle (Köniz Innerorts, Facebook, Homepage, Intranet)
- mittels Führungen, Informationstafeln etc.»

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor (siehe Beilage 1).

2. Ausgangslage

Die invasiven Neophyten sind auf dem ganzen Könizer Gemeindegebiet problematisch. In den verschiedenen Gebieten der Gemeinde zeigen sich die Probleme wie folgt:

Im Siedlungsgebiet:

Das Hauptproblem im Siedlungsgebiet liegt bei Strassenböschungen, Bahnböschungen und bei brachliegenden Flächen. Grössere "vernachlässigte" Umgebungen von Überbauungen mit Liegenschaftsdiensten, deren Eigentümer:innen/Zuständige teilweise schwierig zu eruieren sind, sind ebenfalls immer öfters belastet durch Neophyten. Auch in privaten Gärten gibt es eine Vielzahl von invasiven Neophyten, insbesondere als immergrüne Heckenpflanzen (z.B. Kirschlorbeer) oder Zierpflanzen (z.B. Schmetterlingsflieder), deren Samen durch Vögel oder den Wind überallhin verbreitet werden.

Auf Landwirtschaftsflächen:

Auf den Flächen, die regelmässig bearbeitet werden können die Neophyten einigermaßen bekämpft werden. Problematisch ist die Situation auf Flächen, die im Rahmen von Bundesprogrammen extensiv gepflegt werden müssen. Eingriffe zur Bekämpfung der Neophyten sind hier nur mit grossem Aufwand in Handarbeit möglich. Wenn die Neophyten Überhand nehmen, droht allenfalls sogar der Entzug der Unterstützung durch den Bund.

Entlang der Gewässer:

Bei den Gewässern ist die Situation besonders schwierig, weil die Bekämpfung anspruchsvoll ist und die Verbreitung der unerwünschten Pflanzen durch das fliessende Gewässer begünstigt wird.

Im Wald:

In den Wäldern hat sich leider bereits eine hohe Dichte an verschiedenen Neophyten etabliert. Die Bekämpfung ist auch hier sehr aufwändig und je nach Gelände kaum möglich.

Rechtliche Rahmenbedingung

Im Kanton Bern gibt es keine generelle Bekämpfungspflicht für invasive gebietsfremde Neophyten. Auf Bundesebene ([Freisetzungsverordnung](#) (FrSV); Art. 15) ist der Umgang mit ihnen zwar verboten, eine Pflicht zur Bekämpfung besteht aber nicht.

Im Kanton Bern ist einzig im Wasserbaugesetz die Pflicht der Gemeinden zur Bekämpfung entlang der Gewässer festgehalten ([Wasserbaugesetz des Kantons Bern](#) (WBG); Art. 6).

Eine Übersicht der Rechtsgrundlagen in Bezug auf invasive Neophyten wurde von [InfoFlora](#) zusammengestellt.

Bisherige politische Vorstösse

Mit der Anfrage V2519 (SVP-Fraktion) "Wirksamkeit und Kommunikation der Neophytenbekämpfung in der Gemeinde Köniz" wurde das Thema Neophyten schon kürzlich vom Parlament her aufgenommen. Die Antwort des Gemeinderats wurde dem Parlament bereits zur Kenntnis gebracht.

3. Aktuelle Massnahmen zur Eindämmung invasiver Neophyten

Gewässer

Wie vorangehend geschildert, sind die Gemeinden verpflichtet, die Neophyten entlang von Gewässern zu bekämpfen. Damit soll auch der Beeinträchtigung des Durchflussvermögens von Gewässern (Abflusskapazität) vorgebeugt werden. Eine dauerhafte Beeinträchtigung kann die Stabilität des Gewässerbettes und der Böschungen sowie die Funktionsfähigkeit von Wasserbauwerken gefährden. Die Bekämpfungsmassnahmen werden vom Kanton subventioniert. In Köniz werden diese Arbeiten durch die Gewässerunterhalts-Equipen ausgeführt.

Ergänzend werden einzelne Bäche mit zusätzlichem Aufwand intensiver gepflegt. Üblicherweise mit extern vergebenen Aufträgen oder zusammen mit der Pfadi Falkenstein. Die Einsätze der Pfadi werden durch die Gemeinde entlohnt.

Massnahmen der Gemeindemitarbeitenden

Die Einsätze von Gemeindemitarbeitenden abseits der Gewässer beschränken sich auf die Strassenbankette und gemeindeeigene Flächen. Gemeindeeigene Flächen (Friedhöfe, Park-, Spiel- und Grünanlagen) wie auch die Schulareale, sind heute zum grössten Teil frei von Neophyten.

Einsatz der Schulen

Im Rahmen der Bildung nachhaltige Entwicklung können sich Schulklassen unter Anleitung in der Bekämpfung von invasiven Neophyten engagieren.

Angebote für die Bevölkerung

Liegenschaftsbesitzende können ihre Neophyten gratis entsorgen, Informationen dazu und zu Neophyten allgemein, gab und gibt es regelmässig im [Köniz Innerorts](#) und auf der Homepage von Köniz ([Neophyten entsorgen](#)).

Mit den zur Verfügung stehenden begrenzten finanziellen Mitteln unterstützt die Gemeinde Bekämpfungsaktionen von Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinde Köniz.

Sensibilisierung

Regelmässig werden auf den Kanälen der Gemeindeverwaltung Hinweise zum Umgang mit invasiven Neophyten publiziert.

Freiwillige Einsätze

Es gibt eine Vielzahl von Einsätzen welche von Freiwilligen, wie dem Umweltforum Köniz organisiert werden.

4. Geplante Ausweitung der Bekämpfung invasiver Neophyten

Koordination

Zur Eindämmung und Eliminierung der Neophyten wird in der Gemeinde Köniz bereits einiges unternommen. Die Aktionen, Massnahmen und Akteure sind jedoch noch nicht in allen Teilen koordiniert. Durch eine bessere Koordination sollen zukünftig die Neophyten gezielter und wirksamer bekämpft werden.

5. Zu den einzelnen Punkten der Motion

Wie die vorangehenden Erläuterungen zeigen, ist sich der Gemeinderat der Notwendigkeit zusätzlicher Massnahmen bewusst.

Insbesondere die in Punkt 1 geforderte jahreszeitliche Abstimmung der Sensibilisierungsmassnahmen verspricht eine gute Wirkung. Die Informationen gelangen zur rechten Zeit an die Bevölkerung und können sogleich umgesetzt werden. Die Informationen der Gemeinde zum Thema sind schon jetzt weitgehend auf die Vegetationszyklen abstimmt. Dieses Jahr wird im Herbst 2025 im Köniz Innerorts ein Beitrag zum Kirschlorbeer publiziert, welcher mit dem "Gartenbaujahr" abgestimmt ist.

Eine Ausdehnung der Sensibilisierung über die bekannten Kanäle heraus auf das Abfallmerkblatt und auf Informationstafeln (Punkte 3 und 4) kann die Reichweite und allenfalls Wirkung erhöhen. Für die Ausgabe 2026 wurde das Abfallmerkblatt bereits mit einer grosszügigen, fast ganzseitigen Information über Neophyten ergänzt.

Informationstafeln und Plakate machen vor allem in Zusammenhang mit konkreten, gezielten Kampagnen Sinn.

Das bestehende Angebot zur kostenlosen Neophytensammlung soll präzisiert und ergänzt werden, evtl. auch mit gezielten Aktionen bei denen verholzte Neophyten im ganzen Gemeindegebiet eingesammelt und unentgeltlich entsorgt werden können (Punkt 5).

Die tatsächliche Wirkung von Tauschaktionen (Punkt 2) ist umstritten. Zwar können solche Aktionen durchaus öffentlichkeitswirksam sein, die Erfahrungen zeigen aber, dass sie eher den Zweck von Sensibilisierungsmassnahme erfüllen, anstatt die Ursache wirksam anzugehen. Sie stellen einen guten Aufhänger für die Problematik dar und können, wenn zeitlich geschickt mit anderen Massnahmen abgestimmt, die Zielgruppen effizient erreichen.

Um das Optimum aus den einzelnen Massnahmen und den vorhandenen Ressourcen herauszuholen, ist es entscheidend diese zu koordinieren und zeitlich abzustimmen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird erheblich erklärt.

Köniz, 22.10.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 8. Juli 2025

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Das ist eine Beantwortung der Direktion Umwelt und Betriebe. Das Wort hat der Erstunterzeichner.

Erstunterzeichner, Andreas Hauser, GLP: Ich habe fest damit gerechnet, dass dieses Traktandum an der nächsten Sitzung kommt. Ich hätte aber auch dann kein episches Votum gehalten.

Es ist wichtig, diese Neophyten zu bekämpfen. Wir haben es in der Antwort des Gemeinderates gelesen, das Anliegen stösst zumindest beim bisherigen Gemeinderat auf offene Ohren und auf offene Türen. Geben wir auch dem neuen Gemeinderat diese Motion mit auf den Weg.

Noch zum Stichwort "Informationen": Es braucht keine grossen Kampagnen, es braucht vielmehr die Information zur richtigen Zeit, bei den richtigen Leuten.

Die Antwort des Gemeinderates ist gut, er schreibt, bei verschiedenen Massnahmen ist noch wenig koordiniert. Das Umweltforum Köniz führt eine Liste von ca. 40 Freiwilligen und würde gerne Hand für eine Koordinationsplanung bieten, welche von der Gemeinde geführt wird. Da hoffen wir, dass Kathrin Gilgen auch in diesem Bereich Leadership zeigen wird.

Und vielleicht noch zu Ziffer 5, das wäre bereits die erste Umsetzung von Retos Motion. Wir haben nämlich nicht geschrieben "gratis entsorgt", sondern "auf Kosten der Gemeinde". Ich bitte um eure Zustimmung zu dieser Motion.

Fraktionssprecherin FDP, Heidi Eberhard: Wir danken der Direktion Umwelt und Betriebe für die Unterlagen. Der Gemeinderat hat hier ausführliche Antworten gegeben. Wir danken für den Bericht und sind durchwegs zufrieden mit den bereits erhaltenen Antworten.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind klar. Es gibt im Kanton Bern keine generelle Bekämpfungspflicht für invasive gebietsfremde Neophyten. Auch auf Bundesebene besteht keine Pflicht zur Bekämpfung. Die Gemeinden sind einzig verpflichtet, die Neophyten entlang von Gewässern zu bekämpfen. Diese Bekämpfungsmassnahmen werden vom Kanton subventioniert.

Köniz unternimmt trotz der nicht bestehenden Pflicht etliches zur Bekämpfung, wie wir unter Punkt 3 "Aktuelle Massnahmen" entnehmen können.

Unter Punkt 5 steht, dass das bestehende Angebot zur kostenlosen Neophytensammlung präzisiert und ergänzt werden soll ... Alles gut und recht. Fakt ist nach wie vor, es ist keine Gemeindeaufgabe. Heute

haben wir dieser Pfortengemeinde zum Naturpark Gantrisch zugestimmt, folglich wird es dann allenfalls eine Gemeindeaufgabe, wenn wir ab 2032 eine Pfortengemeinde sind, aber im Moment sind wir dies noch nicht und darum lehnen wir als Fraktion die Erheblichkeitserklärung der Motion ab.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Christine Müller, Grüne: Auch mein Votum wird keines für die Ewigkeit, wie dies bereits Andreas gesagt hat. Aber trotzdem möchte ich dem Gemeinderat danken, auch der künftigen Gemeinderätin, welches dies dann in Angriff nehmen wird.

Es läuft schon einiges in unserer Gemeinde zur Bekämpfung von Neophyten ganz gut, was uns grundsätzlich freut – und doch scheint es gemäss dem Gemeinderat an einer Gesamtkoordination der Aktionen, Massnahmen und Akteure, zu fehlen. Unsere Motion rennt hier also offene Türen ein und wir danken dem Gemeinderat, dass er eigentlich alle Punkte dieser Motion zum Anlass nimmt, um die bestehenden Massnahmen zu verstärken.

Und darum unterstützen wir Grüne/Junge Grüne diese Erheblichkeitserklärung zu 100% und hoffen natürlich, dass jetzt diese Koordination auch vorangetrieben wird und allenfalls sogar ein Konzept dazu erstellt wird.

Jetzt gibt es ja Rückenwind, nämlich auch durch die Partnerschaftsvereinbarung mit dem Förderverein Region Gantrisch, bei welchem ja auch die Neophytenbekämpfung eines der zentralen Themen ist.

Fraktionssprecher SVP, Roland Hofer: Der Kampf mit diesen Neophyten, das ist ein längeres Thema. Ich habe dies selbst als aktiver Landwirt erfahren: Eine Parzelle, so gross wie dieser Saal, voll mit Neophyten, welche einfach auf einmal gekommen sind. Ich habe damit begonnen, diese auszureissen und das nützt gar nichts, das sage ich euch. Ich habe die Gemeinde angefragt - das gab nicht nur zwei, drei Säcke mit diesen Neophyten - ob sie mir eine Mulde hinstellen würden, das ging nicht, das musste ich selbst entsorgen und selbst bezahlen. Dort ist sicherlich auch noch Verbesserungspotential notwendig.

Wenn man in der Gemeinde herumfährt und nicht nur in der Region Gantrisch, wir haben es auch hier in der Gemeinde ganz stark: Immer wieder sieht man diese schön weiss blühenden Blumen, welche wie Margariten aussehen und wenn dann natürlich die Wegknechte die Wegränder und Borte nicht mähen, damit sich die Käfer und die Vögel dort paaren und Eier legen können und diese Blumen sein lassen, dann haben wir einfach ein riesiges Problem. Und das haben wir auch den lieben Biodiversitätsförderflächen zu verdanken, diese habe ich auch, 7% von meiner Fläche. Nächstes Jahr werde ich eine Fläche rausnehmen müssen, weil ich dort ein grosses Problem mit Neophyten habe.

Und wegen der Sensibilisierung der Bevölkerung: Das betrifft nicht nur die Gärtner, welche man hier sensibilisieren muss, das ist die gesamte Bevölkerung der Gemeinde Köniz, welche man darauf aufmerksam machen muss, mit grossen Informationstafeln, im Abfallmerkblatt nicht nur eine kleine Zeile oder so, dort ist auch noch Verbesserungspotential. Auch die Wegknechte müssen zum Beispiel ebenfalls sensibilisiert werden, reisst dies aus, bevor es blüht und danach wegwerfen und fachgerecht entsorgen.

Ich verspreche euch hier eines: Der zukünftigen Gemeinderätin ist dies ein ganz grosses Anliegen. Die SVP-Fraktion wird dieser Motion zustimmen.

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne: Ganz kurz: Als ich als Gemeinderat begonnen habe, da habe ich zuerst einmal mit der Pfadi verhandelt, weil, diese haben eine Papiersammlung gemacht und wir haben gesehen, das passt nicht mehr ins System. Und mit diesen Verhandlungen sind wir so weit gekommen, dass die Pfadi gesagt hat, dass sie anstelle dessen, die Neophyten bekämpfen werde. Und soweit ich dies beurteilen kann, machen sie es wirklich gut. Und sie machen es auch häufig den Flussläufen entlang, dort wo es ja auch vom Kanton gefordert ist und der Kanton finanziert dies dort zum Teil mit. Das sind diese Schritte, welche man machen kann, um diese Neophyten zu bekämpfen.

Aber ihr habt es richtig gesagt, es gibt ganz viele Initiativen, von verschiedenen Seiten, und das, was unserer Meinung nach noch fehlt, wir haben es geschrieben, ist eine bessere Koordination dieser verschiedenen Akteure, damit man hier weiter kommt.

Und das, was du gesagt hast, Roland Hofer: Mit diesen ganzen Feldern, welche voller Berufskraut ist, nehme ich an, da muss man auch schauen, wie man dort am besten damit umgeht. Wenn alles voller Berufskraut ist, da hast du recht, ist es schwierig, diese alle auszureissen. Vielleicht wären hier Schafe eine Lösung, aber das müsste man schauen. Das wäre dann auch Teil dieser Koordination, eine Teilberatung, wie man mit solchen Flächen umgeht.

Aber danke für die gute Aufnahme und der Gemeinderat empfiehlt diese Motion, welche ja als Richtlinie eingestuft ist, anzunehmen.

Beschluss über Antrag des Gemeinderats

Die Motion wird erheblich erklärt

(Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen für erheblich erklären / 4 Stimmen für ablehnen)

PAR 2025/106

Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden eingereicht:

- V2538 Dringliche Motion (GPK) "Grundlagen für die Direktionsreform schaffen"
- V2539 Motion (Jugendparlament Köniz) "Wiedereinführung Volljährigkeitsfeier in der Gemeinde Köniz"
- V2540 Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Verschärft die touristische Wohnraum-nutzung die Wohnungsknappheit in Köniz?"
- V2541 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Vorlage des Budgets bis Ende September"

Diskussion

Gemeinderat, Thomas Marti, GLP: Ich habe eine kleine Information zur Lerbermatt: Das Parlament hat an der August-Sitzung diesem Kredit zugestimmt. Gegen den Entscheid des Parlaments wurde beim Regierungsstatthalteramt Beschwerde eingereicht, das heisst, im Moment können wir hier nicht weiterfahren. Es ist noch nicht entschieden, ob hier aufschiebende Wirkung gewährt wird, oder nicht. Demzufolge mussten wir auch die Information im Quartier nach hinten verschieben und das heisst, wir können dort erst ins Gespräch einsteigen, wenn wir auch wissen, wie es dort vor dem Regierungsstatthalteramt weitergeht.

Gemeinderat, Christian Burren, SVP: Ich möchte noch auf einen Anlass hinweisen: Am Dienstag in einer Woche, am 9. Dezember, sind die jurierten Wettbewerbsvorschläge für den Neubau des IVI in Mittelhäusern in Köniz im Lichthof ausgestellt. Wen es interessiert, am Dienstagabend, zwischen 16.30 und 18.00 Uhr, sind die verantwortlichen Projektleiter vor Ort und würden dort Rede und Antwort stehen. Ihr werdet noch schriftlich eingeladen, ich möchte hier aber schon einmal darauf hinweisen.

1. Vizepräsidentin, Christine Müller, Grüne: Ich will heute nicht noch lange werden, doch ihr habt gesehen, ihr habt von mir die Einladung für die Parlamentspräsidentinnenfeier nächstes Jahr bekommen. Ich habe das Gefühl, wir können noch viel mehr, als "parlare" hier, wir können zuhören und vor allem können sicherlich alle richtig Party machen und ich habe mir gesagt, wenn schon Party, denn schon Party und lade euch darum in die Heitere Fahne ein, nach unserer Parlamentssitzung. Wir werden den offiziellen Teil haben und ab 22.00h gibt es Bar- und Discobetrieb, wie ihr dies gesehen habt und ich freue mich, wenn möglichst viele von euch mitkommen und mit mir das Tanzbein schwingen werden.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Nachdem das Wort nicht mehr gewünscht ist, habe ich noch folgende Mitteilungen:

- Bitte lasst die pinken Stimmkarten hier liegen. Falls ihr Rückmeldungen zum Pilotversuch habt, jetzt oder nach der nächsten Sitzung, dann könnt ihr diese gerne der Fachstelle Parlament zukommen lassen.
- Dann hat das Parlamentsbüro an seiner Sitzung vom 18. November beschlossen, dass es anfangs der neuen Legislatur darüber entscheidet, in welcher Form die schon früher angedachten Austausche zwischen der Parlamentskommissions- und Fraktionspräsidien und dem Gemeinderat aufgenommen wird und wird dann mit einer entsprechenden Einladung auf diese Gremien zukommen.

Ich stelle fest, es hat noch gut gereicht, wir haben nicht einmal zusätzliches Sitzungsgeld gebraucht. Die nächste Parlamentssitzung findet hier am 8. Dezember, um 19.00 Uhr statt. Wir haben noch zwei Sachgeschäfte, eine Abschreibung, zwei Motionen und eine Interpellation, ich glaube, das sollte gut reichen und dann können wir nächste Woche diese Legislatur noch ausklingen lassen - mit Ausnahme der Redaktionskommission und der GPK, welche noch weiterarbeiten müssen. Vielen Dank und ich wünsche einen schönen Abend.

Im Namen des Parlaments

Casimir von Arx
Parlamentspräsident

Chantal Fuchs
Leiterin Fachstelle Parlament